Editorial

von Karlheinz Weißmann

„Europa" ist ein Begriff, dessen Klarheit schon in Frage steht, wenn man sich um eine geographische Abgrenzung bemüht. Seine Eigenschaft als Kontinent ist jedenfalls nur unzulänglich begründet, der Zusammenhang mit Asien gegeben. Das Problem wird auch nicht kleiner, wenn man eine kulturelle Scheidelinie ziehen will. Dann kursieren nebeneinander Vorstellungen von Europa, die entweder das Erbe der antiken Mittelmeerländer in Anschlag bringen oder das Christentum, vielleicht aber nur das westliche Christentum und damit dessen mittelalterliche Ausformung und folgend Reformation, Aufklärung und Industrialisierung.

Selbstverständlich sprechen für die eine oder andere Entscheidung diese oder jene Gründe, kann man mit Recht darauf verweisen, daß ohne die griechische Sage vom Raub Europas durch den stiergestaltigen Zeus Europa sowenig zu denken wäre wie ohne die Rationalität der griechischen Philosophie, ohne die imperiale Zusammenfassung durch das römische Imperium sowenig wie ohne das Erbe des römischen Rechts, ohne die Christianisierung der germanischen Völker sowenig wie ohne das Karlsreich, ohne die Kreuzzüge sowenig wie ohne die geistigen Umwälzungen, die die „Europäisierung der Welt" (Hans Freyer) heraufbeschworen.

Allerdings ist damit im eigentlich Politischen noch wenig gesagt. Die Bezugnahme auf eine kulturelle Identität Europas eignet sich deshalb so vorzüglich für Sonntagsreden, Absichtserklärungen und Präambeln, weil sie unverbindlich bleibt, keine klare Entscheidung erzwingt und ein Verbleiben im Sowohl-als-auch ermöglicht.

Anders war es nie. Historisch gesehen, hat sich ein gemeinsames europäisches Bewußtsein im politischen Sinn nur im Augenblick der gemeinsamen Bedrohung ausgebildet. Das deutete sich an in Griechenlands Abwehr der persischen Gefahr und gewann wirklich Konturen mit dem Aufruf zur Abwehr der Türkengefahr durch Pius II., jenen Humanisten Enea Silvio Piccolomini, der als erster Europa zur Einheit zwingen wollte nach dem Fall Konstantinopels 1453 und angesichts des weiteren Vormarschs „Asiens". In seinen Überlegungen kamen schon zusammen: die Idee des antiken Erbes, der Christlichkeit und der Freiheit, die danach zu den entscheidenden Topoi der Europa-Rhetorik wurden.

Mehr aber auch nicht. Eine politische Gestalt hat Europa in der Neuzeit längst nicht mehr aus dem Glauben gewinnen können. Ein Zusammenschluß wäre nur von seinen Kernstaaten aus möglich gewesen. Großbritannien kam dafür kaum ernsthaft in Frage, es war mit Weltreichsplänen und dann mit der Pflege seiner transatlantischen Beziehungen beschäftigt, Frankreich hatte seine Chance in der napoleonischen Ära, Deutschland mit dem Ersten Weltkrieg. Hier wie dort scheiterte man, an der Überforderung der eigenen Kräfte, einer gewissen Unklugheit im Umgang mit den kleineren Völkern, aber auch an der Stärke des Widerstandes, der seinerseits ohne schöpferische Idee war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Problem verdeckt durch die Bevormundung der USA, die Blockkonfrontation, die Schwächung und den Schock des großen Blutvergießens. Diese Bedingungen sind nach und nach verschwunden, ohne daß deshalb eine Lösung des europäischen Problems erkennbar würde. Die könnte nur eine politische sein, – und deshalb sind die Aussichten so gering. Bezeichnend, daß ein Ernst-Wolfgang Böckenförde schon vor zehn Jahren darauf hinwies, daß es Europa zuerst an einem „Raumbild" fehle, und damit der Entwicklung so weit voraus war, daß ihn ein Jürgen Habermas bis dato nicht einholen konnte, dessen jüngst erschienener Essayband *Ach, Europa* mit Vorstellungen hausieren geht, die schon vor 1989 als erledigt betrachtet werden mußten.

Autorenportrait Otto Depenheuer

von Florian Wolfrum

Nachdem am 12. Juni 2008 die „EU-Verfassung“ am ablehnenden Votum des irischen Volkes gescheitert war, sprach Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* von einem „Spiegel vor dem Gesicht Europas“. Dieses Europa sei noch nicht das Europa der Bürger. Die Argumente für den Vertrag von Lissabon hätten an die europäische Vernunft appelliert: Die EU brauche eine Verfassung, um politisch handlungsfähig zu bleiben, und eigentlich hätten gerade die Iren der EU dankbar sein müssen, da das Land seit seinem Beitritt doch einen eindrucksvollen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt habe. Trotzdem wollten die Menschen vielleicht keine Europäische Verfassung, keinen „europäischen Superstaat“.

Heribert Prantl: *Medizin für die Demokratie*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 19. Juni 2008.

Warum bilden sie Staaten und unter welchen Prämissen leben sie im Staat? Weder die naturrechtlichen, rationalistisch-individualistischen Vertragstheorien, noch die organischen Staatstheorien vermögen je für sich genommen befriedigende Antworten zu geben. Denn diese haben keinen Blick für den Freiheitsanspruch, dessen der Mensch sich aber bewußt geworden ist, und handeln von theoretischen, nämlich konsequent rational strukturierten Menschen, die in Wirklichkeit höchst selten anzutreffen sind.

Otto Depenheuer, Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Staatslehre, Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie sowie Direktor des Seminars für Staatsphilosophie und Rechtspolitik an der Universität Köln, zeigt Wege einer Synthese im Sinn eines modernen Staatsverständnisses, das zwar den Freiheitsanspruch des Einzelnen anerkennt, aber dennoch die praktischen Existenzbedingungen einer überindividuellen Gemeinschaft berücksichtigt.

Depenheuer fordert hierzu, die Vertragstheorien müßten ihren Anspruch aufgeben, „alles von Anfang an erklären“ zu können. Die Wirklichkeit könne nicht am Reißbrett entworfen werden, und so sei etwa die An-

nahme falsch, daß die vorstaatliche Freiheit, der der Mensch sich einmal bewußt geworden ist, dem Menschen gemäß und unhintergehbar sei. Wenn der Staat infolge einer „grundrechtlichen Perspektivverkürzung“ nur noch aus dem Grundgesetz hergeleitet werde, die Grundrechte aber nach überkommener Verfassungsdogmatik als Abwehrrechte des Einzelnen gegen den Staat gehandhabt würden, drohe eine Überforderung von Staat und Verfassung. Denn der Staat erscheine so als „Feind“ der Freiheit, die er erst ermögliche.

Otto Depenheuer: *Zwischen staatlicher Souveränität und Menschenrecht. Grundfragen staatlicher Einwanderungspolitik,* in: Mahulena Hoffmann und Herbert Küpper (Hrsg.): *Kontinuität und Neubeginn. Staat und Recht in Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts.* Festschrift für Georg Brunner, Baden Baden 2001, S. 46–61.

Die Grundrechte bezögen ihre tatsächliche Wirksamkeit nicht aus einem Naturrecht, sondern aus verfassungsgesetzlicher, also staatlicher Gewährung. Universale Menschenrechte taugten nur als regulative Ideen, da kein Staat sie über sein Territorium hinaus garantieren kann. Grundsätzlich sei kein Mensch „politisch weltunmittelbar“. Umgekehrt könne aber nur der Staat ethische Sätze in Recht umformen, indem er sie als Gewährungen, als individuelle Zuweisungen ausspreche („suum cuique tribuere“): Dies impliziere ein individualrechtliches, rechtsstaatliches Verteilungsprinzip.

Wenig reflektiert seien hingegen elementare Staatsfunktionen, die verfassungsdogmatisch nicht auf dem Prinzip rechtsstaatlicher Verteilungsgerechtigkeit beruhen, also etwa die Sozialversicherung. In ihr findet eine Umverteilung der Beiträge von reich zu arm, gesund zu krank, stark zu schwach nach dem Prinzip der Bedarfsdeckung statt, die dem individualrechtlichen, rationalistischen Grundsatz der Beitragsäquivalenz widerspreche. Auch beruhe die Sozialversicherung auf Zwangsmitgliedschaft, nicht – wie nach den Vertragstheorien der Staat – auf freiwilligem, vernunftgeleitetem Zusammenschluß. Damit sei ein wirksames, eigenständiges solidarisches Verteilungsprinzip nachgewiesen, das an rational-individualistischen Maßstäben nicht gerechtfertigt werden könne.

Das Solidaritätsprinzip liege apriorisch jeder Verfassungsgebung zugrunde. Es ergebe sich aus der Tatsache staatlicher Existenz, sei also selbst den Grundrechten der Verfassung vorgelagert. Es zeitige Solidar- und „Grundpflichten“ des Bürgers, deren Erfüllung dem Staat als „transzendentallogische Voraussetzungen des Staates“ rechtlich zustehe. Geistesgeschichtlich folge dies aus den Staatsgündungsmythen der neuzeitlichen Naturrechtslehre, nach denen sich die Menschen zunächst aus Angst vor dem Verlust des Lebens und Besitzes unter Inkaufnahme von Unfreiheit (Hobbes), sodann zum Zweck des institutionellen Schutzes des Eigentums (Locke) und schließlich zur Erlangung sozialer Sicherheit im Verfassungsstaat (von Stein) zum Staat zusammengeschlossen hätten. Rechte gewähre der Staat seinen Bürgern zumindest auch um ihrer ethisch wertvollen Betätigung willen. Dies schließe das Akzeptieren bestimmter Vorgegebenheiten, einer Art Geschäftsgrundlage, ein. Der freiheitliche Verfassungsstaat gehe insoweit ein Risiko ein, als er darauf angewiesen sei, daß die Bürger in ihrer Gesamtheit ihre je rollenspezifische Verantwortung erkennen und ihr gerecht werden.

Otto Depenheuer: *Bürgerverantwortung im demokratischen Verfassungsstaat*, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtler. Bd 55 (1996), S. 90–127.

Otto Depenheuer: *Grundrechte und Konservativismus,* in: Detlef Merten und Hans-Jürgen Papier: *Handbuch der Grundrechte,* Bd I, Entwicklung und Grundlagen, Heidelberg 2004, S. 441–476.

Unter einer Verfassung aber, die die Betätigung subjektiver Öffentlicher Rechte von ihren sozialen Folgen entkoppelt, degenerierten Grundrechte zu „Titeln zur Entsolidarisierung“. Auch die freiheitliche Konkretisierung der Staatlichkeit könne auf die solidarische Grundlage nicht verzichten. Als Grundpflichten habe der Bürger unbedingt und ohne Gegenleistung zu erfüllen: die Friedenspflicht als Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, die einfachgesetzlich nur konkretisiert werde; die Gehorsamspflicht, die apriorisch der Verfassung vorausgehe und als Geltungsgrund des Rechts keiner Konkretisierung fähig sei; und die gemeinsame, solidarische Lastentragung, die durch Geld- und Dienstleistungen erbracht werde. Daher sind also Grundpflichten zu den erst verfassungsrechtlich begründeten Grundrechten asymmetrisch; diese können jenen nicht entgegengehalten werden: Wer sich auf seine „Menschenrechte“ berufen will, muß dem Staat, der sie ihm positivrechtlich gewährt, seinen Tribut zollen. Ihre Grenzen finden die Grundpflichten in der individuellen Leistungsfähigkeit und Zumutbarkeit, die ebenfalls aus der gegenseitigen Solidarität fließen.

Warum verhalten sich Menschen solidarisch? Sie tun das nur, weil und soweit sie untereinander eine besondere Gleichheit erkennen, die als Grund und Legitimation der Solidargemeinschaft diese substantiell trägt, und die Depenheuer als „Homogenität“ bezeichnet. Welcher menschliche Faktor diese Homogenität ausmacht, ist damit nicht gesagt. Entscheidend ist, daß die Homogenität sämtliche andere Gleichheitsbeziehungen, deren es ja vie-

le geben kann, so sehr überwiegt, daß es überhaupt zur Bildung der Solidargemeinschaft – des Staates – kommen kann. Homogenität sei unverfügbar historisch gewachsen. Ihre rational-individualistische Herleitung mißlinge, da auf dieser Basis nicht begründet werden könne, warum sich Staatlichkeit und Solidarität nur im konkreten Rahmen, nicht global verwirklichen. Das subjektive Empfinden der Homogenität als identitäts- und gemeinschaftsstiftende Verbundenheit entspreche dem Begriff der Brüderlichkeit, der auf Abstammungsgemeinschaft hinweist. Ihre Vermittlung sieht Depenheuer notwendig in der Geschichte begründet, da der Mensch infolge knapper Lebenszeit nicht in der Lage sei, die Möglichkeiten abstrakter Freiheit auszuschöpfen. Vielmehr sei er, wie Odo Marquard es formulierte, gezwungen, an etwas Gegebenes „anzuknüpfen". Die Aufklärungsphilosophie dagegen habe alles Reale seiner Selbstverständlichkeit beraubt und nach prinzipieller Rechtfertigung verlangt, ohne aber selbst eine taugliche Homogenitätsbasis zu begründen. Damit aber überfordere sie die Begründungskapazitäten des Menschen. Freiheit vermittele sich nur konkret in der Organisation, im Staat, der sie als beschränkte Freiheit in Abhängigkeit von seinen historischen Voraussetzungen gewähre, dem Menschen dadurch aber erst Handlungsfähigkeit verleihe. Scheitert der Mensch an der Anknüpfung, bleibt ihm danach nur, vor dem *horror vacui*, der Erkenntnis der totalen Kontingenz, zu erstarren. Hiervor schütze insbesondere das Tabu, das Sinn stifte, weil es durch seine Frageverbote daran hindere, den Sinn der eigenen überindividuellen Verbunden- und Verwiesenheit zu hinterfragen. Der Kern verfassungsrechtlicher Garantien beruhe auf dem Tabu seiner Unabänderbarkeit (Art. 19 Abs. 2 GG) und Ewigkeitsgeltung (Art. 79 Abs. 3 GG), was zur Funktionsgewährleistung auch ausreichend sei: „Das Bewußtsein dieses absoluten Verbotes beruhigt, weil man ‚nicht alles darf, was man könnte'". Auf diese Weise schließe das Tabu Handlungsalternativen aus und führe dadurch erst zur Freiheit rationalen Handelns, auch zur Freiheit zur Solidarität: Mit allen Menschen gleichzeitig solidarisch zu sein, übersteigt das Menschenmögliche. Aufgabe der Staatsrechtswissenschaft sei es, die rationalitätskompensatorische Funktion und identitätsstiftende Notwendigkeit von Tabus im Recht herauszuarbeiten. Die rationale Staatstheorie verdränge und tabuiere jedoch das Irrationale des Menschen und könne zwar das Phänomen der Staatlichkeit erklären, nicht aber den „konkreten Staat in der Kontingenz von Zeit, Volk und Gebiet". Dadurch werde sie den Bedürfnissen einer schicksalhaften, brüderlich empfindenden und sich als „ewig" ansehenden Solidargemeinschaft nicht gerecht. Sie schaffe nur einen rationalen Zweckverband zur Selbstentfaltung, der sich nach Zweckerreichung wieder auflöst: Am Ende der Entwicklung zu immer mehr liberaler „Freiheit von" stehe der isolierte, unhistorische Einzelmensch, den die Staatslehre ursprünglich zu didaktischen Zwekken entworfen hat; der Liberalismus, so Depenheuer, schaffe erst den „garstigen" Naturzustand, in dem der Mensch an der Unbeschränktheit seiner Handlungsmöglichkeiten zugrunde geht.

Odo Marquard: *Abschied vom Prinzipiellen*, Stuttgart 1981.

Sobald eine Gemeinschaft beginnt, ihre Homogenität zu reflektieren, bedürfe sie einer rechtlich faßbaren Gestalt. Dies sei der Bund, die Manifestation des subjektiven Willens zum Leben in der konkreten Gemeinschaft. Bund und Homogenität greifen ineinander: Der Bundesgedanke könne bei abnehmender Homogenität den Solidaritätsgedanken weitertragen. Der Bund sei kein Vertrag des *do ut des*, sondern Chiffre der Homogenität. Unter dem Rechtfertigungsdruck des Rationalismus habe er die Rückführung der Solidargemeinschaft auf den Willen des Einzelnen erlaubt. Er sei unauflöslich und wehre dadurch Profiteure ab; er verbinde Generationen und gebe der Solidargemeinschaft dadurch Vergangenheit und Zukunft: Der Bund befreit den Einzelnen aus der *vita brevis* hin zur Geschichtlichkeit.

Otto Depenheuer

Da den Vertragstheorien keine historische, sondern lediglich philosophische Wahrheit zukomme, könne von dem Erfordernis tatsächlicher Zustimmung zum Bundesschluß nicht ausgegangen werden. Der Einzelne bekunde seinen Willen zum Leben in der Gemeinschaft vielmehr dadurch, daß er in ihr lebe – also durch einen „impliziten Vertragsschluß", der wesentlich auf dem Verbot widersprüchlichen Verhaltens – *venire contra factum proprium* – fußt. Depenheuer knüpft hier an Sokrates an: „Wer von euch aber geblieben ist, nachdem er gesehen hat, wie wir die Rechtssachen schlichten und sonst die Stadt verwalten, von dem behaupten wir dann, daß er uns durch die Tat angelobt habe, was wir nur immer befehlen wollen, möchte er tun." Erfüllt also der Staat seine Ordnungs- und Sicherheitsfunktion, so kann der Einzelne nicht analog der individualistisch-rational konzipierten Zivilrechtsordnung einwenden, seinem Schweigen komme kein Erklärungswert zu, sondern ihn trifft die Obliegenheit, sich zu dem Gemeinwesen, auf das er apriorisch verwiesen ist, aktiv zu verhalten. Die einzige Möglichkeit, den totalen Dissens zu manifestieren, liege im Austritt aus der Solidargemeinschaft durch Auswanderung, wohin auch immer. Aus der Theorie vom impliziten Vertragsschluß hat Depenheuer kürzlich seine Theorie des Bürgeropfers entwickelt, der zufolge der Staat auch Passagierflugzeuge, die als Waffe gegen die Bevölkerung verwendet werden sollen, ungeachtet der unschuldigen Insassen abschießen darf. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zum Luftsicherheitsgesetz vom 15. Februar 2006 geurteilt, dies verstoße gegen die Würde des Menschen, da der Staat die Passagiere „als bloße Objekte seiner Rettungsaktion zum Schutze anderer" behandele. Depenheuer entgegnet, der in einer ausweglosen Lage ohnehin Todgeweihte gelange zu seiner Würde erst dadurch, daß er für andere, denen er sich brüderlich verbunden fühle, geopfert wird. Der Gedanke des Opfers, das man nicht ist, sondern das man bringt, sei aber tabu. Dabei verlange auch der untätige Staat faktisch ein Bürgeropfer, nämlich von den Bürgern am Zielobjekt, die er in einer Situation allein lasse, in der nur er helfen kann, in der sie seines Schutzes also am nötigsten bedürfen. Dies komme der Aufkündigung der Solidargemeinschaft durch den Staat gleich.

Die Pervertierung der Dürigschen Objektformel durch das Bundesverfassungsgericht betrachtet Depenheuer als Höhepunkt einer Verfassungsdogmatik, die den neuartigen, asymmetrischen Bedrohungen nicht mehr gewachsen sei, da sie die Selbstbehauptung des Rechtsstaates um ihrer „rechtsstaatlichen Unschuld" willen in verwerflicher Weise verweigere, und der die Kategorien, unter denen verantwortliche Rechtsentscheidungen des Staates nur getroffen werden können – Normalität und Ernstfall, Feind und Recht, Opfer und Selbstbehauptung – entglitten seien.

Für das Voranschreiten der europäischen Integration ist nach alledem zunächst die Frage zu beantworten, auf welcher gemeinsamen Homogenitätsbasis „Europa" fußen soll. Vormals nationalstaatliche Aufgaben gehen auch in Zukunft auf überstaatliche Organisationen über. Durch den als Globalisierung umschriebenen Prozeß lockere sich auch die Bindung zwischen Staat und Bürger. Daher treten die Staaten in einen Wettbewerb um die besten Lebensbedingungen: „Legitim ist der Staat, in dem die Bürger leben wollen." Identität müsse daher auf eine stärker rationale Basis gestellt, fortlaufend kulturell erarbeitet und neu erworben und gerechtfertigt werden. Die nationale sei nicht die einzige denkbare kollektive Identität. Indes wird diese gerade vor dem Hintergrund der islamischen Bedrohung nur durch eine Verbundenheit überlagert werden können, die so stark ist, daß sie „auch in Gefährdungslagen die staatliche Einheit", also ebenfalls das Opfer trägt. Ein rein rationaler, etwa wirtschaftspolitischer Zusammenschluß ohne „nicht-rationale Tiefendimension" werde dies nicht vermögen. Daher sei auch der deutsche „Verfassungspatriotismus" konzeptionell untauglich. Die notwendige europäische Identität könne nicht durch Überwindung der nationalen Identitäten geschaffen werden, sondern nur aus ihnen erwachsen. Die Europäische Verfassung schaffe nicht die Identität Europas, sondern setze sie voraus. Hierzu sei unabdingbar, daß der rationalen wie der emotionalen, der rechtlichen wie der nationalen, der bündischen wie der homogenen Basis der Mitgliedstaaten Rechnung getragen werde. Denn zur Menschenwürde gehöre auch, seine im konkret biographisch vorgegebenen Sozialverband erlangte Individualität behalten zu dürfen.

Otto Depenheuer: *Das öffentliche Amt*, in: Josef Isensee und Paul Kirchhof (Hrsg.): *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd 3.3, Heidelberg 2005, S. 87–130.

„Guantánamo auch in Deutschland denkbar." Interview mit Otto Depenheuer, in: *Die Welt* vom 28. Dezember 2007.

Otto Depenheuer: *Nationale Identität und europäische Gemeinschaft*, in: Günter Buchstab und Rudolf Uertz (Hrsg.): *Nationale Identität im vereinten Europa*, Freiburg i. Br. 2006, S. 55–74.

Bibliographie:

Der Wortlaut als Grenze. Thesen zu einem Topos der Verfassungsinterpretation, Heidelberger Forum, Bd 56, Heidelberg 1988.

Solidarität im Verfassungsstaat. Grundlegung einer normativen Theorie der Verteilung, Universität Bonn 1991 (Habilitationsschrift).

Politik und Geld. Unzeitgemäße Betrachtungen zur Parteienfinanzierung, Schriftenreihe der Kölner Juristischen Gesellschaft, Bd 26, Köln 2001.

Selbstdarstellung der Politik. Studien zum Öffentlichkeitsanspruch der Demokratie, Paderborn 2002.

Tabu und Recht, Wiesbaden 2003.

Eigentum. Ordnungsidee, Zustand, Entwicklungen, Berlin 2004.

Recht und Lüge, Münster 2005.

Staat und Schönheit. Möglichkeiten und Perspektiven einer Staatskalokagathie, Wiesbaden 2005.

Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007.

Die Grundlegung Europas

von Ulrich March

Geographisch gesehen stellt Europa, mit rund 29 Millionen Quadratkilometern der zweitkleinste Erdteil, lediglich ein Anhängsel Asiens dar. Die Grenze zwischen beiden Kontinenten hat man zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich lokalisiert, und auch die heute zumeist angenommene Trennungslinie (Ural, Uralfluß, Kaspisches Meer, Schwarzes Meer, Bosporus) ist willkürlich. Sie durchschneidet zwei geschlossene Siedlungs- und Staatsgebiete, das russische und das türkische, und beläßt den äußersten Nordwesten der Türkei bei Europa, wesentlich stärker „europäisch" geprägte Gebiete, Georgien etwa oder Armenien, jedoch bei Asien.

Als wenig hilfreich für das Verständnis Europas erweist sich auch die jüngere politische Entwicklung des Kontinents. Politik und Selbstverständnis der Europäischen Union orientieren sich keineswegs durchgängig an überkommenen europäischen Grundprinzipien. Das gilt insbesondere für die einseitig wirtschaftspolitische Ausrichtung, die unzulängliche demokratische Fundierung und das zentralistische Gebaren der inzwischen entstandenen europäischen Mammutbürokratie. Die Identität Europas wird auch nicht klarer, wenn man den Blick auf die derzeitigen und zukünftigen Mitglieder der Staatengemeinschaft richtet. Einerseits gehören ihr Kroatien, Norwegen und die Schweiz nicht an, andererseits werden auch innerhalb der EU Pläne zur Einbeziehung der Türkei und anderer nichteuropäischer Länder verfolgt.

Europa läßt sich weder geographisch noch wirtschaftlich noch von der gegenwärtigen Politik her definieren, sondern nur als historisch-kulturelles Phänomen erfassen. Dabei fällt als erstes eine europäische Eigentümlichkeit ins Auge: die ethnische Vielfalt. Die derzeit rund 720 Millionen Europäer gliedern sich ungeachtet des verhältnismäßig kleinen Siedlungsareals in zahlreiche Völker, von denen die kleinsten nur wenige Zehntausende, die größten

Bollmann/March/Petersen: *Kleine Geschichte Europas*, Schnellroda 2004.

Bollmann/March/Petersen: *Kleine Geschichte der Deutschen*, Schnellroda 2004.

aber viele Millionen umfassen. Entscheidender noch dürfte sein, daß – ebenfalls ein europäisches Spezifikum – der Wille zur regionalen Autonomie hier stark ausgeprägt ist. Vor diesem Hintergrund ist die Geschichte Europas stets die Geschichte seiner Völker. Monolithisch strukturierte Großreiche wie in Asien hat es hier nie gegeben; alle Versuche, eine Alleinherrschaft über den ganzen Kontinent zu errichten, sind gescheitert.

Gleichwohl haben sich oberhalb der nationalen Ebene europäische Gemeinsamkeiten entwickelt, die zusammengenommen die Identität Europas ausmachen, eine Identität, die sich, ebenso wie die ethnische Grundstruktur, von anderen Kulturen deutlich abhebt. Grundlegend ist dabei ein kultureller und politischer Amalgamierungsprozeß, der sich in der Spätantike und im frühen Mittelalter abspielt: die Verschmelzung von Antike, Christentum und germanischer Welt. Aus dieser Verbindung ergibt sich – deutlich faßbar seit dem 8. Jahrhundert – als völlig neues historisches Phänomen das europäische Abendland, das seine damals entwickelte Identität bis heute bewahrt hat.



Deutsch-hellenisch; Pallas führt den Krieger in den Kampf, Figur der Schloßbrücke in Berlin von Albert Wolff, 1853

Das Werden des Abendlandes verläuft wie jeder Geburtsprozeß schmerzhaft. Es sind düstere Jahrhunderte, die zwischen der Auflösung des Römischen Reiches und der *Renovatio Imperii* durch Karl den Großen liegen, ein „Wellental der Weltgeschichte“. Das Imperium gerät nach einer langen Glanzzeit mit uneingeschränkter Vorrangstellung während des 3. Jahrhunderts in eine gefährliche Krise, bei der innen-, außen- und wirtschaftspolitische Gründe zusammenwirken. Nur mit den brutalen Mitteln des „spätantiken Zwangsstaats“ gelingt es, den sich bereits abzeichnenden Untergang des Reiches hinauszuschieben. Dadurch ergibt sich für die in das Imperium drängenden Germanen die Möglichkeit, die antike Kultur kennen und schätzen zu lernen.

Während des 3. und 4. Jahrhunderts vollzieht sich die Christianisierung des Mittelmeerraums einerseits, die Übernahme des antiken Erbes durch die Christen andererseits. Zunächst befindet sich das Christentum in der Defensive. Die Kaiser gehen in ihrem Bestreben, alle politischen, wirtschaftlichen und geistigen Kräfte zur Rettung des Reiches zusammenzufassen, zur systematischen Verfolgung der Christen über, die, da sie sich dem offiziell verordneten Kaiserkult widersetzen, als Staatsfeinde gelten. Das Christentum geht jedoch aus dieser Prüfungszeit gestärkt hervor, da die Haltung, mit der Tausende gefaßt in den Tod gehen, einen starken Eindruck hinterläßt („Das Blut der Märtyrer ist der Samen der Christenheit“). Überdies machen die Christen Ernst mit dem Gebot der „Caritas“, und immer mehr Menschen suchen und finden in diesen wirren Zeiten eine gewisse Geborgenheit innerhalb ihrer Gemeinden. Seit der Regierungszeit Kaiser Konstantins (306–337) entwickelt sich dann das Christentum selbst zur geistigen Klammer des Reiches; unter Kaiser Theodosius (379–395) wird es alleinige Staatsreligion.

In das nunmehr christliche Imperium brechen seit dem ausgehenden 4. Jahrhundert im Zuge der Völkerwanderung die Germanen ein, ein Vorgang, den die romanischen Völker bis heute als „les grandes invasions des barbares“ bezeichnen. Daß junge, unverbrauchte Völker das Erbe alter Kulturen antreten, kommt in der Geschichte immer wieder vor, aber selten sind die Voraussetzungen für eine fruchtbare Begegnung so günstig wie hier. Die Germanen stehen der antiken Kultur bewundernd und aufnahmebereit gegenüber; Sieger und Besiegte verbindet außerdem viel Gemeinsames, beispielsweise der beiderseits entwickelte Sinn für Politisches, für Staat, Recht und Militär.

Besonders intensiv vollzieht sich die Begegnung in den Grenzgebieten des Reiches, da hier beiderseits große Bevölkerungsgruppen betroffen sind. Hinzu kommt, daß in dieser Region die jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Eliten zusammentreffen, nämlich die besonders um die Reichshauptstädte Trier und Mailand konzentrierte spätrömische Führungsschicht und die aufstrebenden germanischen Stammeskönige mit ihren Gefolgschaften.

In den grenzferneren Reichsgebieten, in Spanien etwa oder in Süditalien, kommt es dagegen nicht zu vergleichbaren Beziehungen zwischen beiden



Asien übergibt Europa das Szepter der Weltherrschaft; Detail von der Kanzel der Kathedrale von Antwerpen, Holzbildhauerei von Michiel van der Voort dem Älteren, 1713.

Bevölkerungsgruppen, da die Zahl der einwandernden Germanen hier so gering ist, daß sie bald in der romanischen Mehrheitsbevölkerung aufgehen. In Südosteuropa findet überhaupt keine Begegnung statt, da es dem Oströmischen Reich, das seit der Reichsteilung des Jahres 395 eine eigenständige Entwicklung nimmt, gelingt, alle germanischen Angriffe abzuweisen. Das Oströmische Reich entgeht – anders als der westliche Reichsteil – auf diese Weise zwar dem Untergang, erfährt aber auch keine Neubelebung. Vielmehr bleiben der spätantike Absolutismus und die kaiserliche Kirchenhoheit („Cäsaropapismus") bis zur Eroberung des Reiches durch die Türken erhalten; beides wird nach der Eroberung Konstantinopels (1453) vom Moskauer Zarentum fortgesetzt.

Auf dem europäischen Kontinent entwickeln sich also zwei Kulturen, die lateinisch-abendländische, die aus der Verschmelzung von weströmischer Antike, Germanentum und römisch-katholischem Christentum hervorgeht, und die auf dem Boden des Oströmischen Reiches entstehende griechisch-orthodoxe Kultur, die in religiöser Hinsicht durch die Ostkirche, ethnisch vor allem von Griechen und Slawen geprägt ist, an der aber das Germanentum keinerlei Anteil hat. Die Grenze zwischen beiden Regionen folgt bis zum heutigen Tag derjenigen der Reichsteilung des Jahres 395, außerhalb des Reichsgebietes dann einer Linie, die sich in den darauf folgenden Jahrhunderten zwischen den von Rom und den von Konstantinopel aus missionierten Ländern bildet (Save, Karpaten, heutige Ostgrenze Polens, baltische Länder und Finnland).

Europa im engeren Sinne, das Abendland, reicht also nur bis zu dieser Linie. Seinen Kernraum bildet von Anfang an das Gebiet zwischen Rhein, Loire und Po, jene Region also, in der sich die Begegnung zwischen Romanen und Germanen am intensivsten vollzieht. Von Kerneuropa sind die wesentlichen Impulse der abendländisch-europäischen Geschichte ausgegangen.

Ulrich March: *Dauer und Wiederkehr. Historisch-politische Konstanten*, Schnellroda 2005.

In Nordfrankreich siedeln die Franken, in der Poebene Ostgoten und Langobarden dicht, und nach der Landnahme stehen Herrscher wie Theoderich (473–526) und Chlodwig (482–511) der römischen Kultur besonders aufgeschlossen gegenüber. Auf unterschiedliche Weise bedienen sie sich der für sie nutzbaren Machtmittel des untergegangenen Römischen Reiches, der riesigen Staatsdomänen etwa oder der eingespielten Verwaltungsbürokratie. Während Theoderich wie die meisten anderen Germanenkönige eine Politik der getrennten Entwicklung beider Bevölkerungsgruppen betreibt und an der arianischen Konfession festhält, die ihn von der römisch-katholischen Mehrheit seiner Untertanen trennt, setzt Chlodwig von Anfang an auf volle Integration. Indem er sich zusammen mit den Großen seines Reichs römisch-katholisch taufen läßt, schafft er eine wesentliche Voraussetzung für die zukunftweisende Verbindung von Antike, Christentum und Germanentum und für die – auch biologische – Verschmelzung von Germanen und Romanen. Zahlreiche Angehörige der alten römischen Führungsschicht treten in den Dienst des Königs, den sie nunmehr als Nachfolger der Cäsaren sehen, und wachsen mit dessen Anhängern und Gefolgsleuten zu einem neuen Dienstadel zusammen, der dann im Rahmen des fränkischen Lehnsstaates, einer echten Neuschöpfung mit antiken, kirchlichen und germanischen Wurzeln, in politischer, gesellschaftlicher und militärischer Hinsicht größte Bedeutung erlangt. Vom Frankenreich aus breiten sich dann in der Folgezeit Lehnswesen und ritterliche Kultur über das europäische Abendland aus.

Auch die wesentlichen Phänomene der weiteren europäischen Geschichte, etwa Städtewesen und Bürgertum, Gotik und Renaissance, Stände- und Verfassungsstaat, die Französische Revolution und die parlamentarische Demokratie, Kapitalismus und Industrielle Revolution, Wissenschaft und Sozialstaat sind von Kerneuropa ausgegangen, zu dem außer dem Gebiet des fränkischen Reiches seit der normannischen Eroberung von 1066 auch England gehört. Auch die wichtigsten europäischen Staatsgebilde sind – Rußland ausgenommen – hier entstanden, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, die Königreiche Frankreich und England, später dann der

französische, britische, italienische und deutsche Nationalstaat, schließlich auch die Montanunion als Vorgängerin der heutigen EU.

Drei konstitutive Prinzipien des Abendlandes bestimmen dessen Geschichte, die sich, wie die abendländische Kultur selbst, im einzelnen ebenfalls aus der Verschmelzung, antiker, germanischer und christlicher Elemente entwickelt haben und die besonders beim Vergleich mit anderen Weltregionen deutlich hervortreten: die Idee der persönlichen, politischen und geistigen Freiheit, der rationale Erkenntnis- und Gestaltungswille und der Grundsatz der Humanität. Die ältesten Wurzeln der Freiheitsidee Europas reichen bis zu den Griechen zurück, die erstmals die demokratische Staatsform entwickeln und in den Perserkriegen erfolgreich verteidigen, schon damals in dem Bewußtsein, daß hier ein freiheitliches Europa und ein despotisches Asien miteinander ringen. Entstehung und Entwicklung der Römischen Republik vollziehen sich ebenfalls im Zeichen der politischen Freiheitsidee; überdies haben die Römer mit ihrem Rechtsdenken, das seit dem 12. Jahrhundert in weiten Teilen Europas rezipiert wird, die Entwicklung des Kontinents stark beeinflußt. Auch der christliche Freiheitsgedanke Freiheit als Möglichkeit, zu Gott zu gelangen spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Entscheidend für die staatliche Entwicklung des Abendlandes ist jedoch der bereits von Tacitus so nachdrücklich hervorgehobene Freiheitswille der Germanen geworden.

Der Personenverbandsstaat des Mittelalters kennt tyrannische Herrschaftsstrukturen ebensowenig wie der spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Ständestaat, die konstitutionelle Monarchie und die parlamentarische Demokratie. Politische und geistige Despotie treten zwar im Zeitalter des Absolutismus und in den totalitären Staaten des 20. Jahrhunderts auf, aber auch hier erhebt sich stets Widerspruch und Widerstand: Viele absolutistische Staaten, so etwa Preußen und Österreich, wandeln sich schon sehr bald zu aufgeklärten Monarchien, und die totalitären Diktaturen haben bezeichnenderweise alle nur zeitweilig bestanden, die meisten nur für wenige Jahre.

Auch der europäische Rationalismus hat seine ältesten Grundlagen in der Antike, im nüchternen Denken der Römer und vor allem in der griechischen Philosophie und Wissenschaft. Spätestens seit der Gründung der ersten Universitäten gewinnt dann das Prinzip der Ratio mehr und mehr an Bedeutung, das alle Lebensbereiche der kritischen Betrachtung durch die Vernunft unterzieht, dabei das eigene Vorgehen mit Skepsis und methodischem Zweifel begleitet und schließlich zur Entwicklung der modernen Wissenschaft und Technik führt, die sich von Europa aus über die ganze Erde verbreiten.

Der Gedanke der Humanität schließlich beruht auf der Achtung vor der personalen Würde des Menschen und ist zutiefst mit der christlichen Tradition verknüpft. Aber auch hier gibt es ältere Wurzeln. Die römische Philosophie, vor allem aber Kunst, Dichtung und Philosophie der griechischen Klassik thematisieren die Humanitas. Schon die Griechen des 5. vorchristlichen Jahrhunderts sehen – anders als die Zeitgenossen – im Gegner nicht nur den zu bekämpfenden Feind, sondern auch den Menschen, wie es besonders deutlich in der Tragödie *Antigone* des Sophokles zum Ausdruck kommt („Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da“). Von hier aus ist es dann nur noch ein Schritt bis zum Gebot der christlichen Nächstenliebe.

Die Leitprinzipien der Freiheit, der Menschlichkeit und der Ratio sind vorzugsweise mit der Entwicklung im abendländischen Teil Europas verknüpft, besonders die beiden ersteren. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und freiheitliche Demokratie haben sich im Osten und Südosten des Kontinents entweder sehr zögerlich oder nur ansatzweise durchgesetzt. Das gilt bis zum heutigen Tag für Balkanstaaten wie Serbien, Mazedonien, Bulgarien und Rumänien, erst recht für Osteuropa, wo sich die Strukturen des Zarenreichs und der Sowjetunion nicht grundlegend verändert haben. Umgekehrt haben die abendländisch geprägten Völker des sowjetischen Herrschaftsbereichs sofort und entschlossen die „Rückkehr nach Europa“ angetreten, sobald sie den politischen Spielraum dafür hatten. Nicht zufällig sind dies diejenigen Völker, die westlich der alten, letztlich auf das Jahr 395 zurückgehenden Kulturgrenze ansässig sind. Dieser auffällige Unterschied, der offenkundige Zusammenhang zwischen der Grundlegung Europas und dem Zerfall der Sowjetunion beweist, daß der Kontinent immer noch in eine westliche und eine östliche Region geteilt ist. Ob sich diese Spaltung nach dem EU-Beitritt weiterer ost- und südosteuropäischer Staaten mildern oder vielleicht sogar eines Tages aufheben läßt, bleibt abzuwarten.

Die Europäer, die anderen und die asymmetrische Evolution

von Andreas Vonderach

Es gehört zu den elementaren Erfahrungen, daß die Menschen in verschiedenen Erdteilen sich in ihrem Aussehen unterscheiden. Niemand wird einen Norweger mit einem Somali, einem Chinesen, einem Inder oder einem australischen Ureinwohner verwechseln. Solche signifikanten Populationsunterschiede innerhalb einer Art werden Unterarten (lat. Subspezies) oder Rassen (Varies) genannt. Die Menschheit ist eine polytypische Spezies. Bei kaum einer Tierart gibt es so große sichtbare Unterschiede wie beim Menschen. Bei den meisten Tierarten muß man schon sehr genau hinsehen, um die unterschiedlichen Subspezies unterscheiden zu können. In der Regel ist nur ein Experte in der Lage, etwa unterschiedliche Vogel- oder Elefantenrassen auseinanderzuhalten. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, daß zum Beispiel bei den Schädelproportionen die Unterschiede zwischen den Menschenrassen fast doppelt so groß sind wie die zwischen den Subspezies anderer Primaten. Bei statistischen Untersuchungen, egal ob mit morphologischen oder genetischen Merkmalen, kann man die Menschen zu nahezu 100 Prozent ihren jeweiligen Herkunftsgruppen richtig zuordnen. Jüngst ergab eine Untersuchung, die die Zugehörigkeit von 3.636 Amerikanern zu empirisch ermittelten genetischen „Clustern" mit ihrer ethnisch-rassischen Selbstzuordnung verglich, bei nur fünf Individuen (0,14 Prozent) eine Nichtübereinstimmung.

Dennoch sind die Populationsunterschiede recht gering, wenn man sie mit der Variabilität zwischen den Individuen innerhalb der Populationen vergleicht. Sie tragen nur zu etwa 10 bis 15 Prozent zur Gesamtvariabilität bei, während etwa 85 Prozent der Variabilität auf den Unter-

Ilse Schwidetzky: *Rassengeschichte und Rassenevolution*, in: Herbert Wendt (Hrsg.): Kindlers Enzyklopädie *„Der Mensch"*, Bd 2, Zürich 1982, S. 339–380.

schieden zwischen den Individuen innerhalb der Populationen beruhen. Dieser Wert von 10 bis 15 Prozent ist bemerkenswert gleichbleibend, egal ob man Blutgruppen, verschiedene Arten von DNS-Polymorphismen oder Schädelmaße betrachtet. Für einige politisch korrekte Wissenschaftler ist das der Grund, zu bestreiten, daß es überhaupt Rassen beim Menschen gibt. Allerdings ist die statistische Methode des FST-Index, auf der dieser Wert beruht, durchaus irreführend. Denn er ist ebenso ein Maß für die Heterogenität einer Bevölkerung. Je heterogener eine Bevölkerung ist, desto kleiner erscheinen die Unterschiede zu anderen Bevölkerungen. So ergab zum Beispiel die Berechnung des FST-Index aufgrund von Schädelmaßen süd- und mittelamerikanischer Bevölkerungen mit 24,2 Prozent einen Wert, der um 10 Prozent über dem Wert für die Gesamtmenschheit liegt. Das heißt in diesem Falle aber nicht, daß die Unterschiede zwischen den lateinamerikanischen Populationen größer wären als die zwischen den Hauptrassen des Menschen, sondern lediglich, daß die regionalen Bevölkerungen in Süd- und Mittelamerika in sich homogener sind. Neuere genetische Untersuchungen zeigen, daß die Rassenunterschiede erheblich größer sind, wenn man nicht die Gene selbst, sondern deren Umsetzung durch regulatorische Gene vergleicht (Genexpression).

Die Europäer sind Europide. Das heißt, sie gehören zu einer der drei Großrassen oder Rassenkreise, in die sich die geographische Typenvielfalt des Menschen untergliedern läßt. Die Europiden sind vor allem durch eine charakteristische, reliefreiche Physiognomie mit im Verhältnis zum Hirnschädel kleinem Gesicht, tiefliegenden Augen, vorspringender schmaler Nase, kleinen Wangenknochen und tiefen Wangengruben charakterisiert. Es besteht eine Tendenz zur Aufhellung der Farben, die aber nicht bei allen regionalen Subtypen der Europiden gleich stark ausgeprägt ist. Zu den Europiden gehören auch die Bewohner Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens. Sie unterscheiden sich deutlich sowohl von den Negriden in Afrika als auch von den Mongoliden in Asien. Zum weiteren Umfeld der Mongoliden gehören auch die Ureinwohner Amerikas (Indianide). Außerdem gibt es einige Gruppen, die nicht zu den drei Rassenkreisen gehören, wie die Ureinwohner Australiens (Australide), die Weddiden in Südasien und die Khoisaniden in Südafrika. Diese Gliederung, die auf den sichtbaren morphologischen Merkmalen beruht, ist, trotz gelegentlich anderslautender Äußerungen von Genetikern, durch die genetischen Merkmale nicht nur im Großen, sondern vielfach auch im Detail bestätigt worden.

Vincent Sarich und Frank Miele: *Race. The Reality of Human Differences*, Boulder (Colorado) 2004.

Die Rassenunterschiede sind nicht nur äußerlicher Art. Es gibt Unterschiede in der Anatomie des Skeletts einschließlich Händen und Füßen und entsprechend von Gang und Bewegung, der Lage und Größe innerer Organe, des Verlaufs kleinerer Gefäße, Muskeln und Nerven, bei physiologischen Parametern wie Hormonen, Grundumsatz und Wärmeregulation, ja selbst in der Furchung der Großhirnrinde. Selbst die Chromosomen zeigen unter dem Mikroskop erkennbare Unterschiede in ihrer Bandenstruktur und Gestalt.

Obwohl alle Rassen einer einzigen Art des *Homo sapiens* angehören, haben sie sich nicht alle in gleichem Maße vom archaischen *Homo sapiens* der Altsteinzeit entfernt. Menschheitsgeschichtlich alte, archemorphe Merkmale – früher nannte man sie primitive Merkmale –, wie allgemeine Knochengrobheit, ein großer Gesichts- und im Verhältnis dazu kleiner Hirnschädel, eine niedrige, fliehende Stirn, betonte Überaugenwülste, massige Wangenknochen, Prognathie des Untergesichts oder große Zähne finden sich in unterschiedlicher Häufigkeit auch noch in heutigen Populationen. Archemorphe Merkmale haben sich vor allem in Randlagen und Rückzugsgebieten erhalten, wie zum Beispiel bei den Australiden, die die am stärksten archemorphe rezente Gruppe darstellen. Der Schädel eines australischen Ureinwohners, in Europa ausgegraben, würde in die jüngere Altsteinzeit vor mehr als 10.000 Jahren datiert werden. Versuche, den *Homo sapiens* statistisch aufgrund von Schädelmaßen bei Ausschluß aller Neandertaler- und *Homo erectus*-Funde zu definieren, scheiterten daran, daß dabei neben prähistorischen Vertretern des *Homo sapiens* auch die rezenten Australiden ausgegrenzt wurden. Außer den Australiden, die eindeutig die archemorphste Rasse darstellen, gehören die ihnen nahestehenden Melanesiden, die Ainuiden,

die Weddiden, die Eskimiden, die Fuegiden (Feuerlandindianer) und die Khoisaniden zu den altertümlicheren Menschenformen.

Earnest A. Hooton: *The Asymmetrical Character of Human Evolution*, in: *American Journal of Physical Anthropology* 8 (1925), S. 125–140.

Allen diesen Gruppen ist gemeinsam, daß sie auf sehr alten kulturellen Entwicklungsstufen verharrten und schon vor Ausbreitung der Europäer von ihren kulturell und biologisch progressiveren Nachbarn in unwirtliche Regionen abgedrängt worden sind. Die Australier, die Feuerlandindianer, die Wedda auf Ceylon, die Negritos auf den Andamanen und die afrikanischen Buschmänner lebten als nicht seßhafte Jäger und Sammler noch bis vor wenigen Generationen in tiefer Altsteinzeit.

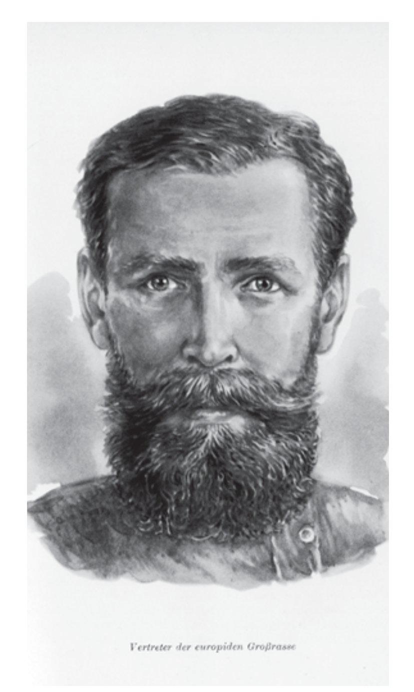
Die allgemeinen Entwicklungstendenzen des *Homo sapiens*, die diesen von seinen stammesgeschichtlichen Vorgängern, dem Neandertaler und dem *Homo erectus* unterscheiden, wie die Zunahme der Schädelkapazität, die allgemeine Grazilisierung des Knochenbaues, die Verkleinerung von Kiefer und Gebiß und die Abnahme des Sexualdimorphismus, haben sich bei den verschiedenen geographischen Populationen in unterschiedlich starkem Maß fortgesetzt. Dabei sind neomorphe Formen vermehrt in den Bevölkerungen der großen Kontinente aufgetreten, wo schon aufgrund der größeren Menschenzahl das Auftreten vorteilhafter Mutationen wahrscheinlicher war. Auch zwischen den drei Großrassen gibt es in dieser Hinsicht Unterschiede. Während die Europiden und die eigentlichen Ostasiaten, die Siniden, sich am weitesten von den stammesgeschichtlich alten Formen entfernt haben, weisen die Palämongoliden in Südostasien und die Negriden Afrikas vergleichsweise mehr archemorphe Merkmale auf. Die zeigen sich zum Beispiel in gröberen Proportionen und morphologischen Besonderheiten des Gesichtsskeletts wie großen Wangenknochen, Prognathie, flachen Wangengruben und großen Zähnen. Auch die Hirnschädelkapazität ist kleiner.

Es ist offensichtlich, daß eine enge Korrelation zwischen der biologischen Dimension Archemorphie-Neomorphie und der kulturellen Entwicklungsstufe besteht, die die Völker der verschiedenen Weltregionen vor der Ausbreitung der Europäer erreicht haben. Die progressivsten Formen finden sich dort, wo die Menschen schon früh eine agrarische Lebensweise angenommen und auf dieser Grundlage autochthone Hochkulturen entwickelt haben, wie im Nahen und Mittleren Osten, in Europa und in China. Auch zeitlich läßt sich anhand von Skelettfunden nachvollziehen, wie sich die Menschen in den Hochkulturregionen schon vor Jahrtausenden veränderten, während in jenen Weltregionen, wo sie ihre alten Lebensweisen beibehielten, sie weitgehend unverändert blieben.

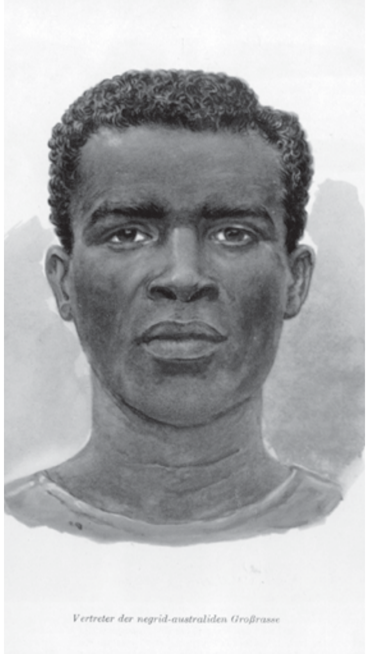
Ilse Schwidetzky: *Primitivtypen beim Menschen*, in: *Homo* 3 (1952), S. 137–140.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Diskussion über psychische Rassenunterschiede in einem anderen Licht. Es ist bekannt, daß Charaktereigenschaften und der IQ in einem beträchtlichen Maß durch genetische Einflüsse bedingt sind. Wenn aber auch psychische Strukturen eine genetische Basis haben, unterliegen sie ebenso den populationsgenetischen Gesetzen wie andere Merkmale und sind der Wirkung von Selektion und Gendrift ausgesetzt. Aus diesem Grund besteht eine sehr große theoretische Wahrscheinlichkeit für die Existenz von genetisch bedingten psychologischen Populationsunterschieden. Schon die Wirkung des Zufallsfaktors Gendrift schließt aus, daß die an der Ausprägung psychischer Merkmale beteiligten Genotypen in jeder Bevölkerung gleich häufig vorkommen. Außerdem besteht eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß gerade die psychischen Merkmale eine große Bedeutung für das Überleben und den Fortpflanzungserfolg gehabt haben.

So zwingend die Annahme von Rassenunterschieden bei psychischen Eigenschaften auch ist, so schwierig ist der konkrete Nachweis. Praktisch überall, wo Bevölkerungsunterschiede vorliegen, gibt es auch kulturelle Einflüsse, die als Erklärung herangezogen werden können. Einem Nachweis kommen wohl die Untersuchungen von Daniel G. Freedman an Neugeborenen verschiedener Rassen am nächsten. Er und seine Schüler haben seit den späten sechziger Jahren in San Francisco mit Babys unterschiedlicher rassischer Herkunft in den ersten 48 Stunden nach der Geburt Verhaltenstests durchgeführt. Um pränatale Beeinflussungen auszuschließen, wählten sie Mütter aus, die gleichaltrig waren, gleich viele Geburten hinter sich hatten, derselben Sozialschicht angehörten, dieselbe Schwangerschaftsberatung und während der Entbindung die gleichen Medikamente erhalten hatten. Freedman fand erhebliche Ver-



Vertreter der europiden Großrasse



Vertreter der negrid-australiden Großrasse



Vertreter der mongoliden Großrasse

Als sogar Linke noch wußten, daß es Rassen gibt; Bildtafeln zur Anthropologie des sowjetischen Wissenschaftlers M. F. Nesturch; deutsche Ausgabe im Urania-Verlag (Leipzig-Jena) 1959.

haltensunterschiede. Die Neugeborenen chinesischer Herkunft erwiesen sich als passiver und weniger leicht erregbar als die europäischer Herkunft. Die europiden Säuglinge unterlagen in ihren Stimmungen größeren Schwankungen und reagierten stärker auf Störungen ihres Wohlbefindens oder auf akustische oder optische Reize. Negride Säuglinge waren ähnlich reizbar wie die europiden, zeigten aber vor allem stärker entwickelte motorische Fähigkeiten, viele von ihnen konnten schon bei der Geburt den Kopf hochhalten. Die Ergebnisse Freedmans wurden durch weitere Untersuchungen später auf andere ethnische Gruppen ausgeweitet. Bei negriden Säuglingen in Afrika sind die Charakteristika amerikanischer Negrider – die bis zu 30 Prozent europide Gene aufweisen – noch ausgeprägter. Säuglinge australischer Ureinwohner haben dagegen ein ganz eigenständiges Merkmalsprofil, zu dem ebenso große motorische Fähigkeiten gehören wie bei den afrikanischen Negriden, aber auch eine ähnliche Passivität wie bei den siniden Mongoliden. Japanische Neugeborene und die nordamerikanischer Navajo-Indianern zeigen ein ähnliches Verhalten wie die chinesischen Säuglinge, letztere übertreffen diese sogar an stoischem Temperament.

Richard Lynn: *Race Differences in Intelligence. An Evolutionary Analysis*, Augusta (Georgia) 2006.

Die Weltverteilung des IQ zeigt bekanntlich erhebliche Unterschiede. Der durchschnittliche IQ der autochthonen Bevölkerung (ohne eingewanderte Europäer) beträgt in Ostasien 105, in Europa 100, in Südostasien 90, in Nordafrika, dem Mittleren Osten, Südasien und Amerika 85, in Schwarzafrika 67 und ist am niedrigsten bei Australiern (62) und afrikanischen Buschmännern (56). Diese Differenzierungen werden übrigens durch die methodisch ganz anders gearteten Ergebnisse der kulturvergleichenden Entwicklungspsychologie nach Jean Piaget bestätigt. Daran, daß hier auch kulturelle und soziale Faktoren eine Rolle spielen, kann kein Zweifel bestehen. Die Frage ist allerdings, ob diese Unterschiede ausschließlich auf kulturellen Ursachen beruhen, wie die politisch korrekte Meinung dazu ist, oder ob auch die Gene dabei eine Rolle spielen. Es ist offensichtlich, daß es eine eindeutige Korrelation sowohl zur biologischen Dimension Archemorphie-Neomorphie als auch zum kulturellen Entwicklungsniveau vor Ausbreitung der Europäer gibt. Unterschiede bestehen auch bei den verschiedenen Teilkomponenten der Intelligenz. So zeigen sowohl die amerikanischen als auch die afrikanischen Negriden eine stärkere verbale als räumlich-visuelle Intelligenz. Bei den Ostasiaten ist es dagegen umgekehrt, die räumlich-visuellen Fähigkeiten sind besser ausgeprägt als die verbalen. Bemerkenswert ist nun, daß die Indianiden daßelbe Intelligenzprofil aufweisen wie die ostasiatischen Mongoliden, mit stärker räumlich-visueller als verbaler Intelligenz. Für die Beteiligung genetischer Faktoren spricht, daß auch bei den Reaktionszeiten entsprechende Unterschiede zwischen siniden

Mongoliden, Europiden und Negriden bestehen. Die sind ein Maß für die neurologische Fähigkeit des Gehirns, einfache Reize zu verarbeiten. Die Mongoliden haben die kürzesten und die Negriden die längsten Reaktionszeiten.

Die Psychologen Richard Lynn und Edward M. Miller sehen in den Anforderungen, die das Eiszeitklima stellte, die Ursache für die höhere Intelligenz der Siniden und der (westlichen) Europiden. Das Leben in den nördlichen Breitengraden unterlag einem größeren Selektionsdruck als in den tropischen oder subtropischen Regionen. Während in den warmen Regionen Afrikas und Südasiens die Menschen mehr Sammler als Jäger waren, standen sie in den nördlichen Regionen vor den kognitiven Problemen, die die Jagd auf große Säugetiere im offenen Grasland stellte. Ebenso waren hier die Erfordernisse und Schwierigkeiten bei der Herstellung von Behausung und Kleidung und der Entfachung und Hütung des Feuers größere. Archäologen haben gezeigt, daß Jäger und Sammler in tropischen und subtropischen Regionen mit nur etwa 10 bis 20 Werkzeugen auskamen, während die in nördlichen Regionen zwischen 25 und 60 benötigten. Im Norden waren schon die Jäger und Sammler darauf angewiesen, Lebensmittel zu bevorraten, um den Winter zu überleben. Alle diese Anforderungen erzeugten einen verstärkten Selektionsdruck in Richtung auf kognitive Fähigkeiten.

Andreas Vonderach: *Entwicklungspsychologie als Schlüssel*, in: *Sezession 17* (2007), S. 34–37.

In der Folge wird der erst einmal erreichte kulturelle Fortschritt selbst die Evolution kognitiver Fähigkeiten begünstigt haben. Er ermöglichte, daß der ständige Selektionsdruck in Richtung Robustizität abnahm und sich grazilere Typen durchsetzten. Das häufige Vorkommen kleiner körperlicher Defekte wie Kurzsichtigkeit, Farbsehstörungen und Deformationen der Nasenscheidewand in der europäischen und ostasiatischen Bevölkerung bezeugt das Nachlassen des Selektionsdruckes, den der Zwang zum Überleben unter naturnahen Bedingungen ausgeübt hatte. Differenziertere arbeitsteilige Sozialstrukturen erlaubten die Erhaltung von Sonderbegabungen. Der Fortpflanzungserfolg belohnte zunehmend ein Sozialverhalten, das an eine komplexe Gesellschaft angepaßt war. Der Verlust motorischer Fähigkeiten bei Mongoliden und Europiden erscheint so als das Ergebnis der nachlassenden natürlichen Selektion. Gleichzeitig liegt es nahe, die Friedfertigkeit und geringe Provozierbarkeit sowie den hohen IQ der ostasiatischen Mongoliden als Anpassungen an das Leben in einer zivilisierten Großgesellschaft zu interpretieren. Ebenso dürfte die somatische und psychologische Entsexualisierung der Europiden und Siniden gegenüber den Negriden (Hormonspiegel, Hodengröße usw.) nicht, wie der kanadische Psychologe J. Philippe Rushton glaubt, auf unterschiedlichen soziobiologischen Fortpflanzungsstrategien im Sinne der r- und K-Strategie, sondern auf der durch den kulturellen Fortschritt veränderten sexuellen Selektion beruhen (Bekleidung, Heiratsregeln).

Jüngste genetische Untersuchungen haben im menschlichen Genom Hinweise darauf gefunden, daß sich die Selektion in den letzten 40.000 Jahren und vor allem seit der letzten Eiszeit vor etwa 10.000 Jahren erheblich verstärkt hat. Es gibt weiterhin Hinweise darauf, daß die Veränderungen bei Europäern und Ostasiaten stärker waren als bei Afrikanern. Dabei sind vier Fünftel der evoluierten Gene rassenspezifisch, und nur ein Fünftel findet sich bei allen Menschen. Ein großer Anteil der durch die Selektion veränderten Gene betrifft das Gehirn und das Nervensystem. So zum Beispiel das Mikrocephalin-Gen und das ASPM-Gen, die beide die Hirnentwicklung steuern. Beide zeigen eine deutliche geographische Korrelation mit der Gehirngröße und dem IQ. So findet sich zum Beispiel das progressive Mikrocephalin-Allel bei Negriden mit nur 22 Prozent erheblich seltener als bei Europäern und Ostasiaten (unter 80 Prozent).

Bislang wissen wir nicht, wie groß der Beitrag der Gene zu den kognitiven Bevölkerungsunterschieden wirklich ist. Es ist möglich, daß er nur eine unbedeutende Rolle spielt. Aber auch das Gegenteil ist möglich. Erst die Aufklärung über die molekulargenetischen Grundlagen der kognitiven Fähigkeiten wird uns Klarheit verschaffen. Spätestens dann wird es nicht mehr ausreichen, das Thema zu tabuisieren, und es stellt sich die Frage, wie eine freiheitliche und der Menschenwürde verpflichtete Gesellschaft mit diesem Wissen umgeht.

Autoren dieses Heftes

Thorsten Hinz, 1962, studierte Germanistik in Leipzig, war 1997/98 Kulturredakteur der Wochenzeitung Junge Freiheit und arbeitet seither als freier Autor in Berlin. 2004 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten. Letzte Buchveröffentlichungen:
Zurüstung zum Bürgerkrieg, Schnellroda 2008
Das verlorene Land. Aufsätze zur deutschen Geschichtspolitik, Berlin 2008

Randolf Jeß, geboren 1974, studierte Volkswirtschaft und Jura und arbeitet als Berater einer Bundestagsabgeordneten.

Ellen Kositza, 1973, studierte Germanistik und Geschichte, freie Publizistin. Letzte Buchveröffentlichung:
Gender ohne Ende. Was vom Manne übrigblieb, Schnellroda 2008

Götz Kubitschek, 1970, studierte Germanistik, Geographie und Philosophie. Seit 2002 selbständiger Verleger (Edition Antaios).
Letzte Buchveröffentlichung: *Provokation*, Schnellroda 2007

Werner Mäder, 1943, studierte Rechtswissenschaften und ist promoviert als Jurist. Letzte Buchveröffentlichung:
Vom Wesen der Souveränität. Ein deutsches und ein europäisches Problem, Berlin 2007

Ulrich March, 1936, studierte Germanistik und Geschichte und ist promoviert als Historiker. Letzte Buchveröffentlichung:
Kleine Geschichte deutscher Länder, Graz 2006
Dauer und Wiederkehr. Historisch-politische Konstanten, Schnellroda 2005

Martin Schmidt, 1966, studierte Geschichte und Germanistik und arbeitet als Lehrer. Letzte Buchveröffentlichung (als Herausgeber):
Reisen zu den Deutschen im Osten Europas, Graz 2006

Josef Schüßlburner, 1954, Jurist, Regierungsdirektor in einem Bundesministerium. Letzte Buchveröffentlichung:
Roter, brauner und grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, Grevenbroich 2008

Jan Wilhelms, 1967, studierte Geschichte, Religionswissenschaft und Politik in Hannover und Göttingen und arbeitet als Webprogrammierer.

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, studierte Geschichte und Evangelischen Theologie und ist promoviert als Historiker. Letzte Buchveröffentlichung:
Deutsche Zeichen. Symbole des Reiches – Symbole der Nation, Schnellroda 2007
Das konservative Minimum, Schnellroda 2007

Andreas Vonderach, 1964, studierte Geschichte, Anthropologie, Geographie und Politikwissenschaft. Letzte Buchveröffentlichung:
Landleben in der Heide. Volkskundliche Fotografien von Wilhelm Carl-Mardorf, Heide 2005

Florian Wolfrum, 1978, ist Volljurist und Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bayreuth.

Staat Europa?

von Werner Mäder

Immer dann, wenn EU-Verträge im Zuge der fortschreitenden Integration geändert werden, steht die Frage im Raum, ob und inwieweit dies zum Verlust der Souveränität der Nationalstaaten führt. Die deutsche Regierung hat anfangs die Frage regelmäßig verneint, mit dem Vertrag von Lissabon 2007 ist sie dann gar nicht mehr darauf eingegangen. Die Frage ist auch müßig: Die Bundesrepublik befindet sich seit Kriegsende in einer verwirrten Zwischenlage und ist unentrinnbar in einem Netz gegenläufiger, sich widersprechender Regelungen verfangen.

Die Bundesrepublik ist kein souveräner Staat. Es fehlen alle wesentlichen Elemente von Souveränität: uneingeschränkte Militärmacht, Finanzmacht, Territorialgewalt und Rechtsgewalt.

Hans-Peter Tietz: *Souveräner Staat oder noch immerBesatzungsrecht?*, Marburg a. d. L. 2001.

Deutschland wird von der UNO trotz Mitgliedschaft als Feindstaat gemäß Art. 53 und 107 der UNO-Charta betrachtet; die Alliierten dürfen ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates Maßnahmen jeder Art gegen den Feindstaat des Zweiten Weltkrieges ergreifen. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 ist kein Friedensvertrag. Es gilt immer noch Besatzungsrecht. Tatsache ist, daß auch nach 1990 fremde Truppen der drei westlichen Siegermächte auf deutschem Boden stationiert sind. Das hindert jedoch die deutsche Regierung – fest eingezwängt in das westliche „Verteidigungsbündnis“ – nicht, auf Geheiß des Siegers USA sich an Kriegseinsätzen „all over the world“ beteiligen zu müssen. Derjenige ist nicht souverän, dem ein Element aus den Souveränitätsrechten fehlt, weil „das Behalten aller übrigen wirkungslos für die Bewahrung von Frieden und Gerechtigkeit ist, den Zweck, zu dem alle Gemeinwesen gegründet werden“ (Hobbes).

Werner Mäder: *Vom Wesen der Souveränität*, Berlin 2007.

Nach innen konzentriert sich die Regierung darauf, hohe Steuern, Abgaben und Gebühren zu erheben, das Volksvermögen aufzubrauchen, die Bürger mit Polizei und Justiz in Schach zu halten. Dies sind Phänomene eines „Nacht-

wächter-" beziehungsweise des Rudimentes eines „Not- und Verstandes-Staates" im Hegelschen Sinne. Die Politische Klasse will der staatspolitischen Misere entfliehen. Josef Isensee schreibt treffend: „Das Kainsmerkmal von Auschwitz würde verschwinden, würden die Deutschen in einer größeren Einheit, etwa der europäischen, aufgehen. Die Selbstantipathie der Deutschen erklärt es, daß sie versuchen, ihrer zu entfliehen. Sie beschwören die multikulturelle Gesellschaft, die europäische Bürgergesellschaft, die Weltzivilisation, zugunsten derer der Nationalstaat abdanken sollte. Die Selbstantipathie erklärt die forcierte Bereitschaft zur europäischen Integration, die auch anhält, nachdem sie die ursprüngliche Faszination längst verloren hat. ..."

Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 wurde die Finanzmacht (Währungshoheit) auf die EU verlagert. Die Rechtsgewalt hat sich der Europäische Gerichtshof – mit Duldung des Bundesverfassungsgerichts – selbst verschafft. Die „forcierte Bereitschaft" findet ihren vorläufigen Höhepunkt im ‚Vertrag von Lissabon' 2007, für den Bundeskanzlerin Merkel sich vehement eingesetzt hat. Es ist keine Aporie zu sagen, daß hier die Bundesrepublik Deutschland Souveränitäts- und Hoheitsrechte übertragen will, die sie ja in rechtlicher Hinsicht gar nicht hat.

Auf der anderen Seite können in der Frage nach der „europäischen Staatswerdung" (Siegfried Broß) aus dem Integrationsprozeß seit 1992 drei Phasen herausgenommen werden.

Königin Europa, Holzschnitt aus Sebastian Münsters Cosmographia, 1544.

1. Staatenverbund

Das Bundesverfassungsgericht hat zwar das Gesetz vom 28. Dezember 1992 zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union passieren lassen. Mit Verfassungsbeschwerden war gerügt worden, daß der Maastricht-Vertrag das Grundgesetz völlig sinnentleert. Im Urteil vom 12.10.1993 meinten die Verfassungsrichter zweimal, das sei „noch nicht" der Fall. Es hat eine Reihe von Grenzpfählen gesetzt, die noch nicht verletzt worden seien:

Rudolf Hrbek (Hrsg.): *Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Baden-Baden 1993.*

– Der Unions-Vertrag begründet einen *Staatenverbund* zur Verwirklichung einer immer engeren Union der – *staatlich organisierten – Völker* Europas, *keinen* sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden *Staat.*
– Die Bundesrepublik ist Mitglied einer zu eigenem Handeln befähigten *Staatengemeinschaft*. Voraussetzung der Mitgliedschaft in einer *zwischenstaatlichen Gemeinschaft* ist, daß eine vom Volk ausgehende Legitimation und Einflußnahme auch innerhalb des Staatenverbundes gesichert ist. Nimmt ein *Verbund demokratischer Staaten* hoheitliche Aufgaben wahr, sind es zuvörderst die *Staatsvölker der Mitgliedstaaten*, die dies über die nationalen Parlamente zu legitimieren haben.
– Der Unions-Vertrag räumt grundsätzlich nur begrenzte Hoheitsbefugnisse ein (begrenzte Einzelermächtigung). Der Ausdehnung der Aufgaben und Befugnisse der Europäischen Gemeinschaften sind vom demokratischen Prinzip her Grenzen gesetzt. Die Wahrnehmung von Hoheitsgewalt durch die EU gründet sich auf Ermächtigungen *souverän bleibender Staaten*. Eine Generalermächtigung sei unzulässig. Der Vertrag begründe für die Union keine Kompetenz-Kompetenz. Dies würde das gesamte Vertragssystem überflüssig machen. *Die Staaten* bedürfen hinreichend bedeutsamer Aufgabenfelder, auf denen sich das *jeweilige Staatsvolk* in einem von ihm legitimierten und gesteuerten Prozeß politischer Willensbildung entfalten und artikulieren kann, um so dem, was es – relativ homogen – geistig sozial und politisch verbindet, rechtlichen Ausdruck zu geben.
– Der Vertrag ermächtigt die Union nicht, sich aus eigener Macht die Finanzmittel oder sonstige Handlungsmittel zu verschaffen, die sie für die Erfüllung ihrer Zwecke für erforderlich hält.
– Die Bundesrepublik unterwirft sich mit der Ratifikation des Vertrages nicht einem unüberschaubaren, in seinem Selbstlauf nicht mehr steuerbaren „Automatismus" zu einer Währungsunion. Diese sei vom Zustimmungsgesetz gedeckt.

– Deutschland ist einer der „Herren der Verträge“, die ihre Gebundenheit an den „auf unbegrenzte Zeit“ geschlossenen Unionsvertrag begründet haben, diese Zugehörigkeit aber letztlich durch einen gegenläufigen Akt auch wieder aufheben könnten.

Die Aussage des Bundesverfassungsgerichts ist eindeutig, die EU ist ein „Staatenverbund“, kein Staat. Die Unterscheidung ist juristisch greifbar, auch wenn die Zusammensetzungen ‚Bundesstaat‘ und ‚Staatenbund‘ im Laufe der Zeit immer wieder definitionsbedürftig wurden, ohne daß es jemals zu einer einhelligen Meinung gekommen wäre. Hinter den juristischen Positionen zeichnen sich nämlich politische Kräfte ab, die die Verfassungstermini – ähnlich ‚Demokratie‘ oder ‚Monarchie‘ – politischen Kampfbegriffen angenähert haben. Dies ist hier nicht der Fall. Europa-Eschatologen mögen dies anders sehen. Das Deutsche Reich (1871) war kein Bund der Länder, sondern der Bund des gesamten deutschen Volkes. Das galt für die Weimarer Reichsverfassung und gilt auch für das Bonner Grundgesetz.

2. Staatswerdung

Materiell ist die Verbindung der Vertragsstaaten seitdem schon viel weiter vorangeschritten, als dies von den politisch Verantwortlichen eingestanden ist. Die EU verfügt über die Finanzmacht und Rechtsgewalt, das heißt Elemente der Souveränität. Souveränität bedeutet in erster Linie tatsächliche Macht, der insoweit das Recht folgt, sich notfalls über das Recht hinwegsetzt.

Der Staat wird mitunter mit einer bestimmten Staats- beziehungsweise Regierungsform identifiziert, sein Begriff mit spezifischer (demokratie-inkompatibler) Verfassungssubstanz aufgeladen. Das verstellt den Blick dafür, daß die Spezies Staats- beziehungsweise Regierungsform nicht mit dem Genus Staat kollidiert. In das Passepartout des Staatsbegriffs paßt sowohl die Demokratie als auch die Aristokratie sowie die Monokratie oder Diktatur (totale Herrschaft). Die EU selbst leidet an einem unheilbaren Demokratiedefizit. Das hindert jedoch nicht daran, daß sie ein Staat werden kann.

Das Bundesverfassungsgericht weist zwar darauf hin, daß es kein europäisches Staatsvolk gibt, allerdings nur in dem Zusammenhang, daß sich deshalb aus dieser Quelle die EU keine demokratische Legitimation verschaffen kann. Zwar gehört nach reiner Völkerrechtslehre zum Staat *ein* Staatsvolk. Das schließt jedoch nicht aus, daß ein Staat mit vielen Völkern (Vielvölkerstaat) ein Staat ist und als solcher anerkannt wird. Maßgebend ist Faktizität der Herrschaft. Demgemäß steht einer Staatswerdung der EU nicht entgegen, daß sie weder Demokratie ist noch über ein europäisches Volk verfügt.

Es sind nicht Einzelmeinungen kompetenter Staatsrechtslehrer, die – anders als das Bundesverfassungsgericht – meinen, daß die EU als ein Herrschaftsgebilde eigener Art in der Praxis staatsähnliche Kompetenzen in einer derartigen Fülle hat, daß sie durchaus einem unitarischen Bundesstaat gleichkommen.

3. Vom ‚Staatenverbund‘ zum unitarischen Bundesstaat?

An die Stelle der gescheiterten ‚Verfassung für Europa‘ 2004 ist der ‚Vertrag von Lissabon‘ 2007 getreten, mit dem unter anderer Bezeichnung daßelbe erreicht werden soll. Der Bundespräsident hat bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Unterzeichnung des Zustimmungsgesetzes und die Ratifizierung des Vertrages zurückstellen müssen. Tritt der Vertrag in Kraft, bedeutet dies Revolution im wesentlichen mit folgenden Wirkungen. Die vom Bundesverfassungsgericht im Maastricht-Urteil von 1993 aufgestellten Hürden werden beiseite geschafft.

Werner Mäder: *Kritik der Verfassung Deutschlands*, Berlin 2002.

– Der Vertrag schafft die Volkssouveränität ab. Das Grundgesetz wird wirkungslos. Es bedeutet Absolutismus im Stile Ludwigs XIV. im Gewand einer EU-Rätediktatur.
– Er beraubt Deutschland der Grundlagen seiner ohnehin nur bedingten Selbständigkeit und *existentiellen* Staatlichkeit. Das Land wird – fernab vom Rechts- und Sozialstaat – Teil einer Region globaler Rechtlosigkeit.
– Mit dem vereinfachten Änderungsverfahren durch den Europäischen Rat erlangt dieser die Verfassungshoheit, ohne dazu legitimiert zu sein. Er verfügt über weitreichende bundesstaatstypische Kompetenz-Kompetenzen, wird ermächtigt, Unionssteuern zu erheben. Er kann so gut wie das gesamte Vertragswerk oder Teile dessen (außer der Außen- und Sicherheitspolitik) ohne Beteiligung der nationalen Parlamente ändern.
– Die Rechtsetzung der Union ist durchgehend exekutiv, nicht parlamentarisch.

Die Brüsseler Exekutive ist nicht abwählbar.
– Bisher hatten die Mitgliedstaaten ihre Hoheitsrechte nur – rückrufbar – übertragen, nicht verloren. Der Vertrag sieht eine ausschließliche Zuständigkeit in vielen Bereichen vor. Sie verlieren ihre Hoheit in diesen Bereichen endgültig. Sie verlieren in der Substanz ihre existentielle Staatlichkeit und werden materiell zu bloßen regionalen Selbstverwaltungskörperschaften, als die sie der Vertrag definiert.

Die Union wird durch den Vertrag ein ‚echter' (unitarischer) Bundesstaat, weil sie auf Vertrag beruht, als Bund der Mitgliedsländer, nicht ein ‚unechter' Bundesstaat wie Deutschland, der durch Verfassungsgesetz – theoretisch – als Bund des Deutschen Volkes begründet ist.

Die Union ist jedoch noch kein ‚perfekter' Staat, ihre Souveränität ist (noch) nicht absolut. So geht zum Beispiel zwar die Verteidigungspolitik auf die EU über, die jedoch wiederum an die NATO und damit USA gebunden ist. Der Vertrag räumt ein Austrittsrecht ein. Hingegen gibt es ein Recht auf Abspaltung einzelner Landesteile im Völkerrecht nicht. Sollte bei der rein theoretisch bleibenden Frage die Bundesrepublik tatsächlich austreten wollen, könnten seine „Siegerfreunde" dies politisch zur Sezession erklären und Maßnahmen ergreifen. Ohnehin wäre die Union ein Machtgebilde, in dem das positive Gesetz Recht verdrängen kann.

Tatsächlich illustriert das Vorgehen bei der „Vertiefung" und Erweiterung der EU ein Interview, das der Luxemburger Jean-Claude Juncker, früherer Ratspräsident, dem *Spiegel* gegeben hat: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein ‚Zurück mehr gibt'."
Erlaubt sind folgende Betrachtungen.
a) Läßt das Bundesverfassungsgericht den Vertrag durchgehen, bleibt die gewiß nicht tröstliche Feststellung, aber die Erfahrung aus der Geschichte, daß sich keine Herrschaft auf Dauer halten kann, die von der Mehrheit der Bürger zurückgewiesen wird. „Alle politischen Institutionen sind Manifestationen von Macht; sie erstarren und verfallen, sobald die lebendige Macht des Volkes nicht mehr hinter ihnen steht und sie stützt." Hannah Arendt gibt erstaunlich realphilosophischen Trost, wenn sie darauf verweist, daß Freiheit identisch ist mit (Neu-)Anfangen und Spontaneität menschlichen Handelns und wir deshalb das Recht haben, menschliche Wunder zu erwarten.
b) Scheitert der Lissabonner Vertrag, bildet das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts bis zu einer Änderung seiner Rechtsprechung Orientierung. Politisch gesehen wird für die Eurokraten der Kompaß vorübergehend in „Unordnung" geraten. Hier sei an Mark Twains Worte erinnert: „Als sie die Richtung verloren hatten, verdoppelten sie ihre Geschwindigkeit." Dann jedoch bleibt das Streben der EU-Organe auf „immer mehr".

Solange es noch einen oder mehrere mächtige außereuropäische Staaten gibt, muß der Jurist ohne Europa-Eschatologie an den klassischen Begriffen festhalten, ist Bodins ‚Souveränität' nicht aus der Welt. Man kann im derzeitigen Verhältnis der Mitgliedstaaten und der EU von einer „Pendenz der Souveränität" sprechen. Ohnehin ist und bleibt, wirtschaftlich gesehen, die EU eine gehobene Freihandelszone, eine offene „Region des globalen Kapitalismus" (Karl Albrecht Schachtschneider).

Für den Nicht-Juristen ist es schwer, sich eine eigene Position zu verschaffen. Arnold Gehlen bezeichnete den Übergang, in dem wir leben, als „objektive Unbestimmtheit". Er meinte, daß gerade repräsentative Erscheinungen oszillieren können, sie quer durch gewachsene, geschichtlich gewordene und legitimierte, tief im Herzen verwurzelte Gebilde ragen. Das Resultat sei dann ein gegenstandsundeutliches Gebilde von objektiver Unbestimmtheit. „Haben wir Krieg oder Frieden? Haben wir ein Vaterland oder nicht? Leben wir im Zeitalter des Sozialismus oder des Kapitalismus? Diese Fragen kann man nach Belieben beantworten, nicht weil die Antwort ‚Ansichtssache' wäre, sondern weil sachlich jede gleich richtig ist. ..."

Arnold Gehlen: *Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft*, zuletzt Frankfurt a.M. 2007.

Mit dem sicherlich nachvollziehbaren Befund der Sozialpsychologie darf sich der Jurist, will er nicht seinen Beruf verfehlen, allerdings nicht zufriedengeben. Von ihm muß ein bestimmendes Urteil erwartet werden. Der Bildungsbürger, sich Aufklärung verschaffend und aufgeklärt, kann sich zumindest subjektiv eine bestimmte Meinung verschaffen. Den Iren ist es offenbar, sei es mit welchen Gründen auch, gelungen.

Hannah Arendt: *Denken ohne Geländer*, München 2006.

Europa in der postamerikanischen Welt

von Karlheinz Weißmann

Während des Konfliktes zwischen Rußland und Georgien hat Elmar Brok, MdEP und Vorsitzender der außen-, sicherheits- und europapolitischen Kommission der CDU, eine Analyse der „Schwäche der EU" vorgelegt. Das allein wäre keiner Erwähnung wert, aber Brok verweist auch auf die problematischen Rahmenbedingungen für jeden Versuch, an diesem Zustand etwas zu ändern, bedingt nicht nur durch die Aggressivität Moskaus, sondern auch durch „pure amerikanische Interessenpolitik", die die „Einkreisung" Rußlands ebenso rücksichtslos betrieben habe wie die Umwandlung der NATO in ein global operierendes Militärbündnis. Brok weist außerdem darauf hin, daß die USA Irritationen zwischen Alt- und Neumitgliedern der EU „reichlich ausgenutzt" hätten. Das bezieht sich vor allem auf die Rückendeckung, die die Staaten Ostmitteleuropas von amerikanischer Seite erhielten, wenn es darum ging, Vorbehalte gegenüber einer weitergehenden Annäherung zwischen der Union und Rußland zu stärken. Das alles, so Brok, sei Teil der Unübersichtlichkeit einer „multipolaren Welt", in der es aber nicht um „Vergangenheitsbewältigung" gehen könne, sondern nur um „Interessenwahrung", und die verlange: eine gemeinsame „Energiesicherheitspolitik" und „Nachbarschaftspolitik" und daß eine „Definition gemeinsamer Interessen der EU sowie der EU mit Rußland gefunden" werde.

Man kann die Stellungnahme Broks als Übergangsphänomen betrachten. Er spricht zwar immerhin offen von „Multipolarität" und gibt der „Neuen Weltordnung" unter alleiniger Führung der USA den Abschied, aber gleichzeitig finden sich Reste der alten „Werte"-Rhetorik, mit der man mühsam zu verbergen sucht, daß es im Grunde um politisches Kalkül, nationales Prestige und Machtfragen geht, was wiederum bedeutet, daß die Vorstellung, man werde durch Diskussion, Konsensbildung und die Förderung wirtschaftlicher Beziehungen neue Stabilität gewinnen, naiv oder unehrlich erscheint. Will man

Elmar Brok: *Die Schwäche der EU*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. August 2008.

es freundlicher formulieren, dann könnte man auch sagen, daß Brok versucht, das Selbstverständnis Europas als eines „postmodernen Imperiums“ zu retten.

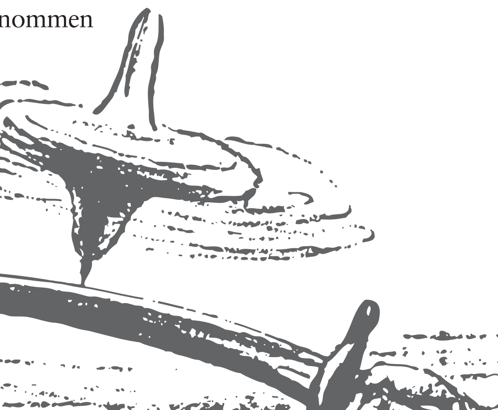
Der Begriff stammt von Robert Kagan, der im Frühjahr sein Buch *The Return of History and the End of Dreams* (deutsche Fassung: *Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?*, Berlin: Siedler 2008) veröffentlichte und darin ein Szenario für die Entwicklung der Weltpolitik entwarf. Es handelt sich – wie der Titel schon anzeigt – um eine Absage an Fukuyamas These vom „Ende der Geschichte“, aber stärker noch um eine Kritik an Huntingtons Konzept vom „Kampf der Kulturen“. Nach Meinung Kagans sind die großen Konflikte nicht durch zivilisatorische, etwa religiöse, Unterschiede bedingt, sondern durch Geopolitik und Verfassungsordnung.

Auf dem Umschlag von Kagans Buch hat man eine Karikatur vom Ende des 19. Jahrhunderts wiedergegeben, die den russischen Bären und den britischen Löwen im Angriff auf den chinesischen Mandarin zeigt. Das ist insofern aufschlußreich, als Kagan meint, daß tatsächlich das postkommunistische Rußland, die USA in der Nachfolge Großbritanniens und China die Geschicke der Welt bestimmen werden. Er verweist ausdrücklich auf die Kontinuität der russischen Machtpolitik und zitiert Putin mit dem Satz, der Kollaps der Sowjetunion sei „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ gewesen. Den Rekurs auf die imperiale Tradition des Landes hält Kagan für ebenso selbstverständlich wie die Versuche, die militärische Stärke durch eine geschickte Nutzung der natürlichen Ressourcen – vor allem soweit sie der Energiegewinnung dienen – auszubauen. Diese Strategie ähnele derjenigen Chinas, dessen Demütigung weiter zurückliege als die Rußlands, das nichtsdestotrotz seinen Aufstieg betreibe, unter Wahrung von autokratischer Struktur, Förderung des Nationalismus, der ausdrücklich auch auf die vorkommunistische Zeit zurückgreife, und die rücksichtslose Modernisierung des Landes, die vor allem die Öffnung für kapitalistische Methoden bewirke. China gehe es dabei nicht nur um die Stabilisierung des Systems, sondern auch um ein „Sendungsbewußtsein“, demzufolge das Land ein natürliches Recht habe, an der Neugestaltung der internationalen Ordnung aktiv mitzuwirken. Dieses Ziel zu erreichen, sei im Falle Chinas ungleich wahrscheinlicher als im Fall der anderen asiatischen Staaten mit Großmachtpotential: Japan, Indien oder Iran.

Dem Aufstieg Rußlands und Chinas können die USA aus Sicht Kagans wenig entgegensetzen. Das Land habe seine Position als einzige Supermacht nach dem Zusammenbruch des Kommunismus schlecht genutzt. Zwischen 1989 und 2001 gab es mehr amerikanische Militärinterventionen als jemals zuvor, und Washington nahm weder auf die UN noch auf seine Verbündeten irgendwelche Rücksicht. Die Reaktion der früheren Außenministerin Albright angesichts der Kritik an diesem Verhalten – „Wir stehen höher und sehen weiter in die Zukunft als jedes andere Land“ – sei Ausweis einer gefährlichen Arroganz, die die Illusion erzeuge, man könne die eigene Hegemonie nutzen, um andere Großmächte in einen weltweiten „Krieg gegen den Terror“ zu zwingen. Die Zusammenarbeit mit Rußland und China sei aber immer eine Illusion gewesen, weil deren Führungen von geopolitischen Interessenlagen ausgingen, die wenig oder nichts mit den ideologischen Vorgaben Washingtons zu tun hatten.

Kagan hält das für verständlich, betont allerdings, daß die Geopolitik nicht materialistisch aufgefaßt werden dürfe, im Sinne eines absoluten Determinismus. Raumlage und Verfassungsform böten aber zusammengenommen die sicherste Prognose im Hinblick auf die politische Orientierung eines Staates. Das wiederum bedeute, daß es kein globales „Konzert“ der Mächte geben werde, bestenfalls ein „demokratisches“, das die USA, Japan und Indien, aber auch die EU umfasse. Der wird in seiner Abhandlung sonst kaum Beachtung geschenkt, wenngleich er dem Konzept eines „postmodernen“ Imperiums mit Sympathie gegenübersteht. Gleichwohl erscheint ihm die Union als „geopolitisches Rätsel“ [94], denn deren Führer neigten immer wieder dazu, die gebotene Solidarität mit den Vereinigten Staaten zu opfern, um eigene kurzfristige Interessen zu verfolgen.

Diese Einschätzung steht im Widerspruch zu dem, was Kagan selbst als Kritik



Das Gleichgewicht ist immer prekär; Karikatur von Honoré Daumier, 1867.

der amerikanischen Außenpolitik formuliert hat, erklärt sich aber aus seiner Biographie, zu der die langjährige Tätigkeit im *State Department* gehört, aber auch die Prägung durch die Erfahrungen des Kalten Krieges und die kurze Zeit des amerikanischen Machtmonopols nach dessen Ende.

Robert Kagan: *The Return of History and the End of Dreams,* London 2008.

Wahrscheinlich muß man auf diesen Hintergrund eine gewisse pessimistische Grundeinschätzung zurückführen. Kagan hält einen Krieg zwischen den autokratischen und den demokratischen Mächten zwar nicht für zwangsläufig, glaubt aber eben auch nicht an eine Art von globalem Interessenausgleich oder eine vollständige Durchsetzung des westlichen Modells. Man müsse ökonomische Interessen berücksichtigen, aber „Nationen sind keine Rechenmaschinen“ [80], und in vieler Hinsicht würden die Beziehungen zwischen Staaten im 21. Jahrhundert wieder Mustern des 19. Jahrhunderts ähneln. In vielem berührt sich diese Argumentation mit derjenigen von Fareed Zakaria, dessen jüngstes Buch gerade unter dem Titel *The Post-American World* erschien. Auch er weist die Grundannahmen von Fukuyama und Huntington zurück, hält den Islamismus nicht für die Hauptbedrohung, hebt die Bedeutung eines neuen „Nationalismus“ und der machtpolitischen Aspekte hervor. Beide setzen außerdem den relativen Machtverlust der Vereinigten Staaten und den „Aufstieg des Restes“ voraus. Allerdings ist das Szenario, das Zakaria entwirft, deutlich optimistischer als das Kagans. Die Ursache dafür liegt in dem Gewicht, das er den wirtschaftlichen Faktoren zuweist. Seiner Meinung nach deuten alle Indikatoren auf eine positive Gesamtentwicklung. Die Verflechtung der Staaten in bezug auf Waren- und Kapitalverkehr, die Auswirkungen der „Dritten ökonomischen Revolution“, bewirkt durch die globale Verfügbarkeit nicht nur von Gütern und Geld, sondern auch von Dienstleistungen, das alles bewirke eine dauernde Aufwärtsbewegung. Von den großen Verheißungen der 1990er Jahre habe sich jedenfalls die bewahrheitet, daß alle wirtschaftlichen Probleme über Marktmechanismen zu lösen seien. Der Aufstieg Chinas und Indiens, mittelfristig auch derjenige Brasiliens, hänge mit der Entscheidung zusammen, voll- oder halbsozialistische Konzepte aufzugeben und die Spielregeln des Kapitalismus zu akzeptieren. Auch Rußland werde letztlich diesem Weg folgen, wenngleich seine autokratische Struktur dem größere Hindernisse entgegenstelle als das beispielsweise in China der Fall sei.



Neuer Kolonialismus; Collage vom Deckblatt des Economist, März 2008.

In Zakarias Optik erscheint China als ein besonders aufschlußreiches Beispiel für den relativen Verlust an Anziehungskraft des amerikanischen Modells. Mit deutlicher Bewunderung spricht er von den Durchgriffsmöglichkeiten der Elite – die nur noch pro forma kommunistisch, de facto aber technokratisch und nationalistisch orientiert sei –, wenn es darum geht, Entwicklungshindernisse aus dem Weg zu räumen oder eine langfristige Politik zu betreiben. Seine Heimat Indien erscheint zwar sympathischer, was die innere Verfassung betrifft, aber gleichzeitig auch chaotischer und jedenfalls ungeeignet für ein zentralistisches, halbdiktatorisches Regime. Diese Charakterisierung verweist auf eine weitere Besonderheit der Argumentation Zakarias, der anders als Kagan ein eher pragmatisches Verhältnis zu Verfassungsordnungen hat. Seiner Meinung nach ist die Freiheit des Marktes ein ungleich besserer Garant für die Freiheit des Individuums als die in einer Konstitution verbriefte Liste von Freiheitsrechten. Er nennt diese Haltung „liberal“, und seine Begeisterung für das amerikanische Modell resultiert aus der Wahrnehmung, daß dieses „liberalen“ Vorstellungen am nächsten kommt.

Fareed Zakaria: *The Post-American World,* New York und London 2008.

Zakaria glaubt deshalb auch, daß Amerika die Möglichkeit habe, dem Schicksal zu entgehen, dem noch jede imperiale Ordnung zum Opfer gefallen sei: die fehlende Integration der Beherrschten, die Zwangsläufigkeit der Rebellion, wenn das Gefühl der Entfremdung zu stark werde. Nach Meinung Zakarias sind die USA durch die Anwerbung begabter Einwanderer auf dem

Weg, dieser Gefahr zu entkommen. Beeindruckend sind jedenfalls die Zahlen, die er nennt, wenn es um den Anteil junger Asiaten unter den Absolventen der mathematischen, technischen und naturwissenschaftlichen Studiengänge geht; die Weißen, so seine etwas höhnisch klingende Bemerkung, wollten sich den Anstrengungen der *sciences* längst nicht mehr unterwerfen. Zakaria verweist auch darauf, daß die Geburtenrate der weißen Amerikaner genauso niedrig ist wie die in den meisten europäischen Staaten.

Deren Niedergang erscheint für ihn unaufhaltsam angesichts der demographischen Tatsachen. Zwar müsse man gegenwärtig noch mit der EU als Faktor rechnen, aber bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts werde deren Bedeutung immer weiter zurückgehen. Den Weißen werde so oder so die unangenehme Wahrheit vor Augen geführt, daß die „Größe" eines Staates tatsächlich mit seiner „Größe" – im Hinblick auf Fläche und Bevölkerung – zusammenhänge. Wenn die Zukunft Staaten wie Rußland, China und Indien gehöre, dann könnten die USA ihre relative Machtstellung nur wahren, wenn sie als „ehrlicher Makler" – Zakaria rekurriert ausdrücklich auf Bismarck und dessen Verwendung des Begriffs – aufträten, die Beziehungen zwischen den Mächten moderierten und die Globalisierung in ihrem Inneren spiegelten, so daß sie alle zur Verfügung stehenden Potentiale nutzen könnten.

Wenngleich Zakaria behauptet, dem Faktor „Kultur" eine erhebliche Bedeutung zuzumessen, so wird doch an dieser Stelle eine generelle Schwäche seiner Argumentation deutlich: Trotz seines heftigen Leugnens sieht er im Menschen nur den *homo oeconomicus*, Staat, Religion, Weltanschauung, Überlieferung, werden daran gemessen, ob sie dessen Entfaltung dienlich sind oder nicht, sie haben keinen Eigenwert und ihr Anspruch auf Geltung ist ohne Belang. Das hat einmal mit einem – von Zakaria selbst beklagten – typisch amerikanischen Mangel zu tun: dem Fehlen vertiefter historischer Kenntnis. Es geht aber auch um eine Art Stretchlimousinen-Politologie, die die Dinge nur aus großer Distanz und „von oben" betrachtet, keinen Blick für die Verwerfungen hat und im letzten glaubt, daß nichts den „Fortschritt" aufhält.

In dieser Hinsicht besteht ein deutlicher Unterschied zu Kagan. Dessen erster Satz lautet „The world has become normal again", und seine Vorstellung von Normalität hat einen konservativen Grundzug: er setzt eine „unwandelbare Natur" des Menschen voraus und eine „endlose Konkurrenz der Nationen und Völker". Kagan zählt tatsächlich zu den führenden Köpfen der amerikanischen „Neokonservativen" und berät den republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain; umgekehrt gehört Zakaria zu den Unterstützern Obamas. Sowenig man deshalb in Kagan einen Befürworter der bisherigen Außenpolitik sehen kann, sowenig darf man Zakaria als naiven Anhänger des neuen Messias betrachten. Beider Bücher sind nicht nur als aktuelle Parteinahmen zu verstehen, eher als grundsätzliche Positionsbestimmungen für die Ära nach Bush. Wenn in dem Zusammenhang Europa kaum noch Bedeutung beigemessen wird, so muß man darin ein Indiz für die Verschiebung der machtpolitischen Gewichte sehen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten vollzogen.

Alan Posener: *Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muß*, München 2007.

Eine angemessene Reaktion darauf von europäischer Seite gibt es nicht, das kann man wissen seit den peinlichen Aufwallungen, zu denen die „Achse" Paris-Berlin-Moskau geführt hat. Soweit sich die Eliten des alten Kontinents nicht in fruchtlosen Klagen ergehen oder auf eine Nische im Weltstaatensystem hoffen, um in Ruhe ihren Geschäften nachzugehen, bleibt es beim Ausmalen von Wolkenkuckucksheimen. Alan Poseners Buch *Imperium der Zukunft* fällt unter diese Kategorie und ist deshalb so sehr viel schwächer als die Veröffentlichungen von Kagan und Zakaria. Der Verfasser greift nur die mittlerweile wohlwollendere Betrachtung von Imperien auf und schlägt dementsprechend eine europäische Reichsbildung vor. Das ist im einzelnen durchaus sympathisch und begleitet von Überlegungen, die man länger nicht vorgetragen bekam, aber bei den großen Problemen weicht Posener aus. Sein „sanfter Imperialismus" bleibt in bezug auf die Klärung der politischen Existenzbedingungen diffus. Sein „größeres Europa" ist ein Konglomerat von EU-Altmitgliedern im Kern, Neumitgliedern, Assoziierten, Beitrittswilligen und schließlich allen, die den Euro als Leitwährung betrachten. Woher der Zusammenhalt, den Posener – unter Rückgriff auf den arabischen Begriff „Asabiya"! – beschwört, kommen soll, bleibt sein Geheimnis, und die entscheidenden Fragen, das heißt die im eigentlichen Sinn politischen, bleiben unbeantwortet: Wer stellt das Reichsvolk? Wie ist der europäische Raum abzugrenzen? Welche Doktrin wäre ihm gemäß?

An den Grenzen Europas

von Martin Schmidt

Von Ernst von Salomon stammt der Satz, daß die Nation von ihren umkämpften Grenzen her begriffen werden müsse. Auch die Zustandsbeschreibung unseres Heimatkontinents Europa kann von seinen Grenzen her erfolgen – aufschlußreich ist vor allem die Situation an den EU-Außengrenzen im Osten und deren durch das sogenannte Schengener Abkommen verursachte Veränderungen. Seit der Öffnung der Land- und Seegrenzen in Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Malta am 21. Dezember 2007 hat sich die Unterzeichnerzahl dieses Vertrages auf 30 Länder erweitert, darunter sind auch Nicht-EU-Staaten wie Norwegen und Island. Für Großbritannien und Irland bestehen Sonderregelungen, die es erlauben, weiterhin eigenständig Grenzkontrollen durchzuführen. Der Schengen-Raum ist heute rund 3,6 Millionen Quadratkilometer groß und zählt etwa 400 Millionen Einwohner.

Der am 15. Juni 1985 in Schengen, einem kleinen luxemburgischen Städtchen an der Mosel, geschlossene Vertrag beinhaltet den Verzicht auf Kontrollen des Personenverkehrs an den Grenzen der beigetretenen Staaten und gleichzeitig die stärkere Sicherung der Außengrenzen zu Drittstaaten.

‚Schengen' steht für die Vision eines demokratischen, freizügigen und intern grenzenlosen Europas, das politisch wie wirtschaftlich immer mehr zu einer Art Vereinigte Staaten von Europa zusammenwächst. Von rechts wird das Vertragswerk als bürokratischer, realitätsferner Versuch zur Beseitigung des vielgestaltigen „Europas der Vaterländer" kritisiert, während die Linke eine bewußte Abschottung der „Festung Europa" von den Nachbarräumen, ihren Entwicklungsproblemen und nicht zuletzt den von dort kommenden Flüchtlingsmassen behauptet.

Wie sieht die Alltagsrealität an einem Grenzübergang des Schengen-Mitglieds Polen zum EU-Anwärter Ukraine aus? Einer der zwei großen Übergänge an dieser 526 Kilometer langen Trennungslinie liegt östlich des

galizischen Przemysl auf der Strecke nach Lemberg. Er heißt Przemysl/Medyka – Mostiska. Auf der polnischen Seite ist das Erscheinungsbild in letzter Zeit viel freundlicher geworden – von den Uniformen der Grenzer bis zu den mit Geldern aus Brüssel modernisierten Gebäuden. Nachdem die Zöllner im April 2007 durch einen massiven Streik eine Erhöhung ihrer Löhne durchsetzen konnten, wobei sie durch betont gemächlichen „Dienst nach Vorschrift" endlose Staus verursacht hatten, entspannten sich ihre Mienen wieder, und es wird korrekt und zügig gearbeitet.

Ein ganz anderes Bild bietet sich dem Reisenden auf der östlichen Seite dieser Grenze, die schon vor der Wende als eine der am besten gesicherten Europas galt. Die viel zu zahlreichen ukrainischen Zöllner tragen Uniformen, die in die Jahre gekommen sind, langweilen sich sichtlich und lassen sich mit der Abfertigung bisweilen dennoch unendlich viel Zeit. Bestechungsgelder gehören zum Alltag, Schikanen ebenso. Der einst überaus rege, nicht zuletzt von westukrainischen Zigarettenschmugglern geprägte Kleinhandel in der Region ist wegen der für ukrainische Staatsangehörige im Januar 2008 eingeführten kostenpflichtigen Visa (35 €) vorübergehend fast zum Erliegen gekommen. In umgekehrter Richtung besteht nach wie vor Reisefreiheit.

Der kleine Grenzverkehr bei Przemysl hat aber mittlerweile aus mehreren Gründen wieder an Dynamik gewonnen: Die Regierung in Warschau ist an guten wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ukrainern interessiert, sie nimmt Rücksicht auf die östlich der Grenze beheimatete polnische Minderheit und setzt sich nicht erst seit dem am 26. Mai 2008 gemeinsam mit Schweden angestoßenen EU-Projekt „Östliche Partnerschaft" für eine offensive Ostpolitik der Staatengemeinschaft ein.

All das ändert jedoch wenig daran, daß für normale Reisende, vor allem jene aus dem alten EU-Europa, auch hinter der Grenze auf ukrainischer Seite häufiger Schwierigkeiten in Gestalt korrupter Polizisten auftreten. Diese sind ungeniert darauf aus, arglose Autofahrer mit dieser oder jener Begründung abzukassieren. Der rumäniendeutsche Schriftsteller Richard Wagner hatte zu Recht darauf hingewiesen, daß das „Ende des Sozialismus (...) nicht das Ende der Korruption" bedeute, da diese als Krisensymptom von den kommunistischen Machthabern nur, solange es eben ging, verhüllt worden war.

Richard Wagner: *Mythendämmerung. Einwürfe eines Mitteleuropäers*, Berlin 1993.

Tagsüber gibt es an der Grenze bei Przemysl regelmäßig längere Staus; die Insassen von Reisebussen müssen sich auf Wartezeiten von zwei bis vier Stunden einstellen. Vor einigen Jahren war es zwar noch deutlich schlimmer, dennoch bekommt man hier nach wie vor eine Ahnung davon, was es einst bedeutete, eine Grenze im sozialistischen Teil des Kontinents zu überqueren.

Abgesehen von diesen offensichtlichen Eindrücken gibt es das verborgene Bild der Grenze, die ja eine Schengen-Außengrenze ist und dementsprechend verstärkt gegen Schmuggel, illegale Zuwanderung und ähnliches gesichert werden soll. So lauten jedenfalls die Vorgaben aus Brüssel, für deren Umsetzung eine Europäische Agentur zum besseren Schutz der EU-Außengrenzen (Frontex) und Soforteinsatzteams für die Grenzsicherung (Rabit) geschaffen wurden. Vorübergehend war sogar ein gemeinsames „Europäisches Grenzschutzkorps" im Gespräch. „Grüne" Grenzen wie jene zwischen Weißrußland und Polen oder Polen und der Ukraine erhielten neue Sicherungszäune und werden von personell deutlich aufgestockten Militärstreifen, Wärmebildkameras oder Leuchtsignalminen überwacht. Allein für die Befestigung der slowakischen Schengen-Außengrenzen gegenüber der Ukraine wurden 100 Millionen Euro eingesetzt. Zäune sichern auch die litauisch-weißrussische Grenze, auf deren östlicher Seite Wachposten patrouillieren, denen es erlaubt ist zu schießen (Versuche illegaler Grenzübertritte werden mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft). Deutsche Bundespolizei ist bei Przemysl wie an manch anderen Orten in beratender Funktion oder in der Ausbildung tätig. Man klärt über die neuesten Methoden der Paßfälschung auf, hilft Autodieben das Handwerk zu legen oder den Schleppern beim schmutzigen Geschäft der illegalen Zuwanderung dazwischenzufunken.

Wenn man von der Korrumpierbarkeit der polnischen, ukrainischen, slowakischen und ungarischen Grenzer absieht, gelten die Schengen-Ostgrenzen inzwischen zu Recht als weitgehend dicht. Erst wenn man diese in westlicher Richtung überquert hat, sei es als Bürger eines Mitgliedslan-

des oder ausgestattet mit einem sogenannten Schengen-Visum, besteht freie Fahrt über zahlreiche Landesgrenzen hinweg. Zumindest theoretisch: Denn die schnelle Einbeziehung der ostmitteleuropäischen EU-Neulinge in das Abkommen offenbarte wieder einmal das in Brüssel geltende Primat der Ideologie über die Sachpolitik. Denn vom Gesichtspunkt der Grenzsicherung aus war die Erweiterung unzureichend vorbereitet und sorgt bei den Polizei- und Zolldienststellen im Hinterland buchstäblich für schlaflose Nächte. Die Einbeziehung der Ostmitteleuropäer war ursprünglich zwingend an die Fertigstellung eines neuen „Schengener Informationssystems II“ gekoppelt (zusätzliche Speicherung von biometrischen Daten, Erweiterung der Fahndungsmöglichkeiten u. a.), doch erhebliche technische Probleme verzögern den Abschluß der Maßnahmen noch bis mindestens kommendes Jahr. Da eine Aufschiebung der Osterweiterung politisch nicht gewollt war, einigten sich die EU-Justiz- und Innenminister darauf, als Zwischenlösung das alte Netzwerk zur länderübergreifenden Polizeizusammenarbeit aufzurüsten. Die deutsche Bundespolizei führt seither entlang der Grenzen zu Tschechien und zur Republik Polen in einem Streifen von bis zu 30 Kilometern landeinwärts mit erhöhtem Personalaufwand stichprobenartig Kontrollen durch.

In dem insbesondere für die Polizeiarbeit im Hinterland geschaffenen elektronischen Fahndungsverbund der Schengen-Staaten manifestiert sich das Eingeständnis, daß die Milliardenausgaben für einen effektiven Ausbau der Grenzsicherungsanlagen gegenüber Drittstaaten den Wegfall der nationalen Kontrollen in puncto Kriminalitätsbekämpfung und Eindämmung der illegalen Zuwanderung noch nicht, vielleicht aber auch nie auszugleichen vermögen. Anläßlich internationaler Großveranstaltungen wie des G8-Gipfels in Heiligendamm oder bei den jüngsten Fußball-Welt- und Europameisterschaften mußte das Abkommen sogar vorübergehend außer Kraft gesetzt werden, um die Überforderung der Polizei nicht allzu deutlich werden zu lassen.

Im allgemeinen pflegt gerade die deutsche Politik die Konsequenzen von Schengen schönzureden. So behauptete Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Juni 2008, die Osterweiterung habe keine Zunahme der illegalen Einwanderung und der Kriminalität gebracht. Die vorgelegten Statistiken, die das zu belegen scheinen, werden allerdings von unabhängigen Beobachtern als irreführend bezeichnet, da sie auf Grund geringerer Kontrollen entstanden seien und es zum Beispiel in grenznahen Städten wie Frankfurt/Oder und Görlitz nachweislich vermehrt Einbrüche und Autodiebstähle gibt.

Linke Kritiker des Schengen-Grenzregimes weisen auf Schätzungen hin, wonach zwischen 1993 und 2003 beim Versuch der illegalen Überquerung der bundesdeutschen Ostgrenze etwa 145 Menschen ertrunken seien, hingegen allein an der Schengen-Südgrenze, insbesondere an der Meerenge von Gibraltar und in der Ägäis, zwischen 1994 und 2004 über 5.000 Menschen umkamen. Damit soll ein inhumaner Charakter der angeblich hermetisch abgeschirmten „Festung Europa“ suggeriert werden.

Irenäus Eibl-Eibesfeldt/Otto Koenig/Heinrich Lummer u. a.: *„Einwanderungsland Europa?*, Graz 1993.

Der Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid nannte die Einwanderungsfrage vor dem Hintergrund vergleichbarer Äußerungen bereits zu Beginn der neunziger Jahre ein „Eldorado des apolitischen Moralismus“. Die vielen Opfer an den Schengen-Außengrenzen dürfen nicht den Blick dafür verstellen, daß ein erheblicher Teil der aus Afrika über den Seeweg drängenden Menschen schließlich doch ihr Ziel erreicht und in Europa Aufnahme findet. Ähnlich wie Mittel- und Südamerika für die USA ist der Schwarze Kontinent für Europa der Ausgangspunkt eines nicht enden wollenden Migrations-Tsunamis. Genaue Zahlen sind nicht zu bekommen, aber allein die Tatsache, daß in Spanien regelmäßig sogenannte Regularisierungskampagnen für Hunderttausende illegale afrikanische Einwanderer vollstreckt werden, läßt die Dimension erahnen. Selbst differenzierter denkende Autoren wie der frühere *Zeit*-Redakteur Michael Schwelien finden keine überzeugenden Antworten auf die Europa unweigerlich bevorstehende demographische Katastrophe. Schwelien tritt für eine „gesteuerte Einwanderung“ ein und flüchtet sich in den hilflosen Appell an die EU-Staaten, mehr für die „Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“ zu tun.

Michael Schwelien: *Das Boot ist voll. Europa zwischen Nächstenliebe und Selbstschutz*, Hamburg 2004.

Die ideologische Selbstbeschränkung einer solchen Argumentation zeigt sich, wenn man den Blick nicht nur auf das ökonomische Wohlerge-

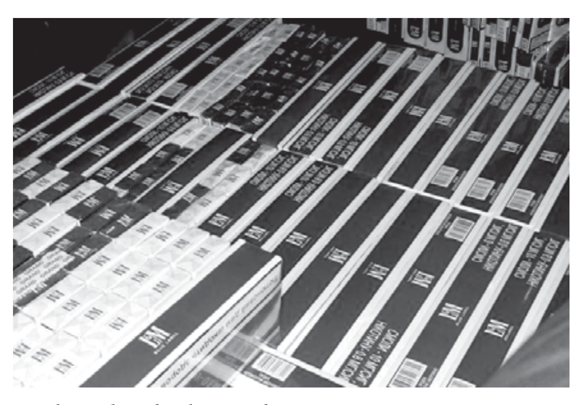
hen der Massen junger schwarzafrikanischer Männer richtet, die die Risiken ihrer Flucht ins europäische Wohlstandsgebiet immerhin kennen und bewußt eingehen. Vielmehr gilt es aus europäischer Sicht, die Folgen für die Zukunft des eigenen Kontinents in den Mittelpunkt zu stellen – also den absehbaren Kollaps der Sozialsysteme, die beschleunigte kulturelle Überfremdung, Kriminalitätsimport sowie die Förderung ausbeuterischer Mechanismen von landwirtschaftlichen Großbetrieben, die die Illegalen für Billiglöhne schuften lassen. Auch für Afrika bringt die Massenflucht insgesamt mehr Nachteile als Vorteile. Zahllose junge arbeitsfähige Männer verlassen für längere Zeit oder sogar für immer ihre Heimat und ihre Familien und begeben sich in einen ganz anderen Kulturraum, in dem sie sozial isoliert sind, sich fremd fühlen und nicht selten auf die schiefe Bahn geraten.

Tatsächlich weisen die Szenarien, die sich Woche für Woche in den spanischen Afrika-Enklaven Ceuta und Melilla oder auf Lampedusa und Malta sowie in der Ägäis abspielen, eher auf eine noch immer zu große Durchlässigkeit zumindest der Schengen-Südgrenzen hin als auf eine totale Abschottung. Die Fakten lassen Jean Raspails Roman *Das Heerlager der Heiligen* als prophetisches Werk über den durch Identitätsschwund und fehlende Verteidigungsbereitschaft selbstverschuldeten Niedergang Europas erscheinen.

Die Politik nährt noch immer die Illusion einer zunehmend entgrenzten Welt. Doch die Realitäten weisen längst – trotz der „Globalisierung" von Wirtschaft, Verkehr und Informationswesen – in eine andere Richtung. Die multipolare Welt ist durch neue kleinräumigere Koalitionen und Abschottungstendenzen gegenüber anderen Räumen charakterisiert.







An der polnisch-ukrainischen Grenze

In Europa führt die schrittweise Aufhebung interner Grenzen mitnichten dazu, daß sich die Schengen-Zone in eine amorphe territoriale Masse auflöst, die dann aus Brüssel zentral verwaltet werden muß. An die Stelle so mancher alter Nationalstaaten treten neue kleinere Gebilde – wie Flandern, Schottland oder das Baskenland –, die zum Teil wiederum nationalstaatlichen Charakter haben. Oder es formieren sich grenzübergreifende Regionen – beispielsweise in Schlesien und Tirol –, deren einheitlicher kulturgeschichtlicher Zusammenhang vorübergehend durch „künstliche" Grenzen unterbrochen war.

Jean Raspail: *Das Heerlager der Heiligen,* Tübingen 2005.

Umberto Bossi/Jože Pućnik/Jörg Haider u. a.: *Europa der Regionen*, Graz 1993.

Diese Entwicklung hat in den letzten Jahren sichtlich an Fahrt gewonnen und verleiht (auch im Kontext des jüngsten Krieges in Südossetien) Gedanken, die der Historiker Karl Schlögel Mitte der neunziger Jahre in bezug auf das Ende der Blockkonfrontation geäußert hatte, eine neue, hochaktuelle Bedeutung: „Die Diplomatie, die mit dem *handling* der großen Grenze gerade noch fertig geworden ist, ist von den vielen Grenzen, von deren Existenz sie erst erfuhr, als es zu spät war, heillos überfordert. Ihr Blick war anders konditioniert, und so wiederholte sie nur hilflos die Grundsätze, die dem Gespött und der Verachtung preisgegeben sind. Europa pflegt auf der Hochebene seiner Institutionen den universalistischen Diskurs, aber die Kapitulation geschieht vor Ort." Die neuen ethno-kulturellen Realitäten gehen mit veränderten Grenzziehungen in den Köpfen der Menschen einher und illustrieren den vielschichtigen Bedeutungsgehalt der ‚Grenze'. Diese trennt ja nicht nur, sondern führt zugleich zusammen, indem sie eine bestimmte ethno-kulturelle Gruppe in ihrer Unterschiedlichkeit von anderen, fremden Gruppen bestärkt und damit Identität schafft. Und die braucht Europa mehr als alles andere.

Karl Schlögel: *Go East oder Die zweite Entdeckung des Ostens,* Berlin 1995.

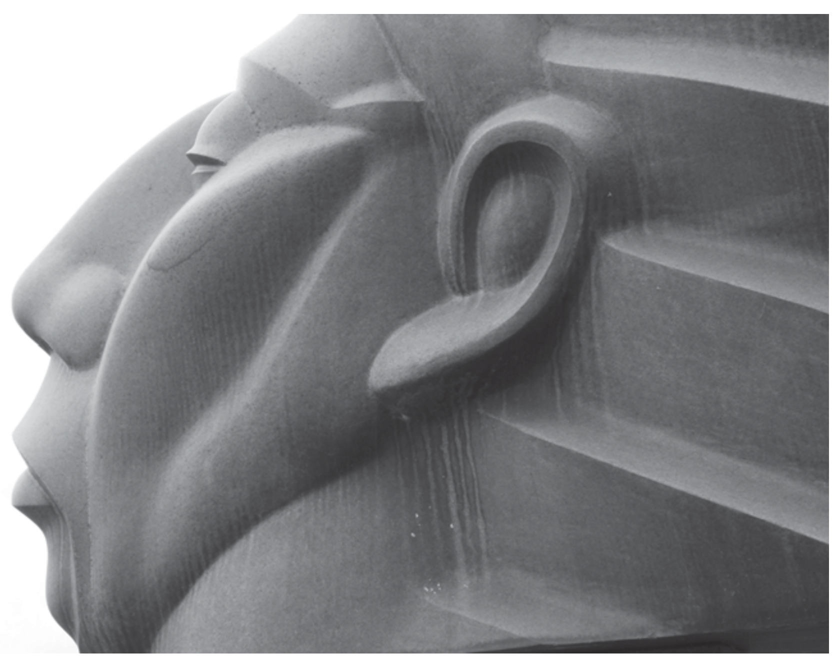
Europa, relativ

von Karlheinz Weißmann

Daß irgendwie alles „relativ" ist, gehört zu den Gemeinplätzen öffentlicher Diskussion. Die Behauptung wird kaum in Frage gestellt und als Ausweis moderner, rationaler, aufgeklärter Einstellung angesehen. Mag die Naturwissenschaft objektive Aussagen kennen, außerhalb des von ihr Erfaßten herrscht Relativität, was bedeutet, daß kein Vorrang festgestellt werden kann, sondern alle Phänomene nebeneinander stehen und tendenziell gleichwertig sind. Die Verbreitung dieser Ansicht hat nichts mit ihrer Durchdachtheit zu tun, sondern mit ihrer Kompatibilität: Wenn es keinen Wahrheitsanspruch gibt, den irgendjemand berechtigterweise erheben könnte, dann herrschen „Offenheit", „Toleranz", „Pluralismus", *acceptance*. Fast jedem, der diese Position vertritt, ist mit wenigen Argumentationsschritten klarzumachen, daß er seiner Behauptung kaum konsequent zu folgen bereit wäre, zumindest nicht in ethischer Hinsicht, aber man muß es sich nicht so leicht machen. Es gibt durchaus ein Feld, auf dem die Vorstellung von allgemeiner Relativität einer gründlichen Erwägung wert ist: die Verschiedenheit der menschlichen Kulturformen.

Der „Kulturelle Relativismus" wird irritierenderweise von Anhängern ganz entgegengesetzter Weltanschauungen vertreten: von Linken genauso wie von Rechten, von den Verteidigern der Ausgestoßenen und Geächteten wie von revolutionären Nationalisten, von den Verfechtern des Multikulturalismus wie von denen des Ethnopluralismus, von der UNO ebenso wie von asiatischen Diktatoren, die gegen die Menschenrechte ihre eigenen „Werte" setzen. Um in dieser Unübersichtlichkeit eine gewisse Ordnung zu schaffen, sollte man der Frage nachgehen, warum der „Kulturelle Relativismus" überhaupt eine solche Bedeutung erlangen konnte. Dazu sei auf ein Buch verwiesen, das vor vierzig Jahren zum ersten Mal veröffentlicht wurde, aber das Problem so gründlich behandelt und klug analysiert, daß es bis heute aktuell ist und seine Neuauflage nur begrüßt werden kann. Es handelt sich um die 1968 als Habilitationsschrift von der FU Berlin angenommene Arbeit *Der Kulturelle Relativismus* von Wolfgang Rudolph (*Forschungen zur Ethnologie und Sozialpsychologie*, Bd 6, Berlin: Duncker & Humblot 2008. kart, 291 S., 52.00 €).

Gewidmet hatte Rudolph seine Untersuchung Franz Boas (1858–1942), den er als Zentralfigur des „Kulturellen Relativismus" behandelt. Das, obwohl Boas keine Theorie im eigentlichen Sinn geschaffen hat, sondern seine Grundannahmen in Auseinandersetzung mit jenen Völkerkundlern und Anthropologen entwickelte, die sich an der Evolutionslehre orientierten. Diese Schule hatte am Ende des 19. Jahrhunderts großen Einfluß auf die amerikanische oder allgemeiner die angelsächsische Forschung, was Boas Widerspruch herausforderte, der einer deutsch-jüdischen Familie entstammte, in Deutschland studiert hatte und nachhaltig von Ideen der Romantik und des Idealismus beeinflußt wurde. Im Grunde wandelte Boas das Konzept des „Volksgeistes" ab und verknüpfte es mit einer Art Hermeneutik der Kulturen, die deren Ganzheit und deren Eigenwert von vornherein anerkennen, aber vor einer reinen, letztlich fruchtlosen, Beschreibung



Das Fremde im Eigenen; Aztekenkopf des schwedischen Bildhauers Carl Milles.

des Anderen bewahren sollte. In einem Brief an einen Freund umriß Boas seine Vorstellung: „Keinem von uns ist es gegeben sich frei zu machen von dem Bann, in den das Leben ihn geschlagen. Wir denken, fühlen und handeln getreu der Überlieferung, in der wir leben. Das einzige Mittel uns zu befreien ist die Versenkung in ein neues Leben und Verständnis für ein Denken, ein Fühlen, ein Handeln, das nicht auf dem Boden unserer Zivilisation erwachsen ist, sondern seine Quellen in anderen Kulturschichten hat."

Es lag nur in der Logik seines Konzepts, daß Boas der Annahme eines unendlichen „Fortschritts" ablehnend gegenüberstand. Was daraus mit gewisser Zwangsläufigkeit folgte, war die Kritik der zeitgenössischen Ethnologie und verwandter Disziplinen, sofern sie sich mit „Wilden" oder „Halbzivilisierten" unter dem Gesichtspunkt beschäftigten, das diese auf der Stufenleiter der menschlichen Entwicklung (noch) nicht vorangekommen seien. Boas Adepten weiteten diese Kritik zu einer grundsätzlichen am Kolonialismus und aller Ideen von der Überlegenheit der weißen Kultur aus.

Bis in die Zwischenkriegszeit gewann der Ansatz von Boas zwar Unterstützung, aber von allgemeiner Anerkennung konnte keine Rede sein. Wie so oft in der Wissenschaftsgeschichte kam auch hier dem „Paradigmenwechsel" (Thomas S. Kuhn) ein gesellschaftlicher Prozeß zu Hilfe, der mit der Wissenschaft eigentlich gar nichts zu tun hatte. Boas entfaltete jedenfalls in den zwanziger und dreißiger Jahren – mitbedingt durch seine jüdische Herkunft – eine heftige Agitation nicht nur gegen die NS-Ideologie, sondern gegen jede Behauptung, daß die Biologie für die Anthropologie eine ausschlaggebende Rolle spiele. Das brachte ihm mächtige Verbündete ein, aber den Enthusiasmus der Öffentlichkeit weckten erst die Bücher seiner Schülerinnen Ruth Benedict und Margaret Mead, die den Nachweis zu führen glaubten, daß es keine natürlichen Unterschiede zwischen den Menschengruppen und -individuen gebe, daß grundsätzlich auch eine ganz andere als die europäische Form der Zivilisation möglich sei, die sich noch dazu als friedlicher, lustvoller und sozialer darstelle. Wer demgegenüber auf der Anschauung beharrte, daß die Kulturen schon wegen rassischer Differenzen und der biologischen Seite der Geschlechtlichkeit und dann aufgrund von Ausleseprozessen, die darwinistischen Regeln folgten, von verschiedener Qualität seien, sah sich mit dem Vorwurf konfrontiert, Auffassungen zu vertreten, die faktisch denen des ideologischen Hauptfeinds der westlichen Welt beziehungsweise ihrer tonangebenden Intelligenz entsprachen.

Nach dessen Niederwerfung standen die Konzepte der Boas-Schule auf dem Lehrplan der amerikanischen *reeducation*, dienten der „Milieu-Theorie" als Argumentationsbasis und fanden außerdem Eingang in die UNO-Doktrin. Das war insofern überraschend, als der Kulturelle Relativismus eigentlich der Annahme universaler Werte widersprach. Rudolph sah diesen Mangel an Logik, schloß sich aber trotzdem Boas an und ergänzte dessen Konzept um die Geltung jener *Patterns of Culture* – Konfigurationen, die das Wesen einer Kultur ausmachen –, die deren Funktionstüchtigkeit gewährleisten. Das ist nicht ganz befriedigend, aber man wird anerkennen müssen, daß Rudolphs Parteinahme ausdrücklich gegen den „ideologisch-emotionalen ‚Anti-Rassismus'" wie den „Anti-Biologismus" gerichtet war, der die Forschungen von Benedict und Mead kennzeichnete. Hätte er schon 1968 wissen können, auf welchen Wegen die ebenso einflußreichen wie abwegigen Thesen der Mead zustande kamen, wäre seine Kritik an diesem Punkt sicher noch schärfer ausgefallen.

Man kann an der Wirkungsgeschichte der Boas-Schule einmal mehr erkennen, wie kompliziert der Weg der Ideen verläuft und wie stark die Umstände auf ihre Entfaltung, oder um genau zu sein: die Enfaltung bestimmter Aspekte, Einfluß nehmen. Dem Ursprung nach ein konservatives, die Verschiedenheit und Ganzheit der Kulturen betonendes Konzept, hat der „Kulturelle Relativismus" sich letztlich als revolutionäres, die Uniformierung und Globalisierung stützendes Ideologem entpuppt.

Mehr als ein „guter Europäer“

von Kai Zirner

Georg Simmel (1858–1918) gehört zu den Gründungsvätern der deutschen Soziologie. Bei ihm ist die heute weitgehend verlorengegangene philosophische Prägung der Soziologie noch ganz deutlich, auch in seinem Hauptwerk *Philosophie des Geldes* von 1900, in welchem er die Verselbständigung des Mittels Geld zum absoluten Zweck analysiert. Der evangelisch getaufte Jude hatte in Berlin neben der Philosophie auch Geschichte, Völkerpsychologie und Kunstgeschichte (später trat er mit Studien zu Rembrandt hervor) studiert. Er entwickelte eine frühe Wertschätzung für Friedrich Nietzsche, ging aber philosophisch zunächst von der Kantischen Transzendentalphilosophie aus, später entwickelte er eine eigene Lebensphilosophie.

Die jetzt als Band 23 der Gesamtausgabe (Georg Simmel, Gesamtausgabe in 24 Bänden, Bd 23: *Briefe 1912–1918. Jugendbriefe*, herausgegeben und bearbeitet von Otthein und Angela Rammstedt, *Frankfurt a. M.:* Suhrkamp 2008. 1241 S., br, 28.00 €, vorliegenden Briefe Simmels reichen von dessen später Berufung auf ein Ordinariat in Straßburg bis zu seinem Tod kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges. Die Schriftstücke kommentieren und ergänzen die schon edierten Kriegsschriften des Philosophen und Soziologen. Sie zeigen, daß die heutige Vereinnahmung Simmels als (post)modernen Relativisten und „guten“ jüdischen Europäers nicht zu halten ist. Simmel war kein Skeptizist und nur in eingeschränktem Sinne ein Relativist, was für ihn nicht bedeutete, „daß Wahrheit u. Unwahrheit zueinander relativ sind; sondern: daß Wahrheit eine *Relation* von Inhalten zueinander bedeutet, deren keiner für sich sie besitzt, gerade wie kein Körper für sich schwer ist, sondern nur im Wechselverhältnis mit einem anderen.“ (S. 638) Und Simmel war an vielen Fragen des Judentums, wie seine Briefe an Martin Buber zeigen, nur am Rande interessiert. Er hielt sich für „jüdisch-parteilichen Meinungen“ (S. 602) gänzlich fernstehend, war aber verständlicherweise sehr sensibel für Antisemitismus. Dem Historiker Hans Delbrück verkündete er im Zusammenhang mit einer Initiative gegen die Tätigkeit der Antisemitenvereine im September 1914 stolz, daß „die erste französische Fahne … von einem Juden erobert worden“ (S. 381) sei.

Sein Europäertum sah Simmel selbst immer in Verbindung mit einem leidenschaftlichen Patriotismus, im Krieg hielt er dann „Europa“ für eine auf lange Zeit zerstörte Idee. Zu tief saß die Erbitterung besonders gegenüber England: „Daß ein Volk, das nie die geringste Feindseligkeit von uns erfahren hat, über uns herfällt und unsere Existenz vernichten will, und zwar ausschließlich im Interesse seiner kommerziellen Machtsphäre – darüber werden Generationen nicht hinwegkommen.“ (S. 516) Und er wandte sich noch am Ende des Krieges gegen jeden idealistischen Pazifismus: „*Uns* hilft nur der harte Kampfeswille – der ist furchtbar u. schwer erträglich, aber es ist die einzige Rettung vor totalem Untergang. Was alle diese Friedensschreie uns schon geschadet haben, ist natürlich nicht mit Zahlen zu belegen, aber es ist psychologisch unvermeidlich u. aus der feindlichen Presse ohne weiteres ersichtlich, daß jede pazifistische Äußerung den Krieges- und Siegeswillen der Feinde stärkt.“ (S. 1003 f.)

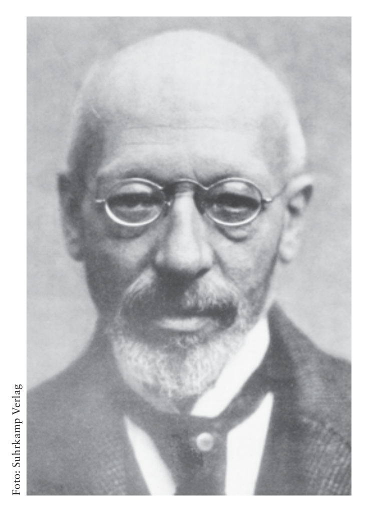
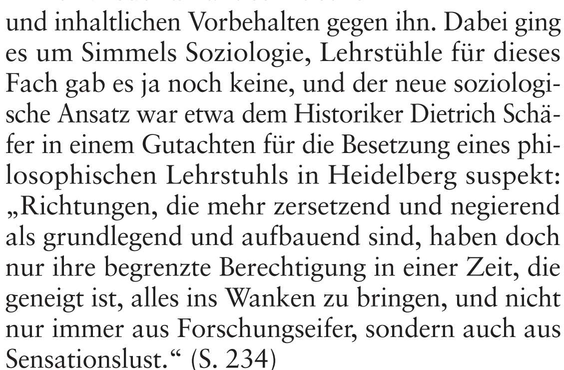


Foto: Suhrkamp Verlag

Georg Simmel



Trotz dieser patriotischen Haltung wurde Simmel beim Kaiserlichen Statthalter in Elsaß-Lothringen wegen eines angeblichen Verstoßens gegen die damalige nationale politische Korrektheit denunziert. Simmel wurde dann aber nur ermahnt, ein Disziplinarverfahren nicht eingeleitet. Diese Herrschaft des Verdachts gegen Simmel begleitete ihn sein ganzes akademisches Leben lang. Als außeretatmäßiger unbesoldeter Extraordinarius für Philosophie erzielte Simmel eine außerordentliche Wirkung in Berlin, aber eine Berufung auf einen ordentlichen Lehrstuhl scheiterte immer wieder an antisemitischen und inhaltlichen Vorbehalten gegen ihn. Dabei ging es um Simmels Soziologie, Lehrstühle für dieses Fach gab es ja noch keine, und der neue soziologische Ansatz war etwa dem Historiker Dietrich Schäfer in einem Gutachten für die Besetzung eines philosophischen Lehrstuhls in Heidelberg suspekt: „Richtungen, die mehr zersetzend und negierend als grundlegend und aufbauend sind, haben doch nur ihre begrenzte Berechtigung in einer Zeit, die geneigt ist, alles ins Wanken zu bringen, und nicht nur immer aus Forschungseifer, sondern auch aus Sensationslust." (S. 234)

Simmel blieb angesichts ausgehender finanzieller Reserven aus seiner Erbschaft daher kaum etwas anderes übrig, als den „Sprung ins Dunkle" (S. 312) zu wagen und 1914 ins Reichsland Elsaß-Lothringen überzusiedeln, just in der Zeit, als der Erste Weltkrieg ausbrach und das ohnehin nicht komfortable Leben in der Festung Straßburg deutlich beschwerte: „Hier in der Grenzfestung riecht es doch offenbar mehr nach Blut." (S. 441) Simmel ging es jetzt aber um anderes: Der Kriegsausbruch erschütterte ihn, er verfiel aber nicht in einen nationalen Rausch, sondern in eine ernste, geradezu feierliche Stimmung. Praktisch versuchte er den Malus der altersbedingten Abstinenz von der Front, den er deutlich als solchen empfand („Doch habe ich das Gefühl, daß, wer weder selbst hinausgeht noch ein Kind hinausschickt, die Weihe nicht empfangen hat – als wäre er nicht würdig befunden, am Opfer teilzunehmen." S. 471), durch allerlei Hilfsaktionen und beschwörende Stellungnahmen gegenüber Kollegen des neutralen Auslandes zugunsten der deutschen Sache wettzumachen. Dabei stellte er, typisch für die damaligen Gelehrten, die Rechtschaffenheit der deutschen Kriegsanstrengungen geradezu metaphysisch fest, was auch bei wohlgesinnten neutralen Ausländern nicht selten Verwunderung hervorrief. Mit persönlichen Kontakten zu Ausländern der Feindstaaten war es ohnehin vorbei, seitdem sein vorheriger Briefpartner Henri Bergson den Krieg zu einem Kampf der Zivilisation gegen das deutsche Barbarentum erklärt hatte. Die George-Jünger Friedrich Gundolf und Karl Wolfskehl wollten Simmel mit verschwurbelten Argumenten von dieser „Auslandstätigkeit" abbringen, Simmel ließ sich in seinem Engagement aber nicht beirren.

Theoretisch sah Simmel im Krieg zunächst die Chance, die Veräußerlichung des Lebens, die Vereinzelung des Individuums und die Verselbständigung der Mittel zu Zwecken zugunsten einer neuen Geistigkeit, Ganzheit und existentiellen Einheit zu durchbrechen. „In einer logisch freilich nicht recht ausdrückbaren Art ist das Ganze und das Einzelne überhaupt nicht mehr geschieden, Deutschlands Leben und Verderben ist *unmittelbar* mein eigenes Leben und Verderben." (S. 393)

Mit zunehmender Dauer des Krieges schwankte Simmel dann zwischen der Spengler ähnlichen Diagnose eines Zusammenbruchs der europäischen Kultur zugunsten Amerikas und der Hoffnung auf die deutsche Jugend, bei der er einen berechtigten antiakademischen Impuls erkannte: „fast alles, was in der geistigen deutschen Jugend willensstark, originell, zukunftsversprechend ist, fühlt sich in mehr oder weniger ausgesprochenem Gegensatz zu dem akademischen Betrieb der Geisteswissenschaften. Dieser vorwärtsdrängenden Jugend erscheint die Universität, die sie gutgläubig u. verehrend betreten hat, bald als ein morsches Überlebsel der Vergangenheit, bestandsfähig nur noch durch die Macht des dahinterstehenden Staates u. die Konventionen u. Verschwörungen der Gelehrtenzunft, starr, eingekapselt, taub gegen die Stimmen der Zeit u. unfähig zur geistigen Führerrolle." (S. 977)

Die Briefe enden mit bewegenden Abschiedsbriefen des an einem Leberkarzinom erkrankten Simmels an den Grafen Keyserling und Max und Marianne Weber. In philosophischer Ruhe zeigt sich Simmel dankbar für ein erfülltes Leben und die ihm gewährten Freundschaften.

Die Briefedition enthält nur einen kleinen Teil der Briefe Simmels aus jenem Zeitraum, sein Nachlaß ist verschollen. Daher sind hier überwiegend auch nur Simmels eigene Briefe abgedruckt, es handelt sich also nicht um einen Briefwechsel. Dieses Manko wird aber durch eine genaue Kommentierung und ein gutes Korrespondentenverzeichnis zumindest relativiert. Die gleichzeitige Veröffentlichung in Leinen und Broschur sorgt dafür, daß Simmel mit dieser nun bis auf den Registerband abgeschlossenen Gesamtausgabe – 150 Jahre nach seiner Geburt und 90 Jahre nach seinem Tod – nicht als Klassiker begraben wird, sondern als anregende und als zeithistorische Quelle von Rang zugänglich ist, die tiefe Einblicke in die Befindlichkeiten des damaligen „liberalen" Bildungsbürgertums gibt und damit den unter diesem Etikett anderes erwartenden Leser immer wieder verblüfft.

Wer vergleichend die Editionspraxis und -dauer anderer Klassiker betrachtet, die schwer lesbare Handschrift Simmels in den Blick nimmt und die Zerstreutheit des Materials in Rechnung stellt, kann dem Bielefelder Soziologen Otthein Rammstedt und seinen Mitstreitern für diese Arbeit nur ein großes Kompliment machen.

Rußland besucht seine Geliebte – Stimmen zum Georgien-Konflikt 2008

von Jan Wilhelms

Am 8. August 2008 marschiert Rußland in Georgien ein – zum erstenmal seit Ende des Kalten Krieges bekommt ein (international anerkannter) unabhängiger Staat ungebetenen Besuch von russischen Truppen. Die russische Militärmaschinerie vertreibt zunächst die georgische Armee aus der sich als unabhängig verstehenden Republik Südossetien, dann besetzt sie auch Gebiete des georgischen Kernlandes südlich davon, rund um die Stadt Gori.

Der impulsive georgische Präsident Micheil Saakaschwili war in die Falle gegangen. Jahrelang hatte er versucht, den seit fast zwei Jahrzehnten schwelenden Konflikt mit Südossetien (und mit dem ebenfalls abgängigen Abchasien im Nordwesten der Republik Georgien) mit politischen Mitteln zu lösen, zuletzt mit weitreichenden Autonomieangeboten.

Rußland hingegen hatte die Separatisten zwar (wohlweislich) nie als unabhängige Staaten anerkannt, aber zur Schwächung und Destabilisierung des georgischen Staatswesens benutzt. Im Laufe des Sommers häuften sich die Scharmützel zwischen georgischen Soldaten und südossetischen Milizionären – trotz der russischen „Friedentruppen" in Südossetien. Gleichzeitig hielt Moskau im Nordkaukasus das Manöver „Kaukasus 2008" ab, das als Vorbereitung zur Invasion angesehen werden kann. Auch über die Offensichtlichkeit hinaus, daß Moskau gerne selbst bestimmen möchte, wer seine Nachbarländer regiert, wird man nicht fehlgehen, eine persönliche Aversion Putins gegen den prowestlichen Saakaschwili als wesentliches Motiv zur Herbeiführung der Eskalation anzunehmen.

Die russische Regierung (und ihre Marionetten) behaupteten, die georgischen Truppen hätten in Südossetien einen „Genozid" begangen oder begonnen. Auch in westlichen Medien kursierten abstrus übertriebene Opferzahlen, die von der allseits als mafios unterwandert bekannten südossetischen Regierung lanciert worden waren. Westliche Journalisten berichteten aus dem ganz offensichtlich weitgehend unzerstörten Zchinwali, sie berichteten im Sinne der russischen Propaganda „aus einer zerstörten Stadt", obwohl auf den Bildern nicht viel davon zu sehen war. An die Tatsache, daß im Laufe der beiden Tschetschenienkriege etwa 10 Prozent des etwa eine Million Menschen zählenden tschetschenischen Volkes ums Leben gekommen ist, und daran, daß die Stadt Grosny von der russischen Artillerie und Luftwaffe so gründlich zerstört worden ist wie keine andere Stadt seit Hiroshima, mochte man sich im Westen nicht erinnern.

Einige aber erinnerten sich. Am 14. August ertönte in Frankreich eine publizistische Fanfare denkbar großer Lautstärke: Die beiden Philosophen André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy veröffentlichten in der altlinken Tageszeitung *Libération* einen wahrhaft schmetternden Aufruf in der großen stilistischen Tradition französischer Pamphletistik: „SOS Georgien? SOS Europa!" Die beiden erklärten darin die russische Invasion in Georgien zum wahrscheinlich wichtigsten historischen Wendepunkt seit dem Fall der Berliner Mauer, zu

einer Angelegenheit, die nicht nur Georgien und auch nicht nur die Staaten der ehemaligen Sowjetunion oder des ehemaligen Ostblocks betreffe – sondern ganz Europa. Warum denn Rußland noch im Europarat sei, warum noch in der G8? „Es ist Zeit, die Methoden zu ändern. Die Europäer haben – machtlos, weil uneinig – bei der Belagerung von Sarajewo geholfen. Sie haben zugeschaut – machtlos, weil blind –, wie Grosny in Stücke geschlagen wurde. Wird uns die Feigheit auch diesmal dazu bringen, passiv und kurzatmig zuzusehen, wie die Demokratie in Tiflis zerstört wird? Europa [...] befindet sich am Rande des Komas."



Nicht irgendeine Veranda in Gori – Stalins Geburtshaus

André Glucksmann ist, was offenen Protest gegen die neosowjetischen Anwandlungen der Rußländischen Föderation betrifft, keineswegs ein unbeschriebenes Blatt. Während der heißen Phasen des Zweiten Tschetschenienkrieges in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts war Glucksmann buchstäblich die einzige Geistesgröße Europas, die sich wieder und wieder mit dringenden Appellen zur Unterstützung der Republik Tschetschenien an die europäische Öffentlichkeit gewandt hat. Er protestierte gegen die russischen Kriegsverbrechen in Tschetschenien und war selbst auch mehrfach im Lande – illegal (aus russischer Perspektive), eingereist über Georgien in den von den Rebellen beherrschten gebirgigen Süden des kleinen Kaukasuslandes.

Am nächsten Morgen, dem des 15. Augusts, machte das feuilletonistische Internet-Portal *perlentaucher.de* mit einer stolze vier Zeilen langen Meldung auf den Aufruf von Glucksmann und Lévy in der *Libération* aufmerksam. Nun ist das Verhältnis zwischen der *FAZ* und dem *Perlentaucher* seit 2006 ein angespanntes, seit die *FAZ* und die *SZ* vergeblich versucht haben, dem *Perlentaucher* die systematische Veröffentlichung von Buchrezensions-Zusammenfassungen gerichtlich verbieten zu lassen. Üblicherweise stichelt der *Perlentaucher* gegen die *FAZ*, in diesem Fall war es umgekehrt.

Der politischen und stilistischen Generallinie der *FAZ* hätte es entsprochen, den flammenden Glucksmann/Lévy-Appell mit modesten Worten lobend zu erwähnen, wie man es mit anderen Stimmen, die zu westlicher Ent- und Geschlossenheit gegenüber Putins Rußland aufrufen, auch tut. Hier aber hatte man sich in Frankfurt anscheinend aus unerfindlichen Gründen provoziert gefühlt. Jedenfalls erschien am Nachmittag des 15. August auf *Faz.net* ein Kommentar von – Lorenz Jäger.

Der Rechtsausleger des *FAZ*-Feuilletons beklagte die „strategische Einkreisung Rußlands" durch „mehr oder weniger offenes Einsickern der Nato in die Anrainerstaaten". Rußland habe bewiesen, daß es zur Selbstbehauptung in der Region fähig sei. „Die Stimmen von Glucksmann und Lévy werden in Europa gehört, sie haben, in Deutschland etwa, das Portal ‚Perlentaucher' auf ihrer Seite." Der Perlentaucher seinerseits reagierte, indem er drei Tage später, „jetzt erst recht", eine Komplettübersetzung des Glucksmann/Lévy-Appells veröffentlichte.

Es versteht sich, daß man in den Kämmerlein der Wissenden des Internets noch viel geopolitischere Erklärungsansätze als Lorenz Jäger vorzubringen wußte. Das Portal *0815-info.de* etwa erklärte seinen Lesern unter Berufung auf einen Reporter namens Brian Harring, daß Israel dabeigewesen sei, von Georgien aus einen Luftschlag gegen den Iran vorzubereiten – nicht nur gegen die iranischen Nuklearanlagen, sondern auch gleich gegen die iranische Ölindustrie. Man zeigte sich erfreut, daß dies durch die russische Invasion verhindert worden sei: Rußland hat sie gewonnen, die erste Schlacht „eines neuen durch Stellvertreter geführten Krieges zwischen anglo-amerikanisch-israelischen Interessen und Rußland". Fluchtartig hätten Amerikaner und Israelis das Land verlassen. „Außerdem erbeuteten die Russen große Mengen amerikanischer Waffen, nachrichtentechnische Ausrüstung, unbemannte Flugzeugdrohnen und Lastwagen voll mit Geheimdokumenten." Man fragt sich, warum – sollte die Enthüllung mehr sein als eine Verschwörungstheorie – derlei Gerät ausgerechnet an der Grenze zu Südossetien deponiert wurde.

Lorenz Jäger spricht von der „Selbstbehauptung Rußlands in der Region". Der russische Komponist Wladimir Tarnopolski hat kürzlich das traditionelle mentale Verhältnis Rußlands zu Georgien mit dem Deutschlands zu Italien und mit dem eines Liebhabers zu seiner Geliebten verglichen: „Ein gewisser Leichtsinn, das oft kreative Verhältnis zur Wahrheit erhöhten nur ihren Charme. Wenn die Ukraine für Rußland wie ein Bruder war, so hing es an Georgien wie an einer Geliebten." (*FAZ*, 9. August 2008) Ganz in diesem Sinne warnte der ewige Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow, Georgien davor, sich mit den USA einzulassen: „Glaubt ja nicht, daß die Amerikaner euch so lieben werden, wie euch die Russen geliebt haben." Georgien seinerseits empfindet offensichtlich die jüngsten Annäherungsversuche Rußlands als durchaus lästig.

Doppeltes Netto

von Randolf Jeß

Die Europäische Union wird von vielen Bürgern neben anderem vor allem als riesige Umverteilungsinstitution wahrgenommen. Im Jahr 2003 betrug der Umverteilungssaldo, also der Betrag, der von den Nettozahlern zu den Nettoempfängern fließt, 17,1 Milliarden Euro. Dabei ist kein Geheimnis, daß sich Deutschland bereits über Jahrzehnte hinweg als größter Nettozahler in der Abfolge der verschiedenen Europäischen Gemeinschaften bis hin zur Europäischen Union etabliert hat. Dieser Zustand ist, wie man zu sagen pflegt, historisch gewachsen und quantifiziert sich im gewählten Beispieljahr in der Summe von 7,6 Milliarden Euro, die im Saldo aus der deutschen Volkswirtschaft in Richtung Brüssel abgeflossen sind.

Die tatsächlichen Nettobeiträge der Zahler sind dabei keineswegs Ausdruck irgendeiner Systematik oder eines in sich geschlossenen Konzepts, sondern vielmehr das Ergebnis von wiederkehrenden Verhandlungen über die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der EU; es handelt sich demnach um (tages-)politische Kompromisse, denen immer ein gewisser Grad an Beliebigkeit und Willkür anhaftet.

Nun hat der Heidelberger Finanzwissenschaftler Professor Franz-Ulrich Willeke diesen Zustand in einem präzise gefaßten Aufsatz problematisiert (*Tatsächliche und angemessene Nettobeiträge – Die Europäische Union der 15 Mitgliedstaaten als Testfall*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften 2007*, Bd 58, S. 93–129). Willeke bietet mit seinen „angemessenen“ Nettobeiträgen eine Alternative, die den Anspruch erhebt, eine solidarische Verteilung der Lasten unter den Nettozahlern zu ermöglichen. Daß eine in diesem Sinne gerechte Lastenverteilung unter den Financiers der Europäischen Union als anzustrebendes Moment angenommen werden kann, folgert der Autor sehr geschickt aus der Tatsache der Umverteilung selbst. Da Umverteilung nichts anderes als ein Akt der Solidarität zwischen Nettozahlern und -empfängern ist, sollte konsistenterweise auch von dem Ziel ausgegangen werden können, daß die Verteilung der Lasten der Umverteilung ebenfalls solidarisch erfolgt. Professor Willeke prägt für diesen Gedanken die Bezeichnung der „doppelten Solidarität der Nettozahler“.

Doch wie kann diese Gerechtigkeit „unabhängig von den sonstigen nationalen Befindlichkeiten der Nettozahler“ am besten quantifiziert und operationalisiert werden? Die zunächst noch abstrakte Antwort liefert der Autor mit seinem Verweis auf die Opportunitätskosten, welche letztlich das mit den spezifischen Nettobeiträgen der einzelnen Nettozahler verbundene und auf den jeweiligen Volkswirtschaften lastende Gewicht bestimmen. Das Opportunitätskostenkonzept gehört zum unstrittigen Grundinstrumentarium der Mikroökonomie. Dabei werden die Opportunitätskosten einer Entscheidung durch den entgangenen Nutzen beschrieben, der bei sich gegenseitig ausschließenden Handlungsalternativen und der Durchführung einer von diesen wahrgenommen wird. Ein in Deutschland aufgebrachter Steuereuro kann eben nur einmal von der öffentlichen Hand wieder ausgegeben werden, entweder in Deutschland oder ei-



„Euro"-Emblem vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main

nem anderen Land, nicht zweimal. Den abfließenden Mitteln der EU-Nettozahler stehen nämlich keine mittelbaren realen Gegenleistungen gegenüber, jedoch könnte jedes Geberland leicht eine zweckmäßige, alternative Verwendung der Gelder im Inland nennen. Unmittelbare Nutznießer der Umverteilung sind denn auch die Nettoempfänger, die grundsätzlich höhere Staatsausgaben ansetzen, die Staatsverschuldung senken, Haushaltsüberschüsse bilden und/oder Steuern senken können.

Die mit steigenden Nettobeiträgen prinzipiell „proportional" steigenden Opportunitätskosten lassen sich allerdings nicht direkt messen. Abhängig vom jeweiligen Wohlstandsniveau, der öffentlichen Haushaltslage und der konjunkturellen Entwicklung der einzelnen Mitgliedstaaten schlagen sie sich vielmehr in unterschiedlichen finanzpolitischen Problemen nieder, die nur schwer gegeneinander abgewogen werden können. Deswegen kann der Opportunitätskostenansatz nicht unmittelbar in ein überzeugendes und von jedermann leicht nachvollziehbares Konzept einer Beitragsordnung überführt werden. Um beurteilen zu können, ob die Nettozahler die gemeinsame Last der Nettobeiträge solidarisch tragen, müssen Höhe und Verteilung der Nettobeiträge auf die Nettozahler anhand eines einheitlichen Maßstabs simultan bestimmt werden können. Nettobeiträge, die diesem Anspruch genügen, nennt Willeke „angemessene" Nettobeiträge.

Als Grundlage für ihre Bemessung schlägt der Autor die ökonomische Leistungsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften, formal gemessen am jährlich erzielten Bruttonationaleinkommen (BNE) vor, da sich in dieser Kennziffer zumindest tendenziell die Fähigkeit abbildet, Opportunitätskosten tragen zu können. Das BNE ist die Summe aller von Inländern im In- oder Ausland erworbenen Einkommen eines Jahres. Dabei wird im Unterschied zum Bruttoinlandsprodukt nicht auf eine räumliche Abgrenzung, sondern auf eine personelle abgestellt. Durch Anwendung einer für alle Nettozahler einheitlichen Rate auf das länderspezifische BNE folgen schließlich die jeweiligen angemessenen Nettobeiträge. Im Prinzip gleicht dieser Vorschlag der Belastung der Nettozahler mit einer Art EU-Einkommensteuer, wobei der Steuersatz für alle Zahler identisch ist. Willeke benennt die den Steuersatz angebende Rate als „Zumutbarkeitsfaktor". Aus dem bereits skizzierten Anspruch an eine gerechte Beitragsordnung folgt die rigorose Anwendung dieses Zumutbarkeitsfaktors, ungeachtet sonstiger nationaler Befindlichkeiten der Nettozahler.

Willeke vergleicht nun die tatsächlich von den einzelnen Nettozahlern gezahlten Beiträge mit denen, die gezahlt worden wären, hätte sein Konzept angemessener Nettobeiträge Anwendung gefunden. Im Ergebnis teilt sich die Gruppe der Nettozahler dann in solche Länder auf, deren tatsächliche Beiträge eine unangemessene Entlastung von den angemessenen bedeuten und solche, deren tatsächliche Beiträge über den angemessenen liegen, mithin also eine unangemessene Belastung aufbürden. Abweichungen von den angemessenen Beiträgen interpretiert Willeke als Solidaritätsdefizit. Um nur zwei Ergebnisse dieser Vergleiche zu nennen: Der Übergang zu angemessenen Nettobeiträgen bedeutet für Deutschland eine Senkung von tatsächlich 7,6 auf angemessene 4,4 Milliarden Euro oder 26 Prozent aller Nettobeiträge, ohne daß es seine Rolle als größter Nettozahler verlöre. Die drei anderen großen Nettozahler (Großbritanien, Frankreich und Italien) übernehmen bei Anwendung des gleichen Zumutbarkeitsfaktors wie für Deutschland gemeinsam angemessene Nettobeiträge in Höhe von 9,4 Milliarden Euro oder 55 Prozent aller angemessenen, statt 30 Prozent der tatsächlichen.

Zu betonen ist ferner, daß Willekes Überlegungen sowie sein Vorschlag zur Systematisierung der Beitragsordnung der Europäischen Union lediglich auf das Innenverhältnis der Nettozahler untereinander abzielen: Die Umverteilung an sich und damit die Rolle der Nettoempfänger werden nicht in Frage gestellt, aber die Lastenverteilung soll solidarisch gestaltet werden. Neben dem Allgemeinplatz, daß eine gerechte Lösung selbstverständlich sein müßte, führt der Autor noch einen weiteren Grund an, der für eine Systematisierung der bestehenden Beliebigkeit spricht. Umverteilungssysteme tragen im allgemeinen die Eigenschaft, sich im Zeitablauf auszudehnen; ein Effekt, der auch als Teufelskreis des Interventionismus bezeichnet wird: Solange einzelne Nettozahler „duldend oder ausdrücklich bereit sind, […] zusätzliche Belastungen an Nettobeiträgen einseitig zu übernehmen – wie dies gegenwärtig vor allem auf Kosten Deutschlands der Fall zu sein scheint", haben die meisten der anderen Nettozahler nichts gegen eine Ausweitung der Umverteilung.

Willekes Verdienst liegt nicht nur darin, einen Weg zu mehr Gerechtigkeit im Umverteilungssystem gewiesen, sondern ferner ein sofort einleuchtendes Korrektiv vorgeschlagen zu haben. Seine Systematik schafft Abhilfe, weil bei Anwendung des Zumutbarkeitsfaktors immer alle Nettozahler in angemessenem Umfang von einer Ausweitung betroffen wären. Nach Willeke schweißte dies die Nettozahler auf ein gemeinsames Interesse an einer langfristig sinkenden Umverteilungssumme zusammen, welches sich zunächst im Bestreben niederschlagen sollte, Nettoempfänger in die Gruppe der Nettozahler aufzunehmen und langfristig als Beweis erfolgreicher Umverteilungspolitik die notwendigen Nettoleistungen sinken zu sehen.

Anonyma – eine von zwei Millionen

von Ellen Kositza

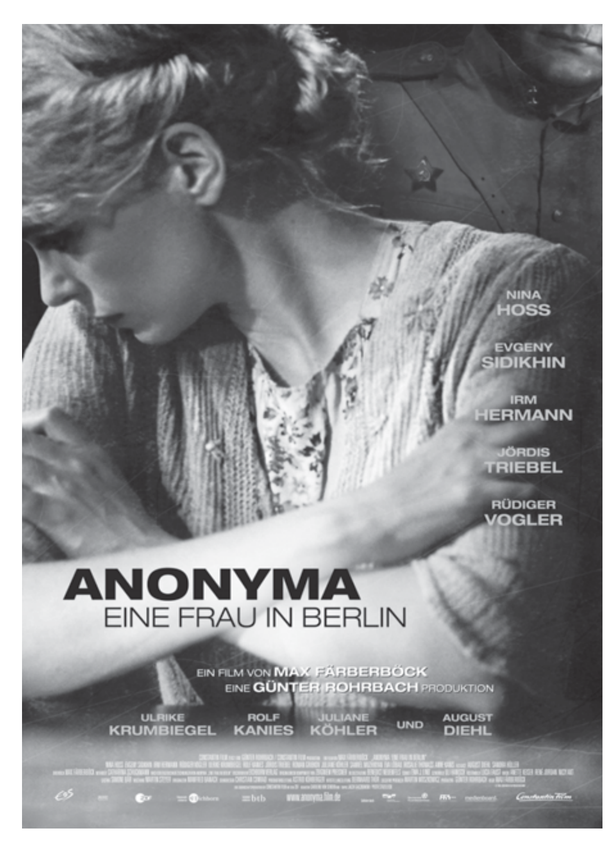
Wie oft wurde in den vergangenen Jahren ein „Gezeitenwechsel" in der (populären) Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg prognostiziert? Wie viele „Tabubrüche" – heißt: Einbeziehung der deutschen Opfer – wurden verheißen? Wir hatten Jörg Friedrichs Darlegung des alliierten Bombenterrors im Sachbuch *Der Brand* und romanhaft den Untergang der „Wilhelm Gustloff" in Günter Grass' *Im Krebsgang*. Hoffnungen wurden in die großen Filmproduktionen *Dresden* und *Die Flucht* gesetzt.

Tatsächlich zog dies alles heftige Diskussionen nach sich. Die öffentliche Wahrnehmung und Wertung der Sachlagen hat sich hingegen kaum geändert. Entweder wurden die Darstellungen diskursiv umgebogen (beispielhaft in der Jörg-Friedrich-Debatte), oder die vorab als „Enthüllungen" plakatierten Werke relativierten sich im eigenen Vollzug selbst. Heißt: (Nach-)Kriegsverbrechen gegen Deutsche wurden zwar dargestellt, dies aber nur bei Vervielfachung des Gegengewichts auf der historischen Waage. Dauer-Devise: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Schon klar.

Nun läuft Max Färberböcks Geschichtsdrama *Anonyma* an, Thema: die sexuellen Verwüstungsorgien der Roten Armee in Berlin, Frühjahr 1945. Die Drehbuchgrundlage hat eine längere Geschichte. Jene anonym bleiben wollende Frau, deren Aufzeichnungen rund um die Kapitulation 1959 in einem Schweizer Verlag erschienen sind, wurde nach der Neuveröffentlichung 2003 in Hans-Magnus Enzensbergers „Anderer Bibliothek" innerhalb einer mehrmonatigen Feuilletondebatte als Marta Hiller, Schülerin des Publizisten C. W. Ceram (alias Kurt W. Marek) identifiziert. Die bei Kriegsende 34jährige (und 2001 verstorbene) weitgereiste Journalistin hatte zwischen dem 20.4. und 22.6.1945 ihre Erlebnisse im besetzten Berlin in drei Schulheften aufgezeichnet. Noch im folgenden Sommer hat sie das Kladdenwerk abgetippt. Das Dokument erschien erstmals 1954 übersetzt in New York, anschließend in zahlreichen europäischen Ländern sowie in Japan.

Als Eichborn das Buch vor fünf Jahren in Deutschland veröffentlichte, tat sich zuvörderst Jens Bisky als Kritiker hervor. Er beklagte eine „schlampige Edition" und unterstellte Eingriffe seitens Marek in das Manuskript. Eine heftige Diskussion unter Beteiligung zahlreicher Prominenter wie Götz Aly entspann sich, die nach einem flüchtigen Gutachten durch Walter Kempowski (der dem Typoskript Authentizität bescheinigte) nicht abebbte. Offen blieb die Frage, was überhaupt die Aufregung um den Bericht rechtfertigte? Daß es massenhafte Vergewaltigungen durch Soldaten der Roten Armee gegeben hat, war schließlich nie ernsthaft in Zweifel gezogen. Außerordentlich abnorme Greueltaten (die an anderer Stelle durchaus Eingang in Geschichtsbücher gefunden haben) erwähnt die Anonyma nicht, weder sodomistische Exzesse noch Schändungen von Kindern und Greisinnen.





Als Eklat wurde das Buch allerdings schon bei seiner Erstausgabe im deutschsprachigen Raum empfunden. Zu kalt, zu lakonisch, ja abgebrüht erschienen den wenigen Lesern die Schilderungen der Anonyma.

Welchen Ton nun schlägt der Film an? Zunächst – er fesselt, entfacht einen schaurigen Sog, spinnt seine Fäden, wickelt den Zuschauer ein. Das abgedroschene Wort der „Leinwandpräsenz": Durch Nina Hoss als Anonyma mit halbwegs glamourösem Vorleben wird es erfahrbar. In ihrem leuchtend petrolfarbenen Wintermantel eilt sie durch die trümmergrauen Schauplätze des Endkampfes, umtost vom Pfeifen der Stalinorgeln. Ziel ist der Keller eines Berliner Mehrfamilienhauses, dessen Dachgeschoß sie bewohnt. In beklemmender Düsternis hat sich hier ein Dutzend Menschen eingefunden, die in den kommenden Wochen – im Film erscheinen sie wie lange Monate – eine Schicksalsgemeinschaft bilden werden.

Nach ersten Heimsuchungen der Kellerfrauen durch russische Soldaten begibt sich die Anonyma auf die Suche nach einem Verantwortlichen – ohne Kenntnis von Rängen und Hierarchien. Sie wird ausgelacht: „Was wollen Sie? Unsere Männer sind alle gesund!" Das wiederholte Auftreten der couragierten Frau mit Russischkenntnissen spricht sich herum. Mittlerweile sind die Kellerinsassen in die großzügigen, unzerstörten Räume einer verwitweten Mitbewohnerin umgezogen. Zeitweise geben sich die Rotarmisten hier die Klinke in die Hand. Sie bringen auch Lebensmittel mit und Unmengen Alkohol. Allabendlich finden Trinkgelage statt – gemeinsam mit den Frauen, die sich notgedrungen in ihre Lage fügen. Ungläubig, ja abgestoßen, lauscht der Zuschauer den unter Gekicher vorgebrachten Zoten, die sich die versammelten Frauen erzählen – doch nein, das ist nicht bloß zynischer Galgenhumor. Es ist Hysterie, die hier aufkeimt. Als „kranke Lustigkeit" beschreibt Anonyma im Buch dieses Symptom.

Anonymas Entschluß, sich einen „Wolf unter den Wölfen" zu suchen, der sie als „fester Liebhaber" vor Übergriffen anderer Männer schützt, ist unterdessen einigermaßen geglückt. Da wird der hochrangige Offizier Andrej (Evgeny Sidikhin) auf sie aufmerksam. Neben Suff und „Liebemachen" kommt es am einst feinen, nun vielfach geschundenen Mahagonitisch zu tiefsinnigen Gesprächen. Über Musisches, über Heimweh – und über Schuld und Schande. Als Zuschauer ist man hier längst eingewickelt, hat sich führen lassen vom Zug der Handlung – da merkt man, daß unter der Hand die Weichen umgestellt worden sind, daß das Mitgefühl auf Gleisen fährt, die ein anderes Ziel verfolgen als das zunächst vorgegebene. Nicht, daß die Perspektive der Russen hinzutritt – nach und nach dominiert sie den Film. Schon früh hat Anonyma eingestanden, daß das Leiden der Berliner Frauen heute in keinem Verhältnis stehe zu dem, was die Deutschen den Russen angetan haben. Später, nachdem sie von zerschmetterten Schädeln russischer Kinder hört, läßt sie das Hilfegesuch einer Mitleidenden stumpf an sich vorbeiziehen.

Während im Buch das Aufkommen romantischer Gefühle gegenüber ihrem Beschützer angedeutet wird, spielt der Film dies zu einer hanebüchenen, ja grotesken Love-Story aus. Das ist nicht schade, es ist geschmacklos. (Regisseur Färberböck übrigens verdankt seine Bekanntheit

allein dem Lesbenstreifen *Aimée und Jaguar* von 1999.) Und es schmälert im Nachklang jene Szenen, die so einschneidend gelungen erscheinen. Etwa, wo es um das Verhalten der deutschen Männer geht, die noch oder bereits wieder in Berlin sind. „Unsere Männer", so schreibt die Anonyma, „müssen sich noch schmutziger fühlen als wir besudelten Frauen. In der Pumpenschlange erzählt eine Frau, wie in ihrem Keller ein Nachbar ihr zugerufen habe, als die Iwans an ihr zerrten: ‚Nu gehen Sie doch schon mit, Sie gefährden uns ja alle!' Kleine Fußnote zum Untergang des Abendlandes."

In Buch wie Film stellt der Untermieter der Witwe, ein ehemaliger Volkssturmmann, die Minusfigur deutschen Mannestums dar. Parteigläubig bis zuletzt – und nun so flexibel! Im Buch liegt der Mann vorwiegend „unpäßlich" im Bett und unterhält von dort die deutsch-russische Hausgemeinschaft mit wohlfeilen Einschätzungen zur Weltlage, im Film geistert er als schleimig-jovialer Untertan durch die Räume – immer ein launiges Bonmot auf den Lippen. Daß der Begriff des „Volkes" endlich tot sei, daß es nunmehr um „Bevölkerungen" gehen werde – diese Weisheit wurde ihm freilich erst vom Drehbuch in den Mund gelegt. Den Gegentypus zum geschwätzigen Kriecher markiert ein weiterer Mitbewohner, der unerwartet zu Frau und Kindern heimgekehrt ist. Der sitzt und schweigt, unfähig, den Bitten seiner Frau, doch endlich zu reden, wenigstens wirklich dazusein, zu entsprechen.

Diese Szenen gehören zu den stärksten des Films – der uns insgesamt ratlos hinterläßt. „Historiendrama", gut, das Genre ist erfüllt – doch wo bliebe die Botschaft? Wo der Eklat? Das blieb schon während der Debatte um das Buch, also: dessen Neuauflage 2003, unklar. Zumal die Sprengkraft von Fakten auch zeitgebunden ist. Während einer (unverheirateten) Mittdreißigerin mit einem guten Dutzend Sexualkontakten auf dem Kerbholz – und seien die Mehrzahl davon rückblickend verzichtbar oder erniedrigend – heute ein beinahe mäßiges Intimverhalten bescheinigt werden kann, dürfte dieselbe Anzahl anno 1945 oder 1959 eine skandalöse Vorstellung bedeutet haben. Darum stieß der Kladdeninhalt bei Anonymas noch 1945 heimgekehrtem Freund auf Argwohn. Darum wurde 1959 das Buch als „Schande für die Ehre der deutschen Frau" bezeichnet.

Auch mit dieser Thematik hat sich nun die Publizistin und ZDF-Autorin Ingeborg Jacobs befaßt. In ihrem gerade erschienen Buch *Freiwild* (*Freiwild. das Schicksal deutscher Frauen 1945*, München: Propyläen 2008. 259 S., zahlreiche Abb., geb, 19.90 €) hat sie Frauen aus Berlin, Mecklenburg und den deutschen Ostgebieten ihre Geschichten vom Kriegsende erzählen lassen. Wir lesen im Bericht der Ostpreußin Ruth Irmgard Perplies, wie die damals 13jährige vergewaltigt wurde und vielfach Zeuge wurde, wie das gleiche ihrer Mutter widerfuhr. Das achte Kind der Marta Perplies war Resultat einer dieser Schandtaten, es verhungerte ihr nach wenigen Wochen an der Brust. Da waren es schon drei Kinder, die die Mutter binnen eines Jahres verloren hatte. Erst Jahre später erfuhr Martas Ehemann von diesem fremden Kind – seine Frau hatte es aus Scham verschwiegen. Die Tochter schildert in einer beklemmenden Szene, wie auch ihr dieses Schweigen gleichsam als elftes Gebot nahegelegt wurde. Dies, obwohl die Rangen, die noch Jahre später auf den Straßen „Frau komm!" spielten, ziemlich genau wußten, was diese Zurufe bedeuteten.

Auch wenn Jacobs von rund zweieinhalb Millionen vergewaltigten Frauen, davon knapp 130.000 allein in Berlin, spricht und damit die Schätzungen von Franz W. Seidler und Alfred de Zayas sogar leicht übersteigt, liegt ihrer atemberaubenden, die Kehle zuschnürenden Dokumentation keinerlei politische Stoßrichtung zugrunde. Sie bettet die *oral history*-Dokumente zeitgeschichtlich ein – mehr ist nicht nötig. Wie wiederum Guido Knopp Jacobs Dokumentation (Sendetermin 19.10., 23.30 Uhr, ZDF-History) einbetten wird, ist eine andere Frage.

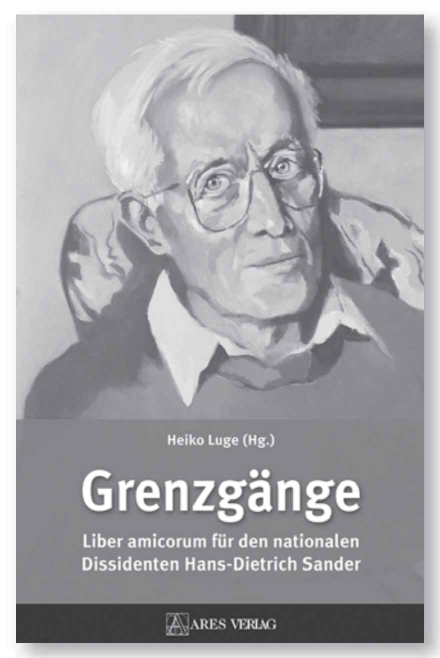
Ist es eigentlich von Bedeutung, ob solche Geschichten von einer Frau oder einem Mann erzählt werden? Ist das unsachgemäße Gefühligkeit? Vage unangenehm berührt es jedenfalls, daß Anonymas Bericht durch Männerhände (die des Regisseurs und des Produzenten) ging und „künstlerisch" hin zur Schmonzette verfremdet wurde. Dabei berichtet auch Jacobs von „Liebesverhältnissen" zwischen Russen und deutschen Frauen. Trotz des sowjetischen Fraternisierungsverbots mit dem Feind hat es solche gegeben – Frauen tendieren eben dazu, mit dem Sieger zu gehen; nicht nur die bekannten Affären zwischen GIs und „Frolleins" im Westen zeugen davon.

Wie wichtig eine ausführliche „Kontextualisierung" der russischen Sexualverbrechen an deutschen Frauen genommen wird, hatte bereits 1991 die Regisseurin Helke Sander erfahren. Ihrem von Linken vielfach kritisierten Film und dem gleichnamigen Buch *BeFreier und Befreite* (Helke Sander/Barbara John (Hrsg.): *BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigung, Kinder.* München: Fischer 2005. 228 S. Tb, 9.95 €) mußte sie ein peinliches Distanzierungs-Elaborat hinterherschieben. Der Vorwurf des Revisionismus gegen Sander wog hier insofern schwer, da es sich nicht um irgendeine Feministin, sondern *die* linke Frontfrau der 68er-Bewegung (sie hielt die berüchtigte Tomatenwurf-Rede vor dem SDS) handelte. Wie hatte sie es wagen können, mit solch eindringlichen Bildern der „Reaktion" Vorschub zu leisten! In der DDR übrigens waren die Verbrechen der Roten Armee vollkommen tabu – mag sein, daß *Anonyma* regional unterschiedlich zünden wird.

Wer melodramatische Unterhaltung sucht und packende Bilder, ist in diesem Kinofilm gar nicht schlecht aufgehoben. Wer tiefer und redlicher einsteigen will, muß Ingeborg Jacobs Buch lesen.

Der Film „Anonyma – Eine Frau in Berlin" läuft am 23. Oktober bundesweit in den Kinos an.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE



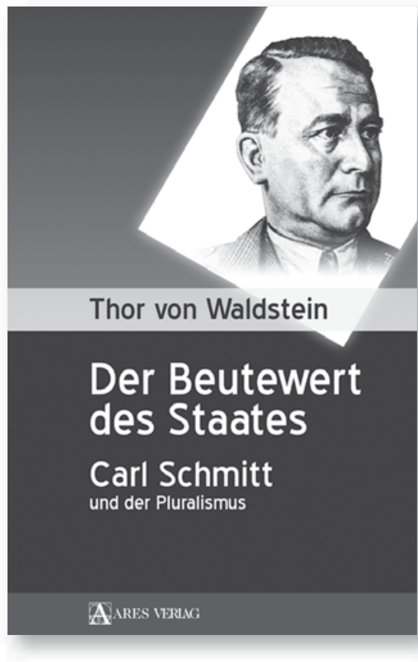
ISBN 978-3-902475-60-2
Heiko Luge (Hg.)
GRENZGÄNGE
Liber amicorum für den nationalen Dissidenten Hans-Dietrich Sander
352 Seiten, Hardcover
€ 29,90

Einer der profiliertesten nationalen Publizisten wird 80 – geachtet und gefürchtet: „Was verhütet werden muß“, so Peter Glotz 1989, sei, daß Sanders „stilisierte Einsamkeit, diese Kleistsche Radikalität wieder Anhänger findet. Schon ein paar Tausend wären zu viel für die zivile parlamentarische Bundesrepublik“.
Mit Beiträgen u.a. von: Thor von Waldstein, Elke Sander, Günter Maschke, Bernd Rabehl, Wolfgang Strauß, Günter Zehm, Peter Furth, Hans-Ulrich Kopp, Martin Lichtmesz, Franz Uhle-Wettler, Elmar Walter, Ivan Denes, Klaus Volk, Werner Bräuninger, Götz Kubitschek, Arne Schimmer, Volkmar Voigt u.v.a.



ISBN-978-3-902475-53-4
Barbara Rosenkranz
MENSCHINNEN
Gender Mainstreaming – Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen
168 Seiten, Hardcover
€ 19,90

Der Begriff „Gender mainstreaming“ bezeichnet nach außen den Versuch, die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchzuführen. Tatsächlich aber geht es geht darum, fast unbemerkt ein völlig neues, radikal anderes Menschenbild durchzusetzen – um die mutwillige Zerstörung von traditionellen Werten wie Ehe und Familie. Barbara Rosenkranz spricht hier von einer der radikalsten Revolutionen, die das Alltagsleben in Europa je betroffen hat.



ISBN 978-3-902475-33-6
Thor von Waldstein
DER BEUTEWERT DES STAATES
Carl Schmitt und der Pluralismus
215 Seiten, Hardcover
€ 19,90

Einen Staat nennt man pluralistisch, wenn seine Willensbildung entscheidend beeinflußt wird von nichtstaatlichen Kräften, etwa der Wirtschaft, sozialen Gruppen und sonstigen „pressure groups“. Es war Carl Schmitt, der die von Harold Laski entwickelte Pluralismustheorie einer gründlichen Untersuchung unterzog. Die vorliegende Studie zeigt Schmitts fundamentale Kritik an der unsichtbaren Herrschaft der Verbände als ein zentrales Element seines Antiliberalismus. Ein Thema von hoher Aktualität.



ISBN 978-3-902475-43-5
Oswald Spengler
JAHRE DER ENTSCHEIDUNG
Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung
Neu herausgegeben von Frank Lisson
184 Seiten, Hardcover
€ 19,90

Die Schriften des Geschichtsphilosophen Oswald Spengler, des „Meisterdenkers der Konservativen Revolution“, werden wieder intensiv diskutiert. So auch Spenglers 1933 erschienene Schrift „Jahre der Entscheidung“, die häufig als Vorwegnahme heutiger Krisen in einer globalisierten Welt gedeutet wird und nun wieder greifbar ist.
Oswald Spengler verfügte über das, was gemeinhin als „visionärer Blick“ bezeichnet wird. Von dieser Warte aus sah er den Niedergang Europas voraus. Spengler hoffte, daß dieser Niedergang verzögert werden könne. Hierbei schrieb er den Deutschen eine zentrale Rolle zu.

Erinnerungskollektive

Helmut König/Julia Schmidt/ Manfred Sicking (Hrsg.): *Europas Gedächtnis. Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität*, Bielefeld: transcript 2008. 169 S., kt, 18.80 €

Pascal Bruckner: *Der Schuldkomplex. Vom Nutzen und Nachteil der Geschichte für Europa*, München: Pantheon 2008. 255 S., br, 12.95 €

Aus einer Tagung anläßlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge ging der Band *Europas Gedächtnis* hervor. Nicht zuletzt durch die Beteiligung der regionalen Vertretung der EU-Kommission in Bonn verspricht die Veröffentlichung unter einem solchen Titel anspruchsvolle Darlegungen von Perspektiven einer gewissen „Kanonisierung" transnationaler Identitätspolitik auf EU-Ebene. Tatsächlich postuliert Helmut König die Notwendigkeit, „der EU jene Seele ein[zu]hauchen, die bislang den Einzelstaaten vorbehalten" sei. Er setzt sich dezidiert von Illusionen einer rein universalistisch begründeten europäischen Identität ab: Daß das „kollektive Gedächtnis" immer an „Gegenwartsinteressen" partikulärer „Gruppen und Gemeinschaften" gebunden sei, gilt auch für das politische Europa – weshalb König sich dagegen verwahrt, das Anliegen einer Gedächtnispolitik der EU mit der Forderung zur „Europäisierung der Geschichte" zu verwechseln. Der Umstand, daß im „europäischen" Kontext die Erinnerung an kollektive Erfahrung von Weltkriegen, Totalitarismus und Genozid vorherrsche – wobei dies sich in West- und Osteuropa in diversen Erinnerungskulturen niederschlägt, die politisch gegensätzliche Stoßrichtungen aufweisen –, veranlaßt König zu dem Plädoyer, der Versuchung einer „Homogenisierung des Geschichtsbildes" zu widerstehen.

Norbert Frei, der ebenfalls Wert darauf legt, daß „Geschichtsbewußtsein" nicht in Erinnerung aufgehe, skizziert den Prozeß der (bundes-)deutschen Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich" unter dem Aspekt der Prägekraft dreier politischer „Generationskohorten". Mit der Goldhagen-Debatte 1996 sieht Frei den „Zenit" einer „dramatisch gewandelten Selbstwahrnehmung der Deutschen erreicht: vom ‚Volk der Opfer' zum ‚Volk der Täter'". Eine solche Hinwendung zur Praxis eines „prinzipiell aufklärerischen Umgangs mit der Geschichte" sei zu einer Richtschnur für den Umgang anderer europäischer Nationen mit ihrer Geschichte geworden. Nachdem Frei die Explosivität einer „Konkurrenz der Opfer" im öffentlichen Raum Europas herausgestellt hat, warnt er vor einer schleichenden Revision des Prozesses der Entheroisierung von Zeitgeschichte durch einen sich ausdehnenden „Opferdiskurs". Als dessen Tiefpunkt führt Frei Oettingers Trauerrede für seinen Amtsvorgänger Filbinger an. In einem denkwürdigen Widerspruch zum Postulat eines Vorbildcharakters der aktuellen deutschen Selbstwahrnehmung steht Etienne François' Untersuchung europäischer „Erinnerungsorte", in denen sich auch transnational kollektive Erfahrung verdichten könnte: Wenn etwa die grenzüberschreitende Bewunderung Churchills und de Gaulles als Ausdruck eines gemeinsamen „europäischen Gedächtnisses" gelten könne, so zeige sich hierin jedenfalls nicht das Bedürfnis einer Entheroisierung auf europäischer Ebene.

Tendenzen zu einer „europäischen" Gedächtnispolitik sind Gegenstand auch des jüngsten Werks von Pascal Bruckner. Der Autor, eine der Galionsfiguren der *nouveaux philosophes*, hatte bereits 1983 in *Le sanglot de l'homme blanc* (*Das Schluchzen des weißen Mannes*) den „sühnenden politischen Aktivismus" der „Dritte-Welt"-Solidarität aufs Korn genommen und war 2007 als scharfer Kritiker des Multikulturalisten Timothy Garton Ash hervorgetreten. In *Der Schuldkomplex* geht Bruckner erneut mit den „Flagellanten der westlichen Welt" ins Gericht, deren auf Selbsterniedrigung ausgerichtete Geschichtspolitik (insbesondere hinsichtlich der Komplexe der Sklaverei und des Kolonialismus) „Europa" handlungsunfähig mache. Diesem traut Bruckner gleichwohl zu, – gemeinsam mit Amerika – jenem universalen menschenrechtlichen Geltungsanspruch gerecht zu werden, welcher das säkulare Flagellantentum erst habe hervorbringen können. Konsequenterweise tritt er dafür ein, weltpolitisch mit der Devise: „Uns die Schande, euch Gnade und Gunst", zu brechen: „Eine kleine Dosis schlechtes Gewissen nach Teheran, Riad, Karatschi, Moskau, Peking, Havanna, Caracas, Algier, Damaskus, Harare, Khartum, um nur einige zu nennen, würde diesen Regierungen und vor allem ihren Nationen sehr guttun."

Den Antiamerikanismus begreift Bruckner ebenso wie den Antiisraelismus als einen verzweifelten Versuch der von Schuldgefühlen „schwer bedrängten" Europäer, ihre Schuld auf zwei vitale westliche Nationen zu projizieren: „Jeder Kreuzweg führt […] zur Erlösung", und diese liege hier in der Ächtung der USA und Israels, die europäische Linke mit radikalen Islamisten verbindet. Die Faszination von Unterhaltungsindustrie und „Linksintellektuellen" für die Gewaltexzesse von Einwandererjugendlichen erinnert Bruckner an das Diktum Hannah Arendts, daß der Nationalsozialismus seinen Aufstieg auch einer „seltsamen Liebe der oberen Schichten zum Abschaum der Gesellschaft" verdanke.

Daniel Leon Schikora

Ein guter Europäer

Jan Zimmermann: *Alfred Toepfer*, Hamburg: Ellert & Richter 2007. 220 S., geb., 14.90 €

Den Namen Alfred Toepfer kennt heute kaum noch jemand, wenngleich die „Toepfer-Stiftung“ über Hamburg und Norddeutschland hinaus ein Begriff ist. Der Mann, der hinter dieser bemerkenswerten Einrichtung stand, sie 1931 ins Leben rief und über Jahrzehnte prägte, kam aus einfachen Verhältnissen und schuf ein großes, international operierendes Unternehmen. Wenn Toepfer, 1894 geboren, sich früh dazu entschloß, sein Vermögen nicht einfach zu vererben, sondern in eine Stiftung zu überführen, dann war das kein Ausdruck allgemeiner Menschenliebe. Ihm ging es darum, einen Beitrag zur Verwirklichung seiner weltanschaulichen Ziele zu leisten. Als Wandervogel und Kriegsfreiwilliger, schließlich als Offizier eines Freikorps verstand er sich als Anhänger der „nationalen Opposition“, mehr noch, er wurde – nicht zuletzt durch Unterstützung Ernst Niekischs – einer der wichtigsten Financiers der Konservativen Revolution. Diesem Aspekt wird im vorliegenden Buch von Jan Zimmermann zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, wenngleich es sonst sachlich und um Fairneß bemüht den Lebensweg Toepfers schildert, der niemals zu den politischen Hasardeuren gehörte, nach 1933 als „unzuverlässig“ galt, aber geschickt lavierte, sein Vermögen in die Nachkriegszeit rettete und nach 1945 die Stiftungsarbeit fortsetzte, die künftig helfen sollte, europäische „Bruderkriege“ zu verhindern. Der Grundgedanke war den Vorstellungen in Ernst Jüngers Friedensschrift eng verwandt, deren Publikation Toepfer unter schwierigsten Bedingungen voranzutreiben versucht hatte. Man sieht mit Bedauern, wie wenig von diesem Ethos geblieben ist, auch in der Stiftung, die heute seinen Namen trägt.

Karlheinz Weißmann

Zwei Europäer

Rupert Simon: *Die Begriffe des Politischen bei C. Schmitt und J. Derrida*, Frankfurt a. M.: Peter Lang 2007. 216 S., geb, 41.60 €

Die belgische Ex-Marxistin Chantal Mouffe hatte in ihrem vielbeachteten Essay *Über das Politische* ein Demokratiemodell aus einem Gebräu der Gedanken Carl Schmitts und Jacques Derridas konzipiert – die eklatanten Unterschiede zwischen dem Staatsrechtler und dem Poststrukturalisten verkennend.

Mit einer ersten Studie über die wesentlichen Unterschiede der beiden Philosophen tritt Rupert Simon ihr entgegen: Schmitt und Derrida stimmen in ihrer Kritik des Politischen in der Moderne überein. Will Schmitts Katechon jedoch aufhalten, vor dem Antichrist bewahren, so formuliert Derrida „eine positive Apokalypse der Hoffnung“. Selbst im zentralen Punkt, dem Begriff des Politischen, könnten die beiden, so Simon, nicht unterschiedlicher sein. Bei Schmitt konstituiert sich die politische Einheit durch Unterscheidung von Freund und Feind: „Wahre Demokratie“ kann nur unter der Voraussetzung der Homogenität möglich sein. Demgegenüber geht Derrida vom „Freund“ aus und fordert, sich auf das Fremde einzulassen. Der Demokratie spricht er generell ab, dem Einzelnen gerecht zu werden.

Beide Denker lehnen die amerikanische „Politik der Intervention“ ab. Schmitt stellt sich gegen den liberalen Universalismus und dessen Kriminalisierung des Feindes und entwirft das Bild des gerechten Feindes, der nicht aufgrund ethisch-moralischer Argumentation diffamiert werde. Derrida denkt konträr, „der Ausgangspunkt des Denkens dürfe nicht Krieg, sondern müsse Frieden sein“. So sind es wesentliche Unterschiede im Denken der beiden, die Simon – nicht ohne Hochmut gegenüber Schmitt – herausarbeitet.

Philipp Nicolay

Renitente Europäer

Susanne Rippl u.a.: *Europa auf dem Weg nach rechts?*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007. 203 S., br, 29.90 €

Fragen, die man stellen könnte und der Buchtitel nahelegt: Sind nach der (oder durch die?) Osterweiterung der EU nennenswerte rechte Bewegungen entstanden, hier wie dort? Was wäre ihre Selbstdefinition, ihr Ziel? Drückt sich solches „Rechts-Sein“ politisch aus oder (sub)-kulturell? Inwiefern findet es Niederschlag bzw. Weiterverbreitung in den Medien? Wie realistisch ist ein Bedrohungsszenario durch solche Gruppen oder Individuen? Auf all dies gibt die vorliegende, von Vorurteils- und Desintegrationsforscher Wilhelm Heitmeyer eingeleitete Studie keine Antwort. Was sie demgegenüber liefert, war bekannt: Daß Soziologen dazu neigen, sprachlich, methodisch und interpretatorisch zu entgleisen, daß „brauner Spuk“ für Geisterjäger ein voraussetzungslos ertragsreiches Feld ist und daß solcherlei Übungen vom Bundesbildungsministerium finanziert werden. Wer sich durch „explorative Faktorenanalysen“, „Macro-Worries“, „Salienzen“, „Intergruppenangst“ und eine Abarbeitung an einschlägigen Koryphäen wie Reich und Adorno (Stichwort: Autoritarismus) hindurchgeschleppt hat, erfährt schließlich, daß dieser Wörterberg auf 1.008 Telefoninterviews fußt. Mit 15.000 weiteren Angerufenen kam kein Gespräch zustande. Wie würde man sich eigentlich selbst zu solchem Satz stellen: „Die Unterschiede zwischen Menschen sind akzeptabel“? Fazit der Studie: „Ethnozentrische Orientierungen“ und „Fremdgruppenabwertung“ resultieren aus diffusen Bedrohungsgefühlen. Doch Europa „kippe“ nicht, jedenfalls nicht nach rechts, wenn nur ausreichend in „die Etablierung einer transnationalen Zivilgesellschaft“ investiert wird.

Ellen Kositza

Frühe Europäer

Hartmut Thieme (Hrsg.): *Die Schöninger Speere. Mensch und Jagd vor 400.000 Jahren*, Stuttgart: Theiss 2008. 248 S., geb, mehr als 200 farbige Abbildungen, 24.90 €

Die Geschichte Europas begann nicht erst in der Antike, sie reicht zurück bis in die Zeit des Frühmenschen, dessen Bild immer weniger dem eines wilden Halbaffen entspricht. Ein besonders eindrucksvoller Beleg für die Fertigkeiten, aber auch für die soziale Intelligenz des Homo erectus bilden die sogenannten Schöninger Speere, acht relativ unscheinbare Holzstangen, zwischen 1,80 und 2,50 Meter lang, an den Enden in haarnadelfeine Spitzen auslaufend. Diese etwa 400.000 Jahre alten Überreste, die in der Nähe des niedersächsischen Schöningen gefunden wurden, sind die ältesten bekannten Jagdwaffen überhaupt und blieben nur durch eine Verkettung sehr günstiger Umstände erhalten.
In dem von Hartmut Thieme, dem leitenden Archäologen der Ausgrabung, herausgegebenen Sammelband werden die Speere als Überreste eines temporären Jagdlagers mit Feuerstätten (und möglicherweise kultischen Einrichtungen) gedeutet, und diese Anlage samt der in der Nähe ausgegrabenen Skelette einer Wildpferdherde lassen nach Meinung Thiemes den Schluß zu, daß Homo erectus über erheblich stärkere kognitive und soziale Fähigkeiten verfügte, als bisher angenommen. Sowohl die Herstellung und Bearbeitung der Speere als auch die Planung, die zum Töten der Herde, dem Nachzug des „Trosses" und der Verwertung der Beute nötig waren, legen jedenfalls den Schluß nahe, daß der Mensch schon in diesem Stadium seiner Entwicklung eine komplexe Organisation kannte, die große gemeinschaftliche Aktionen möglich machte und kaum ohne Sprache ausgekommen sein dürfte.

Martin Voelkel

Bedrohte Europäer

Kurt Kaindl: *Die unbekannten Europäer*. Texte von Karl-Markus Gauß, Salzburg: Otto Müller Verlag 2008. 320 S., geb, 24 €

Gemeinsam mit dem Schriftsteller Karl-Markus Gauß hat der Salzburger Photograph Kurt Kaindl zahlreiche europäische Regionen bereist und dort ethnische Minderheiten porträtiert, deren Namen bereits weitgehend unbekannt sind – von ihrer Geschichte, Tradition und Sprache gar nicht zu reden. Das Künstlergespann besuchte etwa die Aromunen in Mazedonien, die Gottscheer und die Zipser in der Slowakei und die Karaimen in Litauen. Etliche Ausstellungen und Bildbände sind daraus hervorgegangen. Sie wollten erfahren, so Gauß, „wie Menschen leben, deren Muttersprache vom Aussterben bedroht ist, deren überlieferte Kultur in Gefahr steht, in dieser oder der nächsten Generation ins Museum zu übersiedeln und die von dem Bewußtsein geprägt sind, daß sie vielleicht schon die letzten sind." Der vorliegende s/w-Photoband beinhaltet mit seinen melancholischen Dorfansichten, Wohnstuben- und Wirtshausaufnahmen Porträts der christlich-orthodoxen Aromunen, die sich als Hüter des thrakischen Erbes sehen; der Gottscheer Deutschen, aus Kärnten stammende Siedler, die in ihrer waldreichen Enklave am Rande Kroatiens bis heute einen mittelhochdeutschen Dialekt pflegen; daneben werden die Arbereshe vorgestellt – Abkömmlinge der Albaner in Kalabrien –, die Sorben in der Lausitz; die vielleicht nur 100 Menschen umfassende Gruppe der jüdischen Sepharden in Sarajevo sowie die Dögewö der Slowakei – eine Volksgruppe, die innerhalb der Roma einen untersten Platz einnehmen. Manche übersetzen Dögewö mit „Hundeesser" – und tatsächlich muten die Bilder dieses Völkchens im Rahmen des so poetischen, uninszenierten Ethno- Europa-Panoptikums – nun ja, am wenigsten europäisch an.

Wiggo Mann

Letzte Europäer?

Walter Laqueur: *Die letzten Tage von Europa. Ein Kontinent verändert sein Gesicht*, Berlin: List Taschenbuch 2008. 254 S., br, 8.95 €

Laqueur hat seine Bestandsaufnahme der letzten Tage von Europa (zuerst: 2006) für die Taschenbuchausgabe an einigen Stellen aktualisiert und mit einem Vorwort versehen: Das konjunkturelle Hoch in den Kernländern Europas habe dazu geführt, seine Zukunftsbeschreibungen als Schwarzmalerei abzutun. Er aber bleibe dabei: In dreißig Jahren sei Europa in seinem inneren und äußeren Gefüge mit dem, was heute noch bestehe, nicht mehr zu vergleichen.

Was Laqueur für Deutschland anführt, ist für Beobachter der Entwicklung sowie Bewohner ausgewiesener Stadtteile (etwa Köln-Ehrenfeld oder Berlin-Wedding) nicht neu. Es ist aber – wie stets, wenn jemand von außen hereinschaut – auf eine ungeschraubte Art nüchtern. Deutschland stehe verglichen mit Frankreich oder England besser und schlechter zugleich da: Es gebe keine echten Ghettos oder halbe Slums, dafür aber beinahe unüberwindbare Sprachhürden und eine „verlorene Generation" der heute zwanzig- bis dreißigjährigen Türken. Deutschland habe seine Ausländer „aus den rückständigsten, ungebildetsten Schichten der türkischen Gesellschaft" einwandern lassen: nicht integrierbar und ein knappes Jahrhundert vom Heute entfernt.

Was kann daraus erwachsen? Laqueur prognostiziert den binationalen Staat mit autonomen Regionen für alle west- und mitteleuropäischen Länder. Er setzt auf die Verführungskraft der westlichen Dekadenz, die einer Radikalisierung innerhalb der Autonomiegebiete vorbeuge. Er rät dringend, die Weichen zu stellen, bevor aus Minderheiten Mehrheiten würden. Das reicht bis zu dem Vorschlag, in weiterhin autochthon beherrschtes Gebiet abzuwandern.

Götz Kubitschek

Morgenland im Abendland

Monika Wohlrab-Sahr/Levent Tezcan (Hrsg.): *Konfliktfeld Islam in Europa* (= SozW Sonderband 17), Baden-Baden: Nomos 2007. 468 S., kt, 49 €

Der Band vereint ein Themenspektrum, das von theoretischen Erörterungen zu Multikulturalismus, Säkularität und Öffentlichkeit bis zur empirischen Erfassung des Arbeitsmarkterfolgs und der Schulwahlentscheidungen türkischer Einwanderer in Deutschland reicht. Anknüpfend an einen religionssoziologischen Diskurs, der sich der Problematisierung des „Säkularisierungstheorems" widmet – und dem in vergangenen Jahren auch Jürgen Habermas Rechnung trug –, stellt Armando Salvatore der (mit dem Namen Voltaire verbundenen) säkularistischen Ausprägung der europäischen Aufklärung die „ultimative, republikanische politische Theologie" Spinozas gegenüber. Dessen „radikaler Aufklärung" liegt nicht das Konzept einer „Dualität von Religion und Politik" zugrunde, sondern eine *res publica*, in der (überkonfessionelle) Religion insoweit öffentlichen Charakter habe, als Pietas und Gesellschaftszugehörigkeit im optimalen Falle zusammenfielen. Spinozas politisch-theologische Konzeption weise das Potential auf, den „spät- oder postchristlichen Charakter europäischer Säkularitätsmodelle" zu reflektieren. Auf der anderen Seite erörtert Levent Tezcan kritisch die Affinität eines regierungspolitischen Multikulturalismus zu einer Politisierung der religiösen Zugehörigkeit kultureller Minderheiten. Während Mustafa Sen die anti-säkulare Ausrichtung der Gülen-Gemeinschaft in der Türkei herausstellt, behauptet Werner Schiffauer eine *moral panic* in Deutschland hinsichtlich des fundamentalistischen Islam, die er in der Tradition der „Kommunismuspanik der McCarthy-Ära" sieht.

Daniel Leon Schikora

Abendland als Anderland

Stephan Hormes: *Atlas der wahren Namen. Etymologische Karte – Europa*, Lübeck: Kalimedia 2008. Faltbare Karte, 56 cm x 40 cm, 6 €

Ungefähr in Anderland oder einem anderen Ort phantastischer Provenienz wähnen wir uns anhand von Ortsbezeichnungen wie „Land der Klaren und des Heerführers", „Dunkelfurt" „Ulmenstürmerland", „Die siebte Armee", Flußnamen wie „Die Eilende" und Meeren wie „See der Krieger" oder „Meer des gnädigen Gottes". Jedoch: Wir befinden uns in Europa. Die Siebte Armee etwa liegt im Nordwesten Spaniens und heißt heute León, was ursprünglich vom lateinischen legionis septimae herrührt. Der Schöpfer des *Atlas der wahren Namen* (es handelt sich dabei nicht um einen solchen Koloß, von dem diese Bezeichnung stammt, sondern um eine faltbare Karte im Maßstab 1: 11.000.000) hat rund 700 geographische Bezeichnungen in ihre herkunftsmäßigen Namen übersetzt. Dies inklusive des nördlichsten Teils des „Trockenen Landes" (= Afrika) und der Türkei, die als „Land der Starken" (alttürk. türk) oder aber „Land der Räuber" (alttürk. turkur) firmiert. Daß etwa Capri als Land der Ziegen eingezeichnet ist, leuchtet ein, daß Ravenna ebenso wie Krakau „Raben" bedeutet, überrascht ebenso wie die Rückübersetzung von Bessarabien als „unterdrücktes Land" oder Sarajewo als „Hier ist der Palast". Anderes sorgt für Stirnrunzeln: Soll man Languedoc tatsächlich als „Sprachedoch" begreifen? Avon, Don, Ebro, Oka, Weser, Amiens und Rijeka jedenfalls bedeuten das gleiche – schlicht: Fluß. Der Name Europas übrigens rührt vom phönizischen ereb, (griechisch: erebos) das zugleich dunkel, Abend und Westen bedeutet – das Abendland eben. Vielerorts läßt Tolkien grüßen. Poetischer trat der Kontinent selten in Erscheinung.

Ellen Kositza

Abendland und Weltpolitik

Andreas Bracher: *Europa im amerikanischen Weltsystem. Bruchstücke zu einer ungeschriebenen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Europäer-Schriftenreihe*, Bd 2, Basel: Perseus 2007. 185 S., kt, 19.80 €

„Europa im amerikanischen Weltsystem" ist ein großes Thema, selbst wenn man nur „Bruchstücke" zu einer Gesamtdarstellung liefern will und sich auf kaum zweihundert Druckseiten beschränkt. Erleichtert wird die Aufgabe ohne Zweifel, wenn der Verfasser eine feste Perspektive hat: in diesem Fall die eines Außenseiters, der der Meinung ist, daß der außerordentliche Erfolg der USA in machtpolitischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht nicht einfach aus einer zufälligen Entwicklung im 20. Jahrhundert zu erklären ist. Wie sein Vorbild, der amerikanische Historiker Carroll Quigley, geht Andreas Bracher davon aus, daß ein kleiner Kreis in der amerikanischen Staatsführung und Finanzwelt sehr früh begonnen hat, den Aufstieg der Vereinigten Staaten vorzubereiten, ihn dann unter Ausnutzung internationaler Krisen erreichte und durch umfassende Einflußnahme auf den vorpolitischen Raum zu decken wußte. Es liegt in der Natur der Sache, daß solche Argumentation den Bereich des Verschwörungstheoretischen streift (und im Fall Brachers von einer Apologie der Anthroposophie mitbestimmt wird), aber viele Argumente sind überzeugend oder wenigstens erwägenswert, zumal dann, wenn es um die Janusköpfigkeit einer Strategie geht, die einerseits die universale Verbreitung von Demokratie, Kapitalismus und Menschenrecht propagiert und andererseits in der Lage ist, eine harte, nur an nationalen Interessen ausgerichtete Politiklinie zu verfolgen, die vor allem zu verhüten hat, daß etwaige Konkurrenten – etwa ein geeintes Europa – aufsteigen.

Martin Voelkel

Unbrauchbar: Sozialstaat

Carlos A. Gebauer: *Warum wir alle reich sein könnten – und wie unsere Politik das verhindert*, Grevenbroich: Lichtschlag 2008. 235 S., br, 14.90 €

Gebauer ist eines der Pfunde, mit denen die libertäre Zeitschrift *eigentümlich frei* wuchern kann. Der Anwalt mit der geschmeidigen Feder ist eine schillernde Figur: Als Freund des freien Marktes veröffentlichte er Artikel und Kolumnen in der *Chemnitzer Freien Presse* und der *FAZ*, als Nebenjob gab er in Folgen der *RTL*-Sendung „Strafgericht" den Anwalt. Seine Netzseite **www.make-love-not-law.de** mit einer Sammlung seiner Traktate bietet einen lehrreichen, unterhaltsamen Grund- und Fortgeschrittenenkurs in Marktlogik und Steuerpolitik. Für den Begriff „Marktpolitik" hingegen hält Gebauer nur Spott bereit: „Zur Politik wird, was wir nicht für uns selber erledigen." Der Autor, Jahrgang 1964, sieht das individuelle Streben nach Profiterzielung als gleichsam anthropologische Konstante. Als Kontrahent des fleißigen Bürgers geriere sich heute der Staat. „Jeder produktive Akt eines einzelnen Menschen zieht sogleich eine Unzahl unproduktiver Staatsverwaltungsakte nach sich." In der Folge sinke mit dem Anwachsen der staatlich-bürokratischen Hindernisse der allgemeine Wohlstand. Gebauer nimmt Geldmarkt und Bankenwesen ebenso zielsicher aufs Korn wie das Rentensystem, die gegenwärtige Besteuerung nahezu jeder Lebensäußerung und – als Fachmann für Krankenhausrecht ist er da Spezialist – das Gesundheitswesen als „Verwaltungszwangsgemeinschaft". Erläutert wird anschaulich, gar blumig, wie sich die „naiven Blütenträumerein" der Sozialstaatsmacher als „eiskalt kalkulierte Rücksichtslosigkeit" enttarnen lassen. Der Staat als Bestie – nach der Lektüre glaubt man's.

Ellen Kositza

Unnötig: Pessimismus

Dirk Maxeiner/Michael Miersch: *Frohe Botschaften. Über den alltäglichen Wahnsinn*, Berlin: wjs-Verlag 2008. 208 S., geb, 18 €

Kolumnensammlungen sind ein Fall für sich: Selten lesen sie sich, wie Christian Krachts *Gelber Bleistift*, auch am Stück gut und langweilen nicht auf Dauer.

In seinem Band *Frohe Botschaften* versammelt nun das Autorengespann Maxeiner und Miersch – bekannt aus Broders Achse des Guten (**www.achgut.com**) – Kolumnen aus der (papiernen) Welt. Daß die (wirkliche) Welt eben „nicht durch und durch schlecht sei", ist das Credo der frohgemuten Anti-Pessimisten. Hartnäckig möchten sie belegen, daß eigentlich alles besser geworden sei. Naiver Fortschrittsglaube, mag man denken – teilweise definitiv. So sind die Argumente der beiden meist quantitativer Natur: sinkende Kinderarmut, das Zurückgehen von Krieg und Hunger etc. Die Texte behandeln unterschiedlichste Themen und Fetische des Betroffenheitsspektrums zwischen Ökowahn und Kriegspanik; dennoch beschleicht einen bisweilen das Gefühl der Redundanz. Die Hälfte des Umfangs hätte wohl gereicht. Der bisweilen penetrant lakonische Stil tut sein übriges und zwingt öfters, das Buch beiseite zu legen.

Bei aller Kritik, einige Kolumnen bestechen durch Schärfe, wenn z. B. von „amtlichen Gefühlen", dem Verlust von Rationalität, gerade auf politischer Ebene, die Rede ist. Dann fallen durchaus Sätze, die man zur Mahnung in Stein meißeln möchte: „Argumente interessieren nicht, alle Aufmerksamkeit bekommt der mit der besten Betroffenheitsmiene." Gerade hier keimt das Gefühl auf, daß die Botschaft eben nicht ganz so froh ist.

Einige Kolumnen von Maxeiner und Miersch finden sich auf deren Internetseite: **www.maxeiner-miersch.de**

Philipp Nicolay

Unerwünscht: Kinder

Corinne Maier: *No Kid. 40 Gründe, keine Kinder zu haben Kinder,* Reinbek: Rowohlt Taschenbuch-Verlag 2008. 142 S., 12 €

Mütterschelte hat eine lange Tradition. Spätestens die *Emma* hat die gelegentlich als Mitleid getarnte Verachtung leibgebundener Mütterlichkeit hoffähig gemacht. Es liegt in einer gewissen medialen Logik, daß bei all den Gebäroffensiven der jüngeren Zeit das Pendel nun wieder in diese umgekehrte Richtung ausschlagen muß. In die Fußstapfen (ein treffendes Wort, hier wird gestapft, getrampelt und gestampft) von Dorothea Diekmanns haßerfülltem *Unter Müttern* und zuletzt Lotte Kühns Abrechnung mit urbanen *Supermuttis* tritt nun die 44jährige Französin Corinne Maier. Zynismus ist das Metier der Politologin und Psychoanalytikerin – so verlor sie vor Jahren aufgrund ihres Bestsellers *Die Entdeckung der Faulheit* den Arbeitsplatz. Maier ist selbst unglückliche Mutter zweier Kinder. Ganz ernsthaft: „Mir wäre es lieber, ich hätte keine Kinder." Augenzwinkern? Fehlanzeige! Mutterschaft wird als purer Leidensweg geschildert, der bei einer angeblich kackverschmierten Geburt beginnt, sich mit dem Sklavengeschäft des Stillens fortsetzt und mit party- und sexfreien Jahren nicht endet. Maier: „Wenn sie unbedingt einen Parasiten durchfüttern wollen, holen sie sich lieber einen Gigolo." Die Welt wäre ein Schlaraffenland, würden mehr Erwachsene auf Kinder verzichten: weniger Arbeitslose, Staus, Kriege, Treibhausgase. Solche Plattheiten durchziehen den „Anti-Ratgeber".

Maier möchte mit ihrem mittlerweile äußerst erfolgreichen Büchlein alle potentiellen Eltern „demoralisieren". Von der *Emma* hat sie dafür einen freundlichen Vorabdruck gekriegt, und nicht nur von *Zeit*-Tante Susanne Mayer gab's einen dicken Bussi.

Ellen Kositza

Weltphilosophie?

Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): *Philosophie, wozu?*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2008. 376 S., br, 14 €

In den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges beschäftigte sich Karl Jaspers mit dem Projekt einer Weltphilosophie. Im Hintergrund stand die Frage nach einer Vernunft, die in der Philosophie theoretisch zur Geltung kommt und in der Lage sein könnte, so etwas wie ein Band zwischen den Menschen zu bilden. Unklar blieb, und ist es bis heute geblieben, ob darunter ein normatives Gebilde zu verstehen ist oder ob wir es mit einer Weltphilosophie im Sinne von Goethes Weltliteratur zu tun haben. Seit 1992 gibt es weltweit Unesco-Lehrstühle, die das Ziel der Unesco, die geistige und moralische Solidarität der Menschen zu stärken, wissenschaftlich vertreten sollen, darunter einen Lehrstuhl für Philosophie in Paris. Das vorliegende Buch versammelt unter anderem Beiträge, die anläßlich des Unesco-Welttages der Philosophie in Bremen gehalten wurden. Auf welchen tönernen Füßen das Projekt einer Weltphilosophie steht, kann man an den unter der Überschrift „Europa und die Philosophie in inter- und transkultureller Perspektive“ versammelten Beiträgen ablesen: Die Philosophie muß pluraler werden, Stichworte sind Migration, Gender, Transkulturalität. So schaufelt sich die Philosophie ihr eigenes Grab. Bezeichnend ist, daß sich die meisten Beiträger an diesem Gewäsch nicht beteiligen, sondern bei ihren Leisten bleiben und begriffliche Reflexion vor dem Hintergrund abendländischer Überlieferung bieten. Insbesondere der Aufsatz von Pirmin Stekeler-Weithofer, Professor in Leipzig, zeigt, worin eine der Aufgaben der Philosophie besteht: politisch unkorrekte Fragen etwa nach den Ursachen des Niedergangs der Universitäten zu stellen.

Erik Lehnert

Nationalphilosophie?

Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.): *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945*, Bielefeld: transcript 2007. 395 S., br, 29.80 €

Das Lexikon hebt mit einer Drohung an. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten, so der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik in seinem Vorwort, gehöre der in diesem Lexikon aufbereitete Stoff nicht der Vergangenheit an, sondern das Lexikon sei selbst „Teil des Prozesses, den es dokumentiert, ein ‚work in progress‘, das seine Zukunft noch vor sich hat.“ Die Vergangenheit ist also noch lange nicht bewältigt, obwohl die „Deutung und Bewertung der NS-Vergangenheit“ nicht mehr umkämpft sei. Trotz dieses entlarvenden Vorwortes lohnt sich ein Blick in das Buch. Es ist vorzüglich gegliedert und bietet in den einzelnen Artikeln durchaus verwertbare Informationen, wenn es darum geht, was sich ereignet hat, wer daran beteiligt war und welche Literatur es darüber gibt. Die Vergangenheitsbewältigung (Gesamtzeitraum 1945–2002) wird in sechs Zeitabschnitte unterteilt. In allen Phasen finden sich Stichwörter zu einzelnen Debatten, Büchern, Filmen und Stellungnahmen Intellektueller. Erschlossen wird das Lexikon, an dem über 60 Personen mitgearbeitet haben, über ein alphabetisches Verzeichnis der Artikel und ein Personenregister. Die Stoßrichtung der Beiträge ist allerdings klar: Hier wird nichts hinterfragt, und selbst wenn einmal bemerkt wird, daß die „öffentliche Problematisierung des Antisemitismus“ als „reflexartiger Automatismus vorgeführt“ werde, taucht nicht einen Moment ein Zweifel auf, ob wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Bezeichnend ist zudem, daß der Name Mohler nicht ein einziges Mal auftaucht.

Fritz Keilbar

Souveränitätsphilosophie

Werner Mäder: *Vom Wesen der Souveränität. Ein deutsches und ein europäisches Problem, Beiträge zur Politischen Wissenschaft*, Bd 145, Berlin: Duncker & Humblot 2007. 198 S., kt, 52 €

Das Buch von Werner Mäder beginnt mit einem Zitat Carl Schmitts und endet mit einem weiteren. Das sagt nichts gegen die Originalität seiner Argumentation, macht aber deren Richtung deutlich. *Vom Wesen der Souveränität* ist eine Abrechnung mit allen Staatsverächtern und weist unerbittlich auf die tiefste Ursache der gegenwärtigen politischen Misere hin: das Fehlen klarer Begriffe und die Weigerung, solche (zurück) zu gewinnen durch Besinnung auf eine Denktradition, die von Hobbes über Hegel zu Schmitt und Heller reicht und die – unbeschadet aller Differenzen zwischen den Theoretikern – zeigt, daß eine Ordnung, wenn sie tatsächlich ein politisches Subjekt konstituiert, der Souveränität bedarf. Mäder sieht deren Wesen bestimmt über die uneingeschränkte Militär-, Finanz- und Rechtsgewalt auf einem definierten Territorium und kommt damit zwangsläufig zu der Auffassung, daß Deutschland solche Souveränität nicht besitzt: „Die BRD wird in erlebbarer Zukunft auch kein souveräner Staat werden. Sie befindet sich in einem Netz von besatzungs-, europa- und völkerrechtlichen Einflußnahmen, von supra- und internationalen Abhängigkeiten, überlagert durch Liberalisierung und Globalisierung, unter Kuratel anderer Finanzmächte …, so daß ein ‚Ausscheren‘ die Existenz des Gemeinwesens vorzeitig beenden würde.“ Eine freundlichere Botschaft hat Mäder nicht, der zuletzt auf die anthropologische Dimension von Staat und Souveränität verweist, deren bloßes Vorhandensein – auch das ein Diktum Schmitts – den Menschen als „böse“ voraussetzt.

Karlheinz Weißmann

Konservativer Widerstand I

Philipp von Boeselager (mit Florence und Jérôme Fehrenbach): *Wir wollten Hitler töten. Ein letzter Zeuge des 20. Juli erinnert sich.* Aus dem Französischen von Reinhard Tiffert. Mit einem Nachwort von Peter Hoffmann, München: Carl Hanser Verlag 2008. 192 S., geb, 17.90 €

„Ich war nicht Offizier geworden, um den Staatschef wie einen Hund abzuknallen", und „im Grunde war es doch Verrat": Diese beiden Bekenntnisse in Philipp von Boeselagers Autobiographie, die nach seinem Tod am 1. Mai dieses Jahres erschienen ist, nehmen eine Schlüsselstellung ein. Sie machen deutlich, welch inneres Ringen dem Schritt zum Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime vorausging; das aus dem begeisterten Kavalleristen, aus dem weitgehend apolitischen, loyalen Offizier einen Verschwörer machte, der zum Sprengstoffboten für die Attentatsversuche Tresckows und Stauffenbergs wurde. Es ist auch die Geschichte einer versunkenen Welt: des rheinisch-katholischen Adels, des nationalkonservativen Jesuiten-Internats und der schon damals anachronistisch anmutenden „letzten Reiter".

Voll Bewunderung erzählt der Autor vom Pflichtgefühl und Charisma seines im August 1944 gefallenen Bruders, von Kameradschaft und Treue; voller Abscheu von den Greueltaten, deren sich SS-Führer Bach-Zelewski im Beisein Boeselagers brüstete. Das Erleben dieser Gegensätze führte zum Entschluß, am versuchten Tyrannenmord teilzunehmen.

Später als andere überlebende Beteiligte aus dem militärischen Widerstand hat Boeselager seine Erinnerungen zu Papier gebracht. Trotz des zeitlichen Abstands zu den beschriebenen Ereignissen bescheinigt Peter Hoffmann, der Doyen der deutschen Widerstandsgeschichte, Boeselagers Bericht eine „gleichbleibende Genauigkeit".

Christian Vollradt

Konservativer Widerstand II

Jochen Köhler: Helmuth James von Moltke. *Geschichte einer Kindheit und Jugend.* Mit einem Nachwort von Gabriella Sarges-Köhler, Reinbek: Rowohlt 2008. 396 S., geb, 22.90 €

Eine unvollendete Biographie herauszugeben darf als verlegerisches Wagnis bezeichnet werden. Begründung aus dem Vorwort: Jochen Köhler verstarb nach zwanzigjähriger Recherche über Helmuth James von Moltke (1907–1945); im hinterlassenen Manuskript habe er jedoch eine derart lebendige Lebensbeschreibung verfaßt, die eine auf die Jugendzeit verkürzte Darstellung rechtfertige. Ohne Zweifel ist es verdienstvoll, Moltkes Herkunft näher zu beleuchten. Dem Initiator des „Kreisauer Kreises" gelang es, Gegner des NS unterschiedlichster politischer Richtungen zu sammeln. Mit seiner charismatischen Persönlichkeit stellte er das zivile Gegenstück zu Stauffenberg dar. Beschrieben werden das etwas schillernde Elternhaus – der musische, nicht ganz im Einklang mit den Standestraditionen lebende Vater, der Einfluß der *christian science*, jener amerikanischen „Gesundbeter"-Sekte, das Leben auf dem schlesischen Gut, der Zusammenbruch der „alten Ordnung" 1918, der Einfluß der jugendbewegten „Akademischen Freischar" und schlesischen „Jungmannschaft".

Köhlers Einfühlungsvermögen und Erzählweise ist ungewöhnlich, wo selbst die Gerüche einer Kindheit veranschaulicht werden; er schießt übers Ziel hinaus, wenn innere Monologe erfunden werden. Der Mangel an Distanz zum beschriebenen Personal ist beabsichtigt, der oft flapsige Stil stört. Die Lebensbeschreibung des späteren Verschwörers endet 1933 und kann somit strenggenommen nicht in die Reihe der Sachbücher über den Widerstand gestellt werden. So sehr Köhlers erzählerisches Talent zu Recht gelobt wird: ein – leider – unvollendetes Werk.

Christian Vollradt

Konservativer Widerstand III

Konstanze von Schulthess: *Nina Schenk Gräfin von Stauffenberg. Ein Porträt,* Zürich/München: Pendo 2008. 223 S., geb, 19.90 €

Gibt es eigentlich einen eigenen Begriff für Frauen/Geliebte-von-XY-Biographien? Zumindest darf sich dies Genre von einem zeitgeistigen Aufwind befördert wissen. Es gibt eine verstärkte Aufmerksamkeit sowohl fürs Private hinter dem Politischen als auch für Frauen, die – irgendwie, und sei es als Mitwisserin oder Leidtragende – Geschichte schrieben. Die greise Mutter, so Autorin und Stauffenberg-Tochter von Schulthess, habe es gekränkt, in Jo Baiers Stauffenberg-Film als zickig-naives Heimchen gezeichnet worden zu sein. Drei Jahre später verschafft Frau von Schulthess ihr [der Mutter] Genugtuung, indem sie die Gräfin – beim Tod ihres Gatten 31jährig und zum fünften Mal schwanger – als starke Persönlichkeit mit frühem Hang zum Rebellentum schildert. Entstanden ist keine historische, schon gar keine politische Biographie, sondern eine warmherzige lebensgeschichtliche Annäherung, die auf einer für den Privatgebrauch verfaßten Familienchronik basiert. Bewegend liest sich die Lebens- und Leidensgeschichte der (übrigens bis zuletzt kettenrauchenden) Verschwörergattin aus baltischem Adel allemal. Nina von Stauffenberg war sicherlich die starke Frau an der Seite eines starken Mannes. Eine wie auch immer geartete Revision der Historiographie indes steht nicht aus; allein die Bereicherung der Stauffenberg-Forschung um einige interessante Anekdoten. Während Claus' Sohn Berthold der neuesten, bereits im Vorfeld verrissenen Verfilmung mit Tom Cruise ablehnend gegenüberstand, sieht Frau von Schulthess die Sache übrigens gelassen. Sohn Philipp hat hierin eine Nebenrolle übernommen.

Wiggo Mann

Zweierlei Fußnoten

von Thorsten Hinz

Er liegt ja nicht ganz falsch, der Historiker Hans-Ulrich Wehler, wenn er im Schlußband seiner *Deutschen Gesellschaftsgeschichte* der DDR die Bedeutung einer Fußnote beimißt. Im virtuellen Lesesaal der *FAZ* wogt eine Debatte darum. Als Kronzeugen hätte er den Schriftsteller Stefan Heym benennen können, der noch im Dezember 1989 mit einem Aufruf „Für unser Land" die DDR retten wollte, weil „doch nicht alles sinnlos gewesen sein (kann), woran unsereins sein Leben gehängt hat". Am Abend des 18. März 1990, als die von Helmut Kohl protegierte „Allianz für Deutschland" bei den Volkskammerwahlen ihren Sieg eingefahren hatte, meinte Heym resigniert, von der DDR würde „nichts bleiben als eine Fußnote in der Weltgeschichte". Leider geht es bei Wehler nicht um Feinheiten, Details, deutsch-deutsche Zusammenhänge. Die DDR sei es nicht wert, „durch eine ausführliche Analyse aufgewertet (zu) werden", sie tauge nur „als Kontrast und zum Vergleich". Doch ein Kontrastmittel mit unklaren Ingredienzen ist untauglich, das Kontrastierte zuverlässig sichtbar zu machen. Worin also besteht der Zweck der Übung?

Die DDR erschöpft sich für Wehler in „sowjetischer Satrapie", einer „staatskommunistischen totalitären Parteidiktatur", einer „rigorosen Planwirtschaft" und einer Sozialstruktur, in der „orthodoxe Gesinnung und Nähe zur Nomenklatura" statt „Mobilität und Leistung" belohnt wurden. „Das Recht unterwarf den Bürger der Parteiwillkür. Ihr Kulturleben wurde von innovativen Impulsen abgeschlossen." Kurzum, eine ideale Versuchsanordnung ohne Herkunft, Abweichungen, Entwicklungen, Fremdeinwirkungen.

Nun ist es eine Banalität, daß die DDR nicht „aus Eigenrecht" existierte, sondern unter russischen Bajonetten. Aber gleichzeitig exekutierte sie die revolutionären und egalitären Träume der radikalen Linken in Deutschland, die weit in das 19. Jahrhundert zurückreichten und deren Ausläufer auch in Westdeutschland wirksam waren. Die Sympathien, die es im Westen dafür gab, hat eine geschichtliche, gesamtdeutsche Wurzel. Natürlich wachte über der Kultur das Auge der Zensur, sie war dennoch mehr als eine Transformation politischer Vorgaben. Die Filmproduktion der frühen sechziger Jahre, die 1965 verboten wurde und deswegen unwirksam blieb – der bekannteste Film ist *Spur der Steine* mit Manfred Krug in der Hauptrolle – stellte das meiste, was bis dahin in Westdeutschland gedreht worden war, in den Schatten. Die „Neue Leipziger Schule", die heute im globalen Kunstbetrieb Spitzensummen erzielt, bezieht sich dialektisch auf die „Leipziger Schule", der die bekanntesten Maler der DDR angehörten. Vor allem aber muß daran erinnert werden, daß auch die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik, die vom Siegeszug der Kritischen Theorie bestimmt war, durch eine massive und vielfältige Einflußnahme von außen erfolgte. Was Wehler als die „nachhaltige Förderung" von kulturellen „Modernisierungsprozessen" feiert, wäre also ebenfalls eine Form von Satrapie bzw. eine politisch-ideologische Fremdsteuerung. Warum zieht der Vertreter der sozialwissenschaftlichen Historik, für den die „Nationalpolitik" einen Anachronismus darstellt, diese naheliegende Parallele nicht?

Ihm geht es um die Legitimation des Status quo, des westlichen, „lebens- und zukunftsfähigen Neustaats", der sich vor dem finster-ahistorischen DDR-Hintergrund desto strahlender abhebt und „mit dem Recht des historisch Überlegenen die kollabierte DDR aufnehmen" konnte. Die Absorp-

tion erweist sich freilich als kompliziert: „Alle falschen Weichenstellungen, die in Ostdeutschland vorgenommen worden sind, müssen nach dem Vorbild des westdeutschen Modells in einem mühseligen Prozeß korrigiert werden. Das ist die Bürde der neuen Bundesrepublik seit 1990." So redet ein Sieger der Geschichte, der die Möglichkeit, daß Grundlagen seines Sieges vielleicht schon dahingeschmolzen sind, krampfhaft verdrängt. Nicht nur die DDR war eine befohlene Fremdgründung, die Bundesrepublik war es in ihren Ursprüngen genauso. Beiden gemeinsam war die Herkunft aus der totalen Niederlage Deutschlands und die Unterordnung unter die jeweiligen Siegermächte. Daher sagte Carlo Schmid 1948 in der Debatte über das Grundgesetz: „Wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert es sich nicht (...), sondern es organisiert sich lediglich, vielleicht sehr staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn." Es handele sich um „die Organisation einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus." Dagegen ist vorgebracht worden, daß die Westdeutschen durch die Akzeptanz der staatlichen Institutionen und ihre Beteiligung an den Wahlen diesen Zustand nachträglich legitimiert hätten – wobei unterschlagen wird, daß dies auch die Akzeptanz fremder Oberhoheit und damit der eigenen politischen Unmündigkeit eingeschlossen hätte. Zudem ersetzt eine Legitimation, die dem Gesetz der menschlichen Trägheit folgt, keine emphatische politische Neugründung. So hat der 23. Mai als Tag des Grundgesetzes zu keiner Zeit Emotionen geweckt. Außerdem war die Akzeptanz an das Wohlstandsversprechen des Wirtschaftswunders gekoppelt. Noch 30 Jahre später stellte die Bundesrepublik für den ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger „eine wirtschaftliche Einheit dar, die nach einer politischen Aufgabe" suchte.

Der Versuch, das Vakuum an Nationalgefühl, das sich aus der teilstaatlichen Existenz ergab, durch den Verfassungspatriotismus zu füllen, ist für Wehler gleichfalls eine Modernisierungstat. Der Staatsrechtler Josef Isensee hat dazu 1980 geschrieben, daß der normale „Gemüts- und Religionsbedarf" sich mit Verfassungsnormen und -idealen nicht stillen ließe. Soweit dieser Bedarf „sich auf die Verfassung richtet, gefährdet er ihre Rationalität, ohne die sie nicht rechtliche Grundordnung des Gemeinwesens sein" könne. Isensee sah die Gefahr „monomanisch aufgeladener Massen" voraus, die um eines absoluten Zieles willen alles zu opfern bereit sind, auch den Rechtsfrieden, die Legalität, den Parlamentarismus, die verfassungsstaatliche Zivilität". Die „Aufstände der Anständigen" und diversen anderen Hysterieschübe haben diese Befürchtung bestätigt.

Der konservative Publizist Winfried Martini hielt 1960 die „Schutzglocke des Souveränitätsdefekts" noch für vorteilhaft, weil die Bundesrepublik nicht reif dafür sei, ihre Verteidigung selbst zu übernehmen. So mußten eben die Westmächte über den Ernstfall entscheiden und den äußeren Schutz und den inneren Zusammenhalt sichern. Martini hoffte, daß sich unterdessen bei den Deutschen ein politischer Reifeprozeß vollziehen würde. Es ist anders gekommen. Das Wissen, den letzten Entscheidungen über die eigene Existenz enthoben zu sein, hat das politische Bewußtsein weiter infantilisiert, wie nach dem theoretischen Souveränitätsgewinn von 1990 überdeutlich wurde. Der Generationenwechsel in der politischen Klasse war mit weiteren Qualitätsverlusten verbunden.

Es wäre der Frage nachzugehen, ob dieser Qualitätsmangel etwas mit der Verinnerlichung des Souveränitätsdefekts zu tun hat, der es nicht zuläßt, daß ein anderer als der Satrapen-Typus nach oben gespült wird. Über das politische Personal der DDR schreibt Wehler weitgehend zutreffend: „Da die Heranbildung des Elitennachwuchses dem Nomenklaturprinzip gehorchte, wirkte sich ein offenbar unwiderstehlicher Konformitätsdruck aus, der nirgendwo durch die Selektion der Rechtgläubigen kraft freier Wahl abgemildert wurde. In der Staatskrise von 1989/90 trat zutage, welche politikunfähigen Mediokritäten vom Typus Krenz dieses System nach oben geschleust hatte." Das ist jedoch auch eine ausgezeichnete Beschreibung der Mehrheit des bundesdeutschen Politikpersonals. Dessen politisch-geistige Sozialisierung erfolgt nicht durch Eliteeinrichtungen oder durch die Reflexion großer politischer Traditionen, sondern durch die Ochsentour in den Parteiapparaten, die ebenfalls zum Konformismus zwingt. „Abmildern" läßt diese Negativauslese sich durch Wahlen kaum.



Und das soll „lebens- und zukunftsfähig" sein? Wehler ist bekanntermaßen gegen den EU-Beitritt der Türkei, er sorgt sich um die „Pest" des Islamismus und die Auswirkungen eines „assimilations- und bildungsfernen", „ethnischen Subproletariats". Welche Politiker, welche Partei wären imstande, seine Bedenken aufzunehmen? Hat sich 1990 lediglich die kleinere der größeren Fußnote angeschlossen?

Indien: Kastensystem und multiethnische Demokratie

von Josef Schüßlburner

Die bereits 60jährige Existenz der Indischen Union als größter Demokratie der Welt stellt eine erstaunliche politische Leistung dar. Man braucht dabei nur auf die Massenarmut hinzuweisen, von der trotz der seit 1991 wachsenden technisch-wirtschaftlichen Erfolge immer noch bis zu 80 Prozent der Einwohner betroffen sind. Jährlich begehen über 10.000 Bauern aus Verzweiflung und wegen Überschuldung Selbstmord. Jeder kann sich selbst die Frage beantworten, ob in Europa ein demokratisches System mit derartig gravierenden Problemen hätte überleben können.

Nun ist Indien mit seinen 18 anerkannten, teilweise mit unterschiedlichen Alphabetsystemen geschriebenen Hauptsprachen, der geographischen Größe und seiner Bevölkerungsmasse nur mit Europa zu vergleichen, keinesfalls mit einem europäischen Einzelstaat. Katastrophale soziale Zustände wie die in Indien würden in Europa mit Sicherheit eines beenden: den anscheinend irreversiblen Weg hin zur EU in ihrem jetzigen Gewand. Vielmehr würde zur Problemlösung nach dem nächstliegenden gegriffen: Ein Rück-Zerfall in die Nationalstaaten wäre zu erwarten.

Wie also ist die Fortexistenz der indischen Demokratie zu erklären, die anders als die BRD – sieht man von der Notstandsdiktatur Indira Gandhis (1975–77) ab – ohne Verfassungsschutz und Parteiverbote auskommt? Entscheidend dürfte sein, daß die indische Verfassung die herrschaftstheoretisch kluge Kolonialverwaltung der Briten demokratisch fortschreibt. Der von der indischen Bundesregierung in den 28 Bundesstaaten jeweils eingesetzte Gouverneur steht formal an der Spitze des Landes, das normalerweise von dem vom Landesparlament gewählten Ministerpräsidenten geführt wird. Der Gouverneur kann jedoch im Notstandsfall, den man bei Bedarf gezielt herbeiführen kann, durch die Bundesregierung mit der Ausübung der Regierungsbefugnisse beauftragt werden. Das Zentralparlament kann jederzeit einen neuen Bundesstaat schaffen oder die Landesgrenzen neu zuschneiden. Dieses Regierungssystem ist nur zu verwirklichen, indem der Zentralstaat die Verfassungen der Länder vorgibt, was wiederum nur durch Ausschluß von plebiszitären Elementen möglich ist. Juristisch ist dies der Kern des Kaschmirproblems, für dessen Lösung das Plebiszit der Bewohner über die Zugehörigkeit zu Indien oder Pakistan vorgesehen ist. Ein derartiges Plebiszit könnte jedoch als Präzedens angesehen werden und Signal für Abstimmungen über die Abspaltung weiterer größerer Gebiete sein.

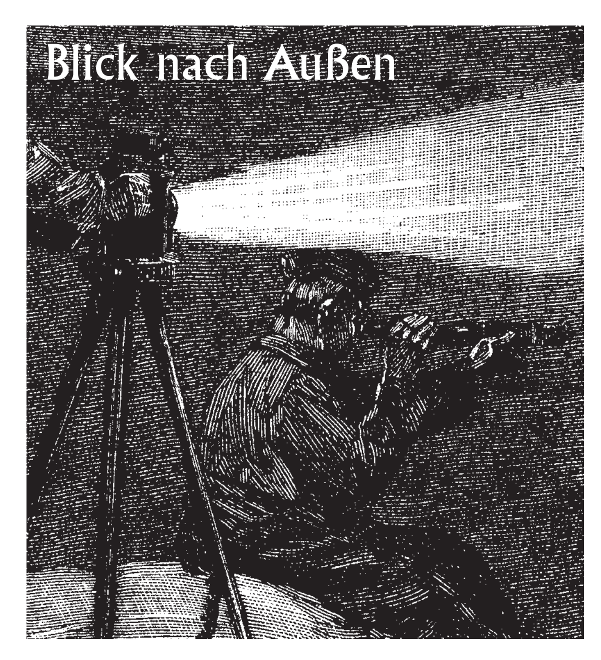
Für diese Vermutung spricht die starke Zuwendung zu Regionalparteien: Sie führt im Zentralparlament zu einer Vielzahl von Parteien, die neben die ursprünglich beherrschende Kongreßpartei und die seit 1994 etablierte hinduistische Bharatiya Janata Party (BJP) treten. Im Gegensatz zum bunten Bild auf nationaler Ebene hat sich in den Ländern selbst jeweils ein Zweiparteiensystem durchgesetzt – dem britischen Mehrheitswahlsystem entsprechend. Für die mögliche Transformation dieser Regionalparteien in Unabhängigkeitsbewegungen würde sprechen, daß sich einige der 28 Länder durch die Unabhängigkeit unmittelbar einen wirtschaftlichen Vorteil ausrechnen können: Die fünf reichsten Länder Indiens erwirtschaften 40 Prozent des Bruttosozialprodukts und sind erheblichem zentralstaatlichem Umverteilungsdruck zugunsten der fünf Länder ausgesetzt, auf die sich 50 Prozent der Massenarmut konzentriert. Dies läßt nur den Schluß zu, daß Indien insgesamt einen erheblichen Wohlstandsgewinn hätte, würden an-

stelle der Union in etwa so viele selbständige Nationalstaaten wie in Europa existieren. Diese Staaten müßten jedoch durch ein Freihandelssystem verbunden bleiben. Und natürlich fehlen in dieser Modell-Skizze die immensen Kosten, die ein Unabhängigkeitskampf und der aus einer gewaltsamen Trennung erwachsende dauerhafte Konflikt verursachen würden.

Neben der rein formalen Herrschaftsorganisation muß es noch andere Gründe geben, die den Zusammenhalt Indiens als demokratisch regiertes Vielvölkerregime gewährleisten. Diese lassen sich eindeutig in der Religion, also dem Hinduismus und dem mit diesem verbundenen Kastensystem finden. Diese Erklärung mag erstaunen, weil die Indische Union verfassungsrechtlich ausdrücklich auf den Säkularismus festgelegt ist, was das Verbot des Kastensystems einschließt. Dieses existiert allerdings mit seinen bis zu 3.600 (Unter-)Kasten alleine schon durch staatliche Kompensationsmaßnahmen fort, die den amerikanischen *affirmative actions* nachgebildet sind und sich zugunsten Angehöriger benachteiligter Kasten oder der Kastenlosen auswirken sollen. Für einen staatlich Begünstigten zahlt es sich dann nämlich aus, sich einer Kaste zuzuordnen. Man darf annehmen, daß dieser Effekt dem Machiavellismus der politischen Klasse Indiens durchaus willkommen ist: Sie behält damit die Kompetenz für die Umverteilung, die Indien 1991 an den Rand des Staatsbankrotts geführt hatte und sichert die Union, weil das Kastenwesen aufgrund seiner Apartheidwirkung den krassesten Gegensatz zur Idee einzelner Nationalstaaten darstellt. Eine Regionalpartei, deren Machtbasis die Kastenlosen darstellen (etwa in Bihar), wird sich nicht in eine nationale Unabhängigkeitsbewegung verwandeln können, weil die dazu erforderliche nationale Verbundenheit nur durch effektive Abschaffung des Kastenwesens erreicht werden könnte, womit aber die Grundlage des demokratischen Erfolgs einer solchen Partei beseitigt wäre. Der Versuch des politischen Reformhinduismus wiederum, durch Abschaffung des Kastenwesens einen gesamtindischen Nationalismus herbeizuführen, gerät notwendigerweise in Konflikt mit dem Säkularismus. Der Hinduismus ist tendenziell ohnehin ein Konstrukt, das aus politischen Gründen sich widersprechende religiöse Glaubensvorstellungen zusammenfaßt, nämlich im Kern drei an sich unvereinbare Monotheismen. Da diese Religionen sicherlich demselben kulturellen Kontext entsprungen sind, konnte zunehmend die ursprünglich mehr von außen kommende Zusammenfassung als „Hinduismus“ gesamtindisch zur politischen Selbstdefinition verwendet werden.

Dieser politische Ausgangspunkt erklärt den Inklusivismus, der den Hinduismus gegenüber anderen Religionen kaum nach dogmatischen Gesichtspunkten abgrenzen kann, sondern mehr durch eine religiöse Praxis, wie eben durch Beachtung der Kastenregeln. Sollen jedoch Kasten nicht mehr existieren – der Reformhinduismus gesteht zu, daß es sich hierbei um eine Fehlentwicklung handle – dann muß der Hinduismus, und zwar notwendigerweise politisch, anders definiert werden. Dafür bietet sich dann etwa ein Säkularismus an, der auf der Vorstellung gründet, der Hinduismus schließe ohnehin alle Religionen unter Einschluß von Atheismen ein und verschaffe damit als gesamtindischer Nationalismus dem Säkularismus eine religiöse Basis.

Dieser Inklusivismus ist natürlich nur scheinbar tolerant, weil er andere Religionen auf sein spezifisches Vorverständnis reduziert: Jesus erscheint dann als Avatar einer Hindugottheit, darf aber nicht in seiner christlichen Exklusivität als „eingeborener Sohn“ verstanden werden, weil dies „intolerant“ wäre. Diese Art von Religiosität, die doch über das hinausgeht, was normalerweise unter „Zivilreligion“ verstanden wird, war mit dem indischen „Säkularismus“ stillschweigend schon immer verbunden und hat sicherlich, auch und gerade weil sein Inklusivismus Muslime und Christen in eine prekäre Lage zu bringen vermag, zum Überleben der Indischen Union als demokratisch regier-



ter Vielvölkerstaat wesentlich beigetragen. Dem säkularen Staat wurde damit gesamtindisch eine religiöse Ideologie verschafft, die aber Indien zur bislang erfolgreichen Integration der eigenen Moslems gegenüber dem islamischen Pakistan immer noch als säkular erscheinen läßt.

Die Indische Union erlaubt instruktive Folgerungen auf die Voraussetzungen des Gelingens eines demokratischen Vielvölkerstaats „Europa“: Neben Relativierung des Demokratieprinzips auf nationaler Ebene, etwa Plebiszitverbot, wären Parallelgesellschaften als Ersatz für ein Kastensystem zu fördern, die einen in Saarbrücken wandernden Europäer türkischer Abstammung kreieren, zu dessen Gunsten europademokratisch interveniert wird. Der „Europäer“ fühlt sich als säkular, indem er unter „Abrahamismus“ drei sich widersprechende Monotheismen religionspolitisch zusammengeschweißt und dabei zu eindeutige religiöse Glaubensbekundungen als „intolerant“ ächtet. Die sozialstaatliche Finanzierung des Ganzen auf kontinentaler Ebene führt dann Massenarmut nach indischem Muster herbei. Trotz voller Anerkennung für die politische Leistung der Indischen Union: Müssen dies die Europäer wirklich nachahmen?

Rechtsextremismus der Mitte

Der Berg kreißte und gebar eine Maus: So darf man es wohl nennen, wenn sich eine Reihe gutdotierter „Forscher" aufmachen, um auf Teufel komm raus ihre eigene Bauchgefühlthese zu untermauern.

Die nun also wissenschaftlich verbriefte Erkenntnis, daß unter Deutschen rechtsextremistische Einstellungen inklusive Antisemitismus weit verbreitet seien, war zahlreichen Medien auch jenseits einschlägiger Stellen wie **www.endstation-rechts.de** eine Meldung wert. Da als Urheber der Studie die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) verantwortlich zeichnete, mag diese Wertung bei kritischen Zeitgenossen kaum mehr als eine hochgezogene Augenbraue auslösen. Gleichwohl ist es lohnenswert, die gesamte Studie (**www.library.fes.de/pdf-files/do/05433.pdf**) samt ihrer zugrundeliegenden „Philosophie" und ihres Aufbaus herunterzuladen. Kurz: 2006 haben Leipziger Wissenschaftler im Auftrag der FES eine repräsentative Befragung zu politischen Einstellungen durchgeführt, die im gleichen Jahr unter dem Titel *Vom Rand zur Mitte* publiziert wurde. Als Ergebnis schlußfolgerte man, der Begriff des „Rechtsextremismus" sei irreführend. Durch ihn werde die Problematik als Randphänomen aufgefaßt, obgleich entsprechende Meinungen in der Mitte der Gesellschaft vorherrschten. Nun sollte tiefer gebohrt werden und die damals Befragten in Gruppendiskussionen unter die Lupe genommen werden. Pech, daß nur wenige der Angeschriebenen zu solchem Gruppenexperiment bereit waren. Kurzerhand entschloß man sich, den Versuchsaufbau umzubasteln und rekrutierte eine Berliner Neonazi-Gruppe oder verfuhr wie folgt (Wortlaut): „Ein Teilnehmer, Herr Rösner, bringt seine Ehefrau mit, die sich bereit erklärt, mitzumachen. Darauf bietet Frau Luge an, ihren im Auto wartenden Ehemann zu holen, der sich ebenfalls bereitwillig beteiligt." So kommen „wissenschaftliche" Studien zustande! Ach, und die Kriterien für Kategorien wie „Chauvinismus"? Etwa eine Bejahung der Aussage: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben."

Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann erweiterte die von den Studienmachern vorgeschlagenen Konsequenzen (etwa: „Vermeidung der Rede von ‚zwei Diktaturen'", also NS und DDR) um eine weitere Option: Eine „schockartige Konfrontation mit den Tatorten in Auschwitz oder Buchenwald könnte für Schüler nur nützlich sein."

Nie Mittelmaß: Die Duse

Der gerade vergangene siebzigste Todestag ihres nicht minder berühmten Geliebten blieb hierzulande weitgehend unerwähnt. Sie selbst hätte nun 150. Geburtstag: Am 3. Oktober 1958 wurde in Vigevano bei Mailand die große Schauspielerin Eleanora Duse, genannt „die Göttliche", geboren. Nur in einem einzigen Film hatte die Tochter von Wanderschauspielern mitgewirkt, ihr Talent – das natürliche, uninszeniert wirkende und im Wortsinne ungeschminkte Spiel – entfaltete sie auf den Bühnenbrettern. Leidende, doch starke Frauengestalten waren ihr Metier. Als die „berühmteste Nietzscheanerin" („Im Zarathustra findet man alles, was der Mensch braucht") bereits sämtliche nationalen Theater bespielt hatte und ihren Erfolg gerade aufs übrige Europa und Übersee ausdehnte, lernte sie, zuvor Geliebte des Textschreibers Giuseppe Verdis, den einige Jahre jüngeren Schriftsteller Gabriele D'Annunzio kennen. Die Duse wurde dem noch unbekannten Heißsporn zur Inspiration und Gönnerin. Sie trat als Hauptdarstellerin in seinen Dramen auf und brachte ihr gesamtes Vermögen, bis zur Verschuldung, für den Geliebten auf. In seinem mitreißenden Skandal-Roman *Das Feuer* (*Il Fuoco*) verarbeitete D'Annunzio – teils die Duse entblößend – die etliche Jahre währende Affäre. Als der Schriftsteller 1919 mit Freischärlern Fiume/Rijeka besetzte und dort ein präfaschistisches Regime etablierte, waren die beiden schon kein Paar mehr. *Das Feuer* wurde zuletzt 2002 als Taschenbuch bei Ullstein aufgelegt, bei Edel Entertainment erschien gerade, gesprochen von Paul Herwig, das gleichnamige Hörbuch.



Entvölkerte Mitte

Erneut hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung um seinen Chef Reiner Klingholz eine verdienstvolle Studie zum Menschen- und Perspektivenmangel (*Die demographische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern*, München: dtv 2008, 19.90 €) veröffentlicht. 285 europäische Großräume wurden anhand von Indikatoren wie Wirtschaftsleistung, Geburtenrate, Alterszusammensetzung und Beschäftigungsgrad untersucht. Auf der resultierenden Rangliste dürfen sich sowohl nahezu ganz Skandinavien sowie die größten Teile der Schweiz über vorderste Plätze freuen, auch der Nordosten Spaniens und Regionen in Süddeutschland (un-

ter den ersten Zwanzig allein Oberbayern, ferner Freiburg, Stuttgart und Tübingen) stehen sehr passabel da. Weit abgeschlagen rangieren nur ländliche Regionen, vor allem in Süditalien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien. Die rote Laterne hält allerdings ausgerechnet der Entstehungsort dieser Zeitschrift: In Sachsen-Anhalt sieht es am düstersten aus. Die Redaktion weist mit Blick auf sämtliche obengenannten Kriterien jegliche Schuld daran weit von sich.

Aus der Leibesmitte

Daß Aufklärung alles ist – schon klar. In sexueller Hinsicht scheint diese Devise weithin gefruchtet zu haben, obwohl gerade das eher der falsche Terminus ist. Was Schulkinder nicht aus *Bravo* oder dem Elternhaus lernen, wird ihnen in der Schule beigebracht, inklusive auch autodidaktisch einfach zu erwerbender Fertigkeiten. Vermutlich darf man die Entkrampfungsfunktion nicht unterschätzen, die es bedeutet, mal im Klassenverbund ein Präservativ über eine Banane zu ziehen. Daß, wenigstens als Ultima ratio, auch die Abtreibung als Verhütungsmittel gilt, beweisen die Fallzahlen. Ein Tabu bleibt sie gleichwohl. Die junge Hebamme Maria Grundberger ist eine der Protagonistinnen der sogenannten Gehwegberatung: Jahrelang hat sie vor der größten deutschen Abtreibungsklinik Frauen und Männer angesprochen, die das unerwünschte Resultat ihrer Liebe oder ihres Begehrens beseitigen lassen wollten. Häufiger Einstiegssatz der freundlichen Helferin: „Was müßte ich dir anbieten, daß du es dir noch einmal überlegst?“ Die Christin Grundberger schwenkt keine Moralkeule, sondern bietet Hilfe an – und Aufklärung: was passiert mit dem Embryo, was mit der Mutter bei einer Abtreibung? Dieser etwas andere Aufklärungsfilm zeigt dem Zuschauer junge Frauen, die sich umentschieden haben an der Wiege ihres Kindes, wir sehen andererseits Männer, die hilflos vor dem tödlichen Entschluß ihrer Frauen stehen sowie geläuterte Gynäkologen, mit Tausenden abgesaugten oder ausgeschabten Embryonen auf dem Gewissen. Die Filmmacher beziehen Position und bleiben dabei sachlich. Gesetzt, daß Abtreibung ein natürliches Recht der Frau sei: Dann erst recht tut solche Aufklärung not.

Maria und ihre Kinder. Über ein gesellschaftliches Tabu. Ein Dokumentarfilm von Fritz Poppenberg. 46 Minuten, Deutschland 2007, **www.dreilindenfilm.de**

Führungswechsel — Seit dem 1. September ist Dr. Erik Lehnert neuer Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS). Er bildet mit Dr. Karlheinz Weißmann die neue Doppelspitze des IfS. Lehnert ist promovierter Philosoph und lebt mit seiner Frau und seinen vier Kindern in Berlin. Er löst Götz Kubitschek ab, der seit der Gründung des Instituts im Mai 2000 die Geschäfte führte und den Aufbau dieser unabhängigen, ausschließlich von Privatspenden getragenen Institution betrieb. Mit Lehnert übernimmt ein Mann die Führung, der das Institut gut kennt und als freier Mitarbeiter in den vergangenen Jahren bereits Verantwortung für das „Projekt IfS" übernommen hat.

Das IfS und Kubitschek reagieren mit der Trennung auf den intern und von außen wahrgenommenen Spagat zwischen Wissenschaftlichkeit auf der einen und neuen provokativen Aktionsformen auf der anderen Seite. Diese Aktionsformen sind unter dem Namen „konservativ-subversive aktion" (ksa) zu einem neuen Projekt geworden, an dem Kubitschek – neben Felix Menzel (**www.blauenarzisse.de**) – maßgeblich beteiligt ist (zu Sinn und Notwendigkeit der ksa siehe Sezession 25, S. 56).



In einem Rundbrief an alle Föderer des Instituts hat Kubitschek Anfang September mit Blick auf den „Spagat" drei Gründe für sein Ausscheiden genannt:

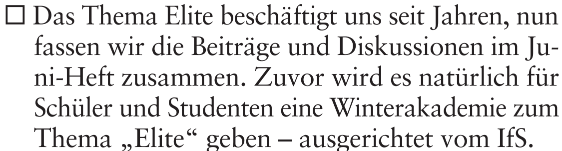
„1. Polemische Aktion und Wissenschaftlichkeit vertragen sich nicht. Natürlich haben wir die Aktionen auf der weltanschaulichen Grundlage des Instituts durchgeführt, aber eine personelle und institutionelle Gemeinsamkeit zwischen IfS und ksa ist auf Dauer schädlich für den Anspruch des Instituts.
2. Die Aufbauarbeit im IfS ist abgeschlossen. Das Institut hat eine schlüssige inhaltliche und organisatorische Konzeption für die nächsten Jahre, Sie sind ja über das „curriculum dextrum" informiert, und ich kann für Oktober einen Rundbrief von Dr. Lehnert und Dr. Weißmann ankündigen, in dem die Vorhaben für die nächsten ein, zwei Jahre vorgestellt werden.
3. Das IfS kehrt also durch mein Ausscheiden in gewissem Sinne zu sich selbst zurück: Es wird wissenschaftlicher und ruhiger, die promovierte Doppelspitze wird die berühmten „dicken Bretter" bohren, die die Seriosität eines Instituts begründen. Da beide Wissenschaftler ausgesprochen charismatische Lehrende sind, wird das IfS seine Mischung aus Geist und Esprit behalten."

Der Führungswechsel im IfS ist also kein Bruch, sondern eine notwendige personelle Trennung, die für Klarheit sorgt.

Sezession — Die *Sezession* hat einen Wechsel in der Redaktion zu verzeichnen: Dr. Erik Lehnert scheidet aus, an seine Stelle tritt Ellen Kositza. Sie ist seit der ersten Ausgabe der *Sezession* als freie Mitarbeiterin dabei und einem breiten Publikum bekannt als Autorin der *Jungen Freiheit* mit unverwechselbarem Stil und einer Spezialisierung auf Fragen moderner Weiblichkeit. Für ihre Artikel zu den Themen Gender Mainstreaming, Familienpolitik und Emanzipation erhält sie im Dezember den Gerhard-Löwenthal-Preis der *Jungen Freiheit*. In der vorliegenden *Sezession* lesen Sie von Ellen Kositza eine ausführliche Auseinandersetzung mit der filmischen und publizistischen Aufarbeitung der Massenvergewaltigungen durch Rotarmisten in Berlin 1945.

Unsere Zeitschrift nahm den personellen Wechsel zum Anlaß, Änderungen zu beschließen und Pflöcke für das neue Jahr einzuschlagen:

☐ Das erste Themenheft des Jahrgangs 2009 (Februar) wird sich mit Konrad Lorenz befassen. Lorenz starb vor zwanzig Jahren (am 27. Februar 1989) und ist einer unserer Vordenker: Er hat die von ihm begründete Verhaltensforschung stets auch weltanschaulich begriffen und politischen Rat aus seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeleitet.



☐ Das Thema Elite beschäftigt uns seit Jahren, nun fassen wir die Beiträge und Diskussionen im Juni-Heft zusammen. Zuvor wird es natürlich für Schüler und Studenten eine Winterakademie zum Thema „Elite" geben – ausgerichtet vom IfS.

☐ 2009 jähren sich die Hermannschlacht zum 2000. und der Mauerfall zum 20. Mal. Das Oktober-Heft wird zum Thema „Deutschland" weitere Referenz-Epochen und Schicksalswenden zusammentragen und natürlich den Blick in die Zukunft nicht versäumen.

☐ Kleine Schwerpunkte setzen wir zum 80. Geburtstag von Jürgen Habermas und zum „Sommer der Nouvelle Droite", der 1979 der Neuen Rechten in Frankreich um deren Vordenker Alain de Benoist einen Höhepunkt an Einfluß und zugleich eine vernichtende europaweite Gegenkampagne eintrug.

☐ *Sezession* ändert das Schriftbild: Wir haben neue Schriften für den Textteil sowie für die sogenannten Auszeichnungen (Überschriften, Marginalien, Seitenzahlen) gefunden. Lesbarkeit und Formschönheit unserer Zeitschrift werden sich noch verbessern.

☐ Wir führen den kurzen Kurzbeitrag (eine Seite) und den langen Grundlagenbeitrag (bis zu acht Seiten) ein: letzteren nur ab und zu, immer dann eben, wenn es sehr ausführlich und grundlegend ein Thema abzuhandeln gilt.

Bleiben Sie Abonnent!